



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1991/92

17.09.1993 - Plenarprotokoll 38. Sitzung

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

## 38. Sitzung

am Freitag, dem 17. September 1993

### Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . . . .	2651	Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten . . . . .	2665
<b>Stärkung des Französisch-Unterrichts</b>		Abg. Metz (CDU) . . . . .	2665
Antrag der Fraktion der CDU vom 23. November 1992 (Drucksache 13/404)			
<b>Stärkung des Französisch-Unterrichts</b>			
Mitteilung des Senats vom 20. Juli 1993 (Drucksache 13/606)			
<b>Stärkung des Französisch-Unterrichts im Schuljahr 1994/95</b>			
Antrag der Fraktion der CDU vom 17. August 1993 (Drucksache 13/619)			
Abg. Bürger (CDU) . . . . .	2651		
Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP) . . . . .	2653		
Abg. Frau Kahrs (SPD) . . . . .	2655		
Senator für Bildung und Wissenschaft und für Justiz und Verfassung Dr. Scherf . . . . .	2656		
Abg. Bürger (CDU) . . . . .	2656		
Abstimmung . . . . .	2657		
<b>Benennung der bremischen Vertreter für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Gemeinschaften (AdR)</b>			
Mitteilung des Senats vom 14. September 1993 (Drucksache 13/639)			
Abg. Nölle (CDU) . . . . .	2657		
Abg. Dr. Kuhn (DIE GRÜNEN) . . . . .	2657		
Abg. Isola (SPD) . . . . .	2659		
Abg. Nölle (CDU) . . . . .	2661		
Abg. Adamietz (FDP) . . . . .	2662		
Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten . . . . .	2664		
		<b>Ladenschlußgesetz</b>	
		Antrag des Abgeordneten Altermann vom 11. November 1992 (Drucksache 13/393)	
		D a z u	
		<b>Änderung der Ladenschlußzeiten für im Fischereihafen befindliche Geschäfte</b>	
		Mitteilung des Senats vom 20. Juli 1993 (Drucksache 13/607)	
		Abg. Altermann (NK) . . . . .	2666
		Abg. Ziegler (FDP) . . . . .	2666
		Abg. Wilhelms (CDU) . . . . .	2666
		Senatorin für Arbeit und Frauen Uhl . . . . .	2667
		Abstimmung . . . . .	2667
		<b>Verlegung der Einsatzkräfte „Wache Sandstraße“ nach Huckelriede</b>	
		Antrag der Fraktion der CDU vom 2. August 1993 (Drucksache 13/609)	
		Abg. Herderhorst (CDU) . . . . .	2668
		Abg. Liebetrau (SPD) . . . . .	2670
		Senator für Inneres und Sport v. Nispen . . . . .	2671
		Abstimmung . . . . .	2673
		<b>Rückzahlung der Umzugskosten durch Frau Senatorin Gaertner</b>	
		Antrag der Fraktion der CDU vom 2. August 1993 (Drucksache 13/610)	
		Abg. Teiser (CDU) . . . . .	2674

Abg. Dittbrenner (SPD) .....	2676	Abg. Braun (FDP) .....	2704
Abg. Weidenbach (DVU) .....	2677	Abg. Dr. Meier-Hedde (CDU) .....	2705
Abg. Teiser (CDU) .....	2679	Bürgermeister Jäger, Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie .....	2706
Abg. Adamietz (FDP) .....	2679	Abstimmung .....	2707
Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten .....	2684		
Abg. Teiser (CDU) .....	2685		
Präsident Dr. Klink .....	2685		
Abg. Kudella (CDU) .....	2686		
Abg. Frau Blohm (DVU) .....	2686		
Abg. Dittbrenner (SPD) .....	2687		
Abg. Frau Linnert (DIE GRÜNEN) .....	2687		
Abstimmung .....	2688		

#### **Strukturveränderungen bei der Deutschen Bundespost und beabsichtigte Schließung von Postämtern**

Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN vom 13. September 1993 (Drucksache 13/640)

Abg. Töpfer (SPD) .....	2688
Abg. Braun (FDP) .....	2690
Abg. Röwekamp (CDU) .....	2692
Abg. Frau Beck (DIE GRÜNEN) .....	2695
Bürgermeister Jäger, Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie .....	2696
Abstimmung .....	2698

#### **Benennung der bremischen Vertreter für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Gemeinschaften (AdR)**

Mitteilung des Senats vom 14. September 1993 (Drucksache 13/639)

— Fortsetzung der Aussprache —

Abg. Metz (CDU) zur Geschäftsordnung ....	2699
Abg. Adamietz (FDP) zur Geschäftsordnung	2700
Abg. Dr. Kuhn (DIE GRÜNEN) zur Geschäftsordnung .....	2701
Abg. Teiser (CDU) zur Geschäftsordnung ...	2701
Abstimmung .....	2701

#### **Ausbau der Eisenbahnstrecke Bremen—Langwedel—Soltau—Uelzen—Stendal**

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN, der FDP und der CDU vom 14. September 1993 (Drucksache 13/641)

Abg. Töpfer (SPD) .....	2702
-------------------------	------

#### **Streichung des Senatsbereiches Frauen**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 16. August 1993 (Drucksache 13/617)

Abg. Frau Schreiber (CDU) .....	2707
Abg. Frau Klöpper (SPD) .....	2709
Senatorin für Arbeit und Frauen Uhl .....	2710
Abg. Frau Schreiber (CDU) .....	2711
Abstimmung .....	2712

#### **Unterstützung Verkehrsträger Binnenschifffahrt**

Antrag der Gruppe der NK vom 6. September 1993 (Drucksache 13/636)

Abg. Nennstiel (NK) .....	2712
Abg. Dr. Weichelt (SPD) .....	2713
Abg. Dr. Meier-Hedde (CDU) .....	2713
Abstimmung .....	2714

#### **Erhalt eigenständiger Katastrophenschutz-einrichtungen in Bremen**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP vom 17. September 1993 (Drucksache 13/645)

Abg. Bergen (CDU) .....	2714
Abg. Frau Marken (SPD) .....	2716
Senator für Inneres und Sport v. Nispen ...	2717
Abstimmung .....	2717

#### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 25 vom 24. August 1993**

(Drucksache 13/626) .....

#### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 26 vom 7. September 1993**

(Drucksache 13/637) .....

**Stiftung „Wohnliche Stadt“ erhalten**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU, der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP vom 15. September 1993  
(Drucksache 13/643)

Abg. Pflugradt (CDU) .....	2717
Abg. Barsuhn (SPD) .....	2718
Abg. Frau Bernbacher (DIE GRÜNEN) .....	2718
Abg. Bollhagen (FDP) .....	2719
Senator für Finanzen Kröning .....	2719
Abg. Frau Bernbacher (DIE GRÜNEN) .....	2720
Abg. Barsuhn (SPD) .....	2720
Abstimmung .....	2721

**Prüfung der Förderung von Niederdeutsch durch Aufnahme in die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN vom 31. August 1993

(Drucksache 13/629) .....

2721

**Stellungnahme des Senats zum 15. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz**

Mitteilung des Senats vom 31. August 1993

(Drucksache 13/632) .....

2721

E n t s c h u l d i g t fehlen die Abgeordneten Bloch, Borttscheller,  
Gassdorf, Dr. Schrörs, v. d. Schulenburg, Wenke.

**Präsident Dr. Klink****Vizepräsidentin Bernbacher****Schriftführerin Lenz****Vizepräsident Nölle****Schriftführer Ravens****Schriftführerin v. Schönfeldt**

---

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats  
und Senator für kirchliche Angelegenheiten  
Bürgermeister **Jäger** (FDP), Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
Senator für Bildung und Wissenschaft und für Justiz und Verfassung **Dr. Scherf** (SPD)  
Senator für Finanzen **Kröning** (SPD)  
Senator für Häfen, Schifffahrt und Außenhandel  
und für Bundesangelegenheiten **Beckmeyer** (SPD)  
Senatorin für Arbeit und Frauen **Uhl** (SPD)  
Senator für Inneres und Sport **v. Nispen** (FDP)

---

Staatsrat **Dr. Fuchs** (Senatskanzlei)  
Staatsrat **Dr. Haller** (Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie)  
Staatsrat **Dr. Heidorn** (Senator für Finanzen)  
Staatsrat **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Bildung und Wissenschaft)  
Staatsrat **Kniesel** (Senator für Inneres und Sport)  
Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit und Frauen)  
Staatsrat **Markus** (Senator für Häfen, Schifffahrt und Außenhandel)  
Staatsrat **Dr. Schwandner** (Senator für Kultur und Ausländerintegration)  
Frau **Kerstein** (Senator für Arbeit und Frauen)

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die 38. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Gruppe der Berufsschule Huckelriede für Kredit-, Versicherungs- und Industriegewerbe, eine Gruppe der Bürgermeister-Smidt-Schule aus Bremerhaven, eine Klasse des Kippenberg-Gymnasiums.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Den Eingang bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

#### Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1990 (Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 1991 — Drs. 13/19) und zum Bericht des Rechnungshofes zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen vom 18. September 1992 (Drs. 13/336) sowie Ergänzungsbericht zum Haushaltsjahr 1989 vom 16. September 1993 (Drucksache 13/644)

(B) Die Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Oktober-Sitzungen.

Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, daß bei Tagesordnungspunkt 28, hier geht es um die Prüfung der Förderung von Niederdeutsch durch Aufnahme in die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen, der Antragsteller auf eine Aussprache verzichtet hat.

Nun müßten wir uns verständigen, wie wir in der Tagesordnung weitergehen. Es gibt ja immer neue Situationen. Heute, vor einer halben Stunde, sah es so aus, daß der Bürgermeister noch mit einem Botschafter konferiert, und nun freuen wir uns, daß er pünktlich bei uns ist. Wir haben deswegen versucht, der Situation gerecht zu werden, und uns Gedanken gemacht, daß wir die Tagesordnung dann so durchführen, daß wir jetzt zunächst den Französischunterricht abhandeln, dann Wahlen vornehmen und drittens dann die Angelegenheit mit der Post. Wollen wir so verbleiben?

(Abg. Welche [FDP]: Herr Präsident, ich bitte, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen, es gibt noch Beratungsbedarf! — Abg. Dittbrenner [SPD]: Wir klären das noch im Laufe der Sitzungsfolge! Fangen wir erst einmal mit Französisch an!)

Wir haben eine neue Situation, wird gemacht!

Ich stelle Einverständnis fest, daß wir jetzt mit dem Französischunterricht anfangen, und daß wir dann die Wahlen aufrufen. Ist das richtig, Abgeordneter Welche? (C)

(Abg. Welche [FDP]: Nein, man muß abwarten, ob wir zu einem Ergebnis kommen!)

Daß wir nach dem Französischunterricht die Post nehmen?

(Abg. Welche [FDP]: Ja! — Abg. Kudella [CDU]: Ja! Wir wollen das nach der Mittagspause machen!)

Dann wäre die Alternative, daß wir nach dem Französischunterricht nach der Tagesordnung verfahren. Das wäre dann Ladenschlußgesetz und Verlegung der Einsatzkräfte „Wache Sandstraße“, und daß wir dann entscheiden im Laufe des Vormittags, wann die Wahlen aufgerufen werden. Wollen wir festlegen, daß die Post dann um 14.30 Uhr aufgerufen wird?

(Zurufe: Ja!)

Also, kurz nach 14.30 Uhr! Wir werden vormittags nach der Tagesordnung verfahren beziehungsweise feststellen, ob wir vormittags die Wahlen für den Regionalausschuß durchführen können.

Ist das so beschlossen? — Dann ist es so beschlossen. (D)

#### Stärkung des Französisch-Unterrichts

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 23. November 1992  
(Drucksache 13/404)

#### Stärkung des Französisch-Unterrichts

Mitteilung des Senats vom 20. Juli 1993  
(Drucksache 13/606)

#### Stärkung des Französisch-Unterrichts im Schuljahr 1994/95

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 17. August 1993  
(Drucksache 13/619)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. Redezeit bis zehn Minuten!

Als erster hat das Wort der Abgeordnete Bürger.

Abg. Bürger (CDU): Da nun die Tagesordnung in der letzten halben Stunde mehrmals umgestellt worden ist, sind der Bildungssenator und nicht einmal der Staatsrat anwesend.

(Bürgermeister Wedemeier: Ich bin für alle da!)

(A) Ja, Sie werde ich nachher noch zitieren.

(Bürgermeister W e d e m e i e r : Ich bin auch für Französisch zuständig!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bericht des Senats auf den Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung des Französischunterrichts ist für uns nicht ausreichend. Erkennbar ist vielmehr, daß Senat und Koalitionäre nicht gewillt sind, die französische Sprache im Schulunterricht verstärkt zu fördern. Dies, obwohl der Bildungssenator anlässlich der Tagung „Französisch 1993 in den norddeutschen Ländern“ in Anwesenheit des Kulturattachés, des Generalkonsuls und eines Vertreters des Institut Français ausgeführt hat, daß er Chancen für eine Verstärkung des Französischunterrichts in Bremen durchaus sieht und dies, obwohl der Bildungssenator bei seinem Amtsantritt versprochen hat, eine Fremdsprachenoffensive zu starten.

Meine Damen und Herren, was ist davon übriggeblieben? Wir sind der Auffassung, davon ist gar nichts übriggeblieben! Obwohl unser Antrag im Dezember 1992 debattiert worden ist, gab es für das Schuljahr 1993/94 seitens der Koalitionäre keine zeitliche Perspektive, den Französischunterricht zu intensivieren. Auch seitens der FDP hat es in der entscheidenden Deputationssitzung im Mai — ich will auch hinzufügen, im März stand es zum ersten Mal auf der Tagesordnung der Deputation, und da hatten die Koalitionäre noch Beratungsbedarf — keine inhaltliche Forderung zum Schuljahr 1993/94 gegeben, obwohl Sie, als Sie Opposition waren, sich immer wieder dafür auch stark gemacht hatten.

In der Mitteilung des Senats heißt es an mehreren Stellen für die kommenden, folgenden Schuljahre: sollen anlaufen, wird nicht geplant, möglicherweise wird damit gerechnet. Meine Damen und Herren, es gibt nichts Konkretes! Ein ernsthaftes Bemühen des Senats und der Koalitionäre ist nicht zu sehen, und genau dies kritisieren wir.

(Beifall bei der CDU)

Dann erdreistet sich auch noch die FDP, in einer Presseerklärung zu behaupten, daß es in Bremen wieder einen alten Zopf weniger gäbe. Man fragt sich ja, welchen. Da heißt es, im nächsten Jahr werden die Orientierungsstufenschüler Französisch als erste Fremdsprache wählen können. In der Mitteilung des Senats heißt es dazu, es wird mit einer ersten Einrichtung an einigen Standorten zum Schuljahr 1994/95 gerechnet. Das ist aber noch keine Zusage, meine Damen und Herren. Das heißt, daß eine Verwirklichung nicht gesichert ist. Frau von Schönfeldt, dies ist bewußte Irreführung.

(Beifall bei der CDU — Abg. N e u j a h r [FDP]: Haben Sie noch mehr auf der Pfanne?)

Die Zöpfe werden also noch erheblich länger werden. Mit der vorliegenden Mitteilung machen sich

Senat und Koalitionäre lächerlich. Ein Vertreter des Deutsch-Französischen Jugendwerkes konnte nur, nachdem er diese Mitteilung des Senats gelesen hatte, milde und nachsichtig lächeln. Wenn in Bremen eine stabile und kontinuierliche Sprachenpolitik verfolgt werden soll, meine Damen und Herren, dann muß erheblich mehr geschehen.

Kommen wir zu einzelnen Punkten! Französisch in der Grundschule soll in spielerischer Form vermittelt werden, das unterstützen wir sehr, das war auch ein Punkt unseres ersten Antrages. Ich will aber hier deutlich anmerken, daß die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven dazu überhaupt nichts beigetragen haben,

(Beifall bei der CDU)

denn die Umsetzung erfolgte durch private Träger beziehungsweise durch das Institut Français. Laut Bericht ist eine Fortführung der Fremdsprache Französisch im Sekundarbereich I, also ab Klasse fünf, nicht einmal geplant. Das wird auch noch pseudowissenschaftlich begründet. Ich will deutlich sagen, wenn Französisch in der Grundschule in spielerischer Form vermittelt wird — wir unterstützen das —, dann muß das Ganze einen Sinn haben, und das bedeutet, daß ab Klasse fünf eine kontinuierliche Fortführung der Fremdsprache gewährleistet sein muß.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt will man erst einmal die Kinder für die Fremdsprache Französisch sensibilisieren. Meine Damen und Herren, schauen Sie doch einmal über die Stadtgrenzen Bremens hinaus, dann brauchen Sie keine Schulversuche mehr dazu zu machen, wie man Schüler sensibilisiert. Schauen Sie nach Bayern! Bayern hat 25 Jahre Erfahrung mit Französisch im Kindergarten und in der Grundschule.

(Zurufe von der SPD)

Daß Sie das beunruhigt, will ich gern glauben.

Die Kürzung der Lehrergrundversorgung an den Schulen hat zur Folge, daß auch im Unterrichtsfach Französisch gekürzt wird. Da sage ich für die CDU ganz deutlich, dies können wir nicht mittragen. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß zur Stärkung des Französischunterrichts diese Fremdsprache auch vierstündig abgeleistet werden muß. Deshalb auch Punkt eins unseres Antrages, Französisch vierstündig zu erteilen!

Ein dritter Punkt: Französisch als erste Fremdsprache! Hier ist im ersten Halbjahr 1993 eine Entscheidung von den Koalitionären bewußt verhindert worden. Ich hatte vorhin ausgeführt, März vertagt, dann endlich im Mai beschlossen: Ein Bericht, der nichts sagend ist! Daraus schließe ich auch, daß seitens der Koalitionäre zum Schuljahr 1993/94 keine Verstärkung geplant gewesen ist. Obwohl drei Anträge von

- (A) Bremer und zwei Anträge von Bremerhavener Schulen auch den Koalitionären vorgelegen haben, obwohl sich genügend Schüler an allen Standorten gemeldet hatten, obwohl genügend Lehrer vorhanden gewesen wären, Französisch als erste Fremdsprache einzuführen, haben beide Behörden so wenig flexibel reagiert, daß nichts umgesetzt worden ist. Selbst Senator Scherf hat in der Mai-Deputationssitzung zu dem Problem gesagt, daß es einen Lehrerüberhang im Französischen gäbe und daß diese Lehrer hochmotiviert seien, diesen Unterricht zu übernehmen. Alles Worthülsen, nichts Konkretes, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der Auffassung, daß endlich etwas geschehen muß, zumal mit der Einführung von Französisch als erster Fremdsprache die Erwartung verbunden wird, daß dann auch mehr Schülerinnen und Schüler Französisch in der Oberstufe als Leistungs- oder Grundkurs belegen würden. Diese Erwartung teilen wir, sind die Belegungszahlen doch in Französisch gerade in der gymnasialen Oberstufe dramatisch zurückgegangen. Das hat auch Frau von Schönfeldt von der FDP in einer Deputationssitzung deutlich gemacht, nur, wir vermissen auch hier das Handeln der FDP.

- (B) (Abg. N e u j a h r [FDP]: Sie werden auch noch zitiert! Das haben wir uns angestrichen!)

Meine Damen und Herren, Bremen nimmt bei Französisch im Vergleich zu anderen Bundesländern bedauerlicherweise die letzte Stelle ein.

Wir sprechen uns auch für eine rechtzeitige Einrichtung bilingualer deutsch-französischer Bildungsgänge aus. Auch hier haben die Koalitionäre den Zeitpunkt der Einführung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verlegt. Frühestens ist laut Bericht vorgesehen, 1996/97 daran zu denken, aber es kann auch die Jahrtausendwende sein, wenn man diesen Bericht aufmerksam liest.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, der Herr Bürgermeister ist anwesend, darf ich etwas zitieren, was er anlässlich der Einweihung des Verwaltungsgebäudes Wesertower von Jacobs Suchard gesagt hat. Wir unterstützen diese Aussagen voll und ganz, nur, Herr Bürgermeister, Sie können sich anscheinend auch nicht bei Ihren eigenen Senatskollegen durchsetzen. Sie haben dort gesagt, daß für einen traditionellen Außenhandelsstandort Bremen gerade die Fremdsprachen wichtig seien.

(Bürgermeister W e d e m e i e r : Jawohl!)

Richtig! Aber, ich sage es noch einmal, wo bleiben dann die Taten? Die vermissen wir!

(Beifall bei der CDU)

- (C) Sie haben dann weiter ausgeführt, Sie hätten sich mit Nachdruck für die bilingualen Bildungsgänge eingesetzt. Meine Damen und Herren, dann erwarten wir auch, daß Sie sich tatsächlich für die bilingualen deutsch-französischen Bildungsgänge einsetzen, nur, da tut sich gar nichts. Dann stellen Sie fest, ich darf zitieren: „Wir wollen Möglichkeiten für Französisch als erste Fremdsprache schaffen und den Früherwerb fremdsprachlicher Fähigkeiten schon in der Grundschule fördern.“

Meine Damen und Herren Koalitionäre, eine derartige visionäre Aussage eines Bürgermeisters ist nur zu unterstützen. Machen Sie den doch zum Bildungssenator, vielleicht haben dann die Schülerinnen und Schüler eher die Möglichkeit, Französisch verstärkt lernen zu können!

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluß darf ich sagen, wir ziehen unseren Antrag, der der Mitteilung des Senats angeheftet ist, zurück und haben Ihnen heute einen neuen Antrag zur Abstimmung vorgelegt. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau von Schönfeldt.

- (D) Abg. Frau v. **Schönfeldt** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich zum eigentlichen Teil meiner Rede komme, muß ich auf die Rede von Herrn Bürger eingehen, die für mich nur eine Rede aus der Opposition heraus war, konstruktive Opposition habe ich hierbei überhaupt nicht bemerken können.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Es war reine Polemik, mit Kanonen wurde auf Spatzen geschossen, und nun wollen wir einmal zu dem ernsteren Teil kommen, Herr Bürger!

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir beschäftigen uns heute mit der Mitteilung des Senats zur Stärkung des Französischunterrichts. Der CDU-Antrag vom 23. November 1992 wurde an die Bildungsdeputation zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Heute wird nun der nachstehende Bericht debattiert, und dazu liegt uns ein Antrag der CDU vom 17. August 1993 vor.

Im Gegensatz zu Herrn Bürger hat der Bericht anerkannt, daß entsprechend der deutsch-französischen Freundschaft und gemäß dem europäischen Einigungsprozeß neben Englisch und anderen europäischen Sprachen Französisch ein besonderer Rang eingeräumt werden muß.

Die internationalen Verknüpfungen zwischen Wissenschaft und Kultur, zwischen Wirtschaft und

- (A) Technik erfordern einfach Kenntnisse in den modernen Sprachen. Die Modernisierung und Intensivierung des Sprachenlernens ist überall auf lokaler, regionaler, internationaler und nationaler Ebene eine selbstverständliche Forderung geworden, und deshalb kann man nur, Herr Bürger, Herrn Senator Scherf und auch den Bürgermeister Wedemeier in ihren Forderungen unterstützen. Hierzu gehört selbstverständlich neben der Entwicklung der kleineren Sprachen auch die Modernisierung und Intensivierung der etablierten Sprachen, und hier speziell des Französischen. Nun stellt die CDU-Fraktion fest, es wäre überhaupt nichts passiert, der Senat wäre überhaupt nicht gewillt, der französischen Sprache einen besonderen Stellenwert einzuräumen, sie zu intensivieren und zu modernisieren.

Ich will nun einmal skizzieren, was in Bremen bisher getan wurde und was laut Mitteilung des Senats — Gott sei Dank — jetzt getan werden muß. Herr Bürger hatte es schon angeschnitten, aber ich möchte es noch einmal konkretisieren. Im Grundschulbereich sind seit zwei Jahren an zehn Schulstandorten Fremdsprachen eingeführt worden in unterschiedlicher Organisationsform, und zwar in mehreren Sprachen, in Englisch, Italienisch, Spanisch und auch Französisch an zwei Grundschulen, Freiligrathstraße und an der Schule in Oberneuland.

Herr Bürger hat recht, im Moment ist noch nicht geplant, die Fremdsprache aus der Grundschule in der Sekundarstufe weiterzuführen. Er behauptet, es wäre ja alles nur pseudowissenschaftlich begründet und man könnte sofort nach der Grundschule die Sprache in der Sek I weiterführen. Da muß ich Ihnen sagen, Sie haben wirklich ein falsches Verständnis! Es muß doch überhaupt erst einmal die Frage wirklich geklärt werden, wie es in der Mitteilung steht, wie die Schülerinnen und Schüler für diese Fremdsprache überhaupt sensibilisiert werden könnten. Das ist doch vollkommen klar, ich kann doch jetzt nicht bestimmen: und die Kinder gehen sofort weiter in der fünften Klasse mit der fortgeführten Sprache. Was soll das eigentlich? Das ist pseudowissenschaftlich!

(Beifall bei der FDP)

Die CDU möchte nun in ihrem Antrag vom 17. August die Gewährleistung eines vierstündigen Französischunterrichts in der Sekundarstufe gesichert haben. Diese grundsätzliche Verschonung des Fremdsprachenunterrichts von einer eventuellen Kürzung kann nicht gewährleistet werden. Herr Bürger, das wissen Sie ganz genau, zum Schuljahr 1992/93 ist die Lehrergrundversorgung — Bremen mußte sich nämlich den Standards der anderen Bundesländer anpassen, wie Sie genau wissen — gekürzt worden. Für dieses Schuljahr wurden von der Behörde keine Kürzungsempfehlungen in den einzelnen Fächern ausgesprochen, sondern die Schulen sollten selbst schulspezifische Lösungen erwägen. Deshalb ist es natürlich an einigen Schulen zu Kürzungen im

Fremdsprachenbereich gekommen und auch sogar an einer oder zwei Schulen in Französisch. (C)

Herr Bürger, es ist abzusehen, daß in den nächsten Jahren weitere Kürzungen — so sehr wir sie auch bedauern, und das muß ganz ehrlich gesagt werden — im Lehrergrundbedarf hingenommen werden müssen. Ich sage hingenommen! Wir können aus diesem Grunde Ihrem Punkt eins überhaupt nicht zustimmen, das wäre unehrlich! Übrigens, Herr Bürger, in der Bildungsdeputation haben Sie diesen Punkt überhaupt nicht bemängelt. Ich habe zufällig das Protokoll mit, und darin steht nur, daß Sie das alles nicht weitgehend genug fanden mit der Begründung, daß Französisch nicht als erste Fremdsprache alternativ zu Englisch im kommenden Schuljahr eingeführt wurde. Nur diesen Punkt haben Sie bemängelt, von einer Kürzung im Fremdsprachenunterricht steht hier nichts. Sonst geben Sie ja alles korrekt zu Protokoll, hiervon überhaupt nichts.

(Abg. Neujahr [FDP]: Daran erinnert er sich heute nicht mehr!)

In dem Bericht wird weiter betont, weil wir ja davon ausgehen, daß es vorangehen muß und mehr getan werden muß, daß die Maßnahmen zur Lehrerfortbildung zum Komplex Französischunterricht in der Sek I und Sek II intensiviert und ausgeweitet werden müssen. Das WIS gemeinsam mit dem Institut Français will alle Schulen, in denen Französisch angeboten wird, in ein Gesamtkonzept einbinden. Ist das denn nichts? Das ist ein ganz klarer Wille, so soll es geschehen. Da kann ich doch jetzt nicht davon ausgehen, es wird nicht getan. Was soll das eigentlich? Es sollen nämlich Moderatoren in Seminaren auf schulinterne Fortbildungen vorbereitet werden. Seminare zur EG-Thematik wie nationale Seminare im Rahmen der Lehrerfortbildung, sollen ebenso wie andere Maßnahmen der Lehrerfortbildung zum Schuljahr 1993/94 anlaufen.

(Zuruf von der CDU)

Nun warten Sie doch erst einmal ab, Sie können doch nicht sagen: Es läuft nur an!

(Abg. Frau Motschmann [CDU]: Nicht so streng, Frau von Schönfeldt!)

Genauso streng wie Herr Bürger! Er hat sich heute im Ton vergriffen, deshalb bekommt er es wieder!

(Heiterkeit)

Des weiteren befaßt sich der Antrag der CDU in Punkt zwei und drei mit Französisch als erster Fremdsprache und auch mit der Einbeziehung in bilinguale Schulversuche.

Zu Punkt zwei des CDU-Antrages sind folgende Anmerkungen aus der Mitteilung zu machen: Im Rahmen der Stärkung des Französischunterrichts

(B)

(D)

- (A) soll Französisch als erste Fremdsprache in der Klasse fünf der OS auf Antrag unter bestimmten Rahmenbedingungen als Schulversuch genehmigt werden. Das erfordert natürlich notwendige Voraussetzungen zur Einführung des Schulversuches, denn es müssen rechtzeitig die Vorbedingungen geschaffen werden, und das heißt auch, daß rechtzeitig die schulischen Gremien benachrichtigt werden, damit sie gemeinsam den Schulversuch tragen. Es wird nicht so aussehen, Herr Bürger, daß es heißt, OS X, OS Y machen Französisch als erste Fremdsprache, sondern es muß der Wille der Eltern und Lehrer da sein, diesen Schulversuch gemeinsam zu tragen, denn sonst bringt es nichts. Wir wollen keine Reformen mehr von oben!

(Beifall bei der FDP)

Im Klartext heißt das, Herr Bürger, und das ist ganz klar, da sind wir uns als Koalitionäre auch einig, daß die Behörde alles rechtzeitig vorbereiten muß. Darauf werden wir achten, und ich hoffe, Sie auch.

Wir halten es auch für sinnvoll, daß bei der Klassenbildung gemischte Klassen gebildet werden, das heißt Französisch- und Englischschülerinnen und -schüler bilden eine Klasse, und für den Fremdsprachenunterricht werden dann aus der Klasse gesonderte Sprachgruppen gebildet. Grundsätzlich soll die Fremdsprache fortgesetzt werden, weitergeführt werden. Bei der Weiterführung des Französischunterrichts müssen möglichst kostengünstige Lösungen gefunden werden. Das könnten binnendifferenzierende schulartenübergreifende Maßnahmen sein oder sogar im äußersten Extremfall auch schulstandortübergreifende Unterrichtsorganisationen.

- (B) Die Fortführung von Französisch in der Haupt- und Realschule erfordert Lehrerfortbildungsmaßnahmen, die konzeptionelle Veränderungen der Didaktik und Methodik zum Inhalt haben. Das, Herr Bürger, da haben Sie recht, wenn es bis 1994/95 greifen soll, muß jetzt schon anfangen.

(Glocke)

In der gymnasialen Oberstufe ergeben sich mit der Fortführung gar keine Schwierigkeiten, da muß man nur die Vorgaben des Kurssystems einhalten.

Zu Punkt drei: Diesen Antrag, einen bilingualen Bildungsgang für Französisch einzuführen, lehnen wir ab. Unseres Erachtens muß erst die Erfahrung abgewartet werden mit den bilingualen Englischversuchen.

Meine Damen und Herren, wir lehnen Punkt zwei und drei des CDU-Antrages ab, eins habe ich schon gesagt, und somit den ganzen Antrag. Wir teilen nicht Ihre Auffassung, die Sie im Vorspann des Antrages formuliert und betont haben, nämlich der Senat sei nicht gewillt, die französische Sprache im Schulunterricht zu fördern. Im Gegenteil wird in der Mitteilung des Senats klar und deutlich beschrieben, was getan werden muß, um Französisch zu stärken, und wir als Koalitionäre werden das konstruktiv be-

- (C) gleiten und auf die Umsetzung drängen. Vielleicht, Herr Bürger, machen Sie auch mit.

Ein Wort zum Schluß an Sie persönlich: Natürlich sind damit alte Zöpfe abgeschnitten, denn es soll versucht werden, Französisch einzuführen, und Sie werden sehen, daß das auch klappt. Es kann nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden, sondern es muß kontinuierlich angefangen werden. Um den Anfang geht es schon einmal, Herr Bürger! Man kann nicht alles auf einmal erreichen. — Danke!

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kahrs.

Abg. Frau **Kahrs** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte hier dem Eindruck entgegentreten, den Herr Bürger hervorgerufen hat, daß die bildungspolitische Welt besser würde, wenn man lediglich für einige Schüler das Englischlernen durch Französischlernen ersetzen würde. Die schlechteste aller Begründungen für ein solches Vorgehen wäre diejenige, zu sagen, man hätte da ja einen Lehrerüberhang, und deswegen sei das gut. So ist es nicht.

Was wir brauchen, sind mehr Fremdsprachen vor dem Hintergrund des zusammenwachsenden Europas, vor dem Hintergrund, daß immer mehr Firmen kooperieren, vor dem Hintergrund weltweiter Handelsbeziehungen und dem, daß Arbeitnehmer in Europa sich um Arbeitsplätze bewerben können, sollen und auch tun. Weil wir mehr Fremdsprachen brauchen, auch mehr Französisch, brauchen wir, wie Frau von Schönfeldt es gesagt hat, eine andere Art der Didaktiken und Methodiken, also wie man lernt und was man lernt. Es hat überhaupt keinen Sinn, wie es zur Zeit geschieht, unendlich viel Zeit zu verwenden auf eine Sprache, in der man Grundfertigkeit, Kommunikationsfähigkeit auf mittlerem und höherem Niveau inklusive Grammatik, Literatur, Landeskunde und vielleicht auch noch Fachsprache lernt. Dies ist sozusagen das ganze Programm, und das muß es nicht immer sein.

Wir brauchen in den Fremdsprachen Differenzierungsmöglichkeiten, damit Schülerinnen und Schüler wählen können, was sie eigentlich für ihre individuelle Entwicklung und berufliche Perspektive benötigen. Sie müssen sich in einer Art Baukastensystem ihre Module anwählen können und entscheiden können, was sie für sich brauchen, Kommunikationsfähigkeit, Fachsprache, Landeskunde oder wie oder was auch immer. Dies gilt es neu zu entwickeln, nicht nur für Französisch. Das muß in nächster Zeit in Angriff genommen werden. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen — —.

Bitte sehr, Herr Senator Dr. Scherf!

**Senator für Bildung und Wissenschaft und für Justiz und Verfassung Dr. Scherf:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte den Abgeordneten den Vortritt lassen, darum habe ich mich nicht gleich mit meiner Wortmeldung gedrängelt. Dann wollte ich mich bei Herrn Bürger entschuldigen, auf dem Weg zu Ihnen haben mich die Bürger draußen aufgehalten, sonst wäre ich pünktlich gewesen, Herr Bürger.

Ich glaube, der Haupttäger von Herrn Bürger über das, was wir hier vorgelegt haben, ist, daß er die alten Schlachten der letzten Jahre einfach nicht wiederholen kann, sondern daß er erstaunt darüber ist, daß wir im Einvernehmen zum Beispiel mit den Franzosen und Frankophilen in der Stadt — da gibt es ja inzwischen eine ganze Reihe, die ich übrigens auch schätze, das will ich nicht der CDU überlassen, sie zu schätzen —, aber auch im Einvernehmen mit der französischen Kulturbürokratie, das ist ja kompliziert, inzwischen hier eine richtig anspruchsvolle, auch von den Franzosen in Paris wahrgenommene Öffnung im Fremdsprachenangebot organisiert haben und mitten darin sind, das nun in den Schulalltag umzusetzen.

Ich finde, das ist etwas. Das ist die richtige Richtung. Man muß in den nächsten Jahren sehr darauf achten, daß wir mit unseren knappen Mitteln — da haben Frau Kahrs und auch Sie, Frau von Schönfeldt, ja recht — das alles unter ganz strammen Sparrahmenbedingungen versuchen einzuführen.

Wir haben die Chance, hier ein wenig europäische Politik im Schulalltag sich entfalten zu lassen. Ich denke, das wird davon abhängen, ob es wirklich genügend, auch in der Sache, tragende Unterstützung gibt. Wir können das nicht allein von oben diktieren, sondern wir sind darauf angewiesen, daß wir begleitet werden von dem Interesse der Kinder, der Eltern, der Schulen und der Lehrer.

Ich möchte gern, um die Sorge, die Bringfriede Kahrs ganz vorsichtig angedeutet hat, aufzunehmen, erreichen, daß das nicht nur ein Angebot für die berühmten bildungspolitischen Eliten der Stadt ist, sondern ich möchte gern erreichen, daß es quer durch die Bevölkerung ein Ehrgeiz auch für Arbeiterfamilien und ganz schlichte Familien ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie schauen doch auch alle nach Europa und wollen doch, daß ihre Kinder da Chancen haben; sie wissen ganz genau, daß das auch über Sprachen geht.

Man kann in Zukunft wirklich nur noch vorankommen in seinem Beruf und in seiner Entwicklung, wenn man sich europäisch qualifiziert. Wie das Lesen und Schreiben gehört es dazu, daß ich mich in Zukunft auch fremdsprachlich entfalten kann. Das schließt alle ein, und das soll nicht nur ein Angebot für bildungsbürgerliche Eliten sein.

Ich glaube, wir dürfen Europa nicht nur einer kleinen Minderheit überlassen, wir müssen Europa mit der Breite der Gesellschaft als große Chance und große Entwicklung annehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn am Schluß die DVU-Vertreter die letzten sind, dann ist das deren Sache, aber die übrige Gesellschaft ist auf unserer Seite.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Bürger.

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur kurz folgendes: Frau von Schönfeldt, ätsch, nun hat er es aber bekommen! Da muß ich sagen, das war billige Polemik, die Sie da vorgebracht haben.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau v. Schönfeldt [FDP]: Er ist getroffen!)

Sie wissen natürlich ganz genau, wie dünn die Mitteilung des Senats zur Verstärkung der Fremdsprache Französisch ausgefallen ist. Das ärgert Sie natürlich auch, weil Sie in den letzten Jahren immer etwas anderes vertreten haben, und zwar in Richtung Verstärkung der französischen Sprache.

Man kann sich ja, und da stimme ich mit Ihnen überein, auf das Wesentliche konzentrieren, nur, da möchte ich Sie einmal auffordern, auch wirklich zuzuhören, was ich gesagt habe. Ich will nur wenig noch einmal anführen.

(Abg. Neujahr [FDP]: Noch einmal!)

Wenn Sie den Unterricht insgesamt verkürzen, verkürzen Sie auch den Fremdsprachenunterricht insgesamt. Dann, meine ich, ist es heuchlerisch, wenn Sie uns angreifen, wenn wir für die Schulzeitverkürzung plädieren und dafür streiten. Rechnen Sie einmal Ihre Stunden auf die 13 Jahre zusammen, die Sie allein hier streichen, da kommt schon ein halbes Schuljahr heraus.

(Beifall bei der CDU)

Frau von Schönfeldt, Sie haben noch einmal bestätigt, wie dünn die Vorlage ist. Sie haben doch gesagt, es wird versucht, Sie haben doch gesagt, es soll eingerichtet werden. Wenn etwas Konkretes zu erwarten wäre, müßte die Formulierung doch heißen: Wird am Tag X eingerichtet. Das steht doch bei keinem Punkt!

Frau Kahrs, wenn Sie sagen, Fort- und Weiterbildung seien notwendig, Neuorientierung in der Fremdsprachendidaktik und -methodik, dann ist das richtig. Nur, dann will ich daran erinnern, daß Sie

(C)

(B)

(D)

(A) seitens der SPD am 7. Februar 1990 einen Antrag eingereicht haben „Fremdsprachenunterricht an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen“. Da steht im letzten Spiegelstrich: „die Aus- und Weiterbildung von Fremdsprachenlehrkräften, den Anforderung eines anwendungsorientierten Fremdsprachenunterrichts zu entsprechen“. Alles richtig! Nur, dann frage ich mich: Was ist eigentlich in dreieinhalb Jahren in dieser Behörde passiert?

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen doch heute eingestehen, absolut nichts!

Ein Letztes! Herr Senator, wenn Sie sagen, Sie möchten die gesamte gesellschaftliche Breite auch im Französischunterricht begrüßen können, stimme ich Ihnen zu, aber das ist auch kein Grund, Entscheidungen, wichtige, notwendige Entscheidungen, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Ich kann es nur noch einmal wiederholen: Schauen Sie über die Landesgrenzen Bremens hinaus, schauen Sie nach Bayern, schauen Sie ins Saarland hinein, die machen schon Fremdsprache Französisch für alle, Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten! Diese Erfahrungen sollten Sie auswerten, und dann brauchen Sie nicht Entscheidungen auf die Jahrtausendwende zu verschieben. — Danke!

(Beifall bei der CDU)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 13/404 ist zurückgezogen worden. Eine weitere Behandlung erübrigt sich. Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 13/619 abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DVU und NK)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 13/606, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wollen wir jetzt den Punkt Benennung der bremischen Vertreter aufrufen? Sind wir soweit?

(Zuruf: Ja!)

Meine Damen und Herren, das ist offenbar komplizierter, als es im ersten Anlauf den Anschein hatte. Die Situation ist ja die, daß die Bürgerschaft den Beschluß gefaßt hat, daß durch Wahl der Bürgerschaft die Benennung vorgenommen werden soll. Der Senat hat uns eine Vorlage zur Kenntnis gegeben, mit der die Benennung vorgenommen wurde. Nun ist die Frage, wie das Haus verfahren wird. Soll nach Vorlage verfahren werden? Ist es der Wunsch, daß wir nach Vorlage verfahren?

(Zurufe von der SPD: Ja! — Abg. Frau Motzmann [CDU]: Nein! Wir wollen Debatte!)

### Benennung der bremischen Vertreter für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Gemeinschaften (AdR)

Mitteilung des Senats vom 14. September 1993  
(Drucksache 13/639)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Nölle.

Abg. **Nölle** (CDU): Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Im November 1992 haben wir hier über die Besetzung des Ausschusses der Regionen gesprochen und dabei die Frage diskutiert, wer das Wahlrecht, also das Recht zur Wahl in den Ausschuß der Regionen, hat, das Parlament oder aber der Senat. Herr Wedemeier hatte damals die Auffassung vertreten, das müsse beim Senat liegen. Die Ministerpräsidenten der Länder hatten vereinbart, daß die jeweiligen Regierungen das Benennungsrecht haben. Wir haben hier beschlossen, das Recht zur Benennung soll beim Parlament liegen. Der Beschluß hieß damals: „Die Bürgerschaft möge beschließen, die Vertreter der deutschen Länder im Ausschuß der Regionen durch die Landesparlamente aus dem Kreis der Parlaments- und Regierungsmitglieder zu wählen.“

Wir haben jetzt die Vorlage bekommen, wonach wir von der Wahl des Senats „Kenntnis nehmen“ sollen. Ich will überhaupt nicht verhehlen, daß unsere Fraktion diesen Vorschlag mitträgt, aber wir wollen wählen, entsprechend unseres Beschlusses, den wir damals gefaßt haben, Drucksache 13/186. Von daher bitte ich, nicht Kenntnis zu nehmen, sondern zu wählen! Ich glaube, das ist ein entscheidender Unterschied, und es würde auch unserer Beschlußlage von damals entsprechen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Da war eine Wortmeldung. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nicht nur zu der

(A) Frage Stellung nehmen, ob wir hier heute wählen sollten oder nicht, sondern noch einmal insgesamt auf die sachliche Frage eingehen und den Ablauf dieses Konflikts.

Herr Bürgermeister Wedemeier hat in der Bürgerchaftsdebatte im November, die Kollege Nölle erwähnt hat, erklärt, es gebe unterschiedliche Standpunkte in der Frage, durch wen und aus welchem Kreis die Vertreter Bremens im Ausschuß der Regionen benannt werden sollten. Er hat aber auch erklärt, er strebe eine einvernehmliche Lösung, eine sogenannte bremische Lösung an, wie er sich damals ausdrückte. Nach dem, was bis heute passiert ist, kann ich von dieser bremischen Lösung, das habe ich bisher immer als ein positives Wort verstanden, wenig erkennen. Nach meiner Auffassung ist die Tatsache, wie das bisher gelaufen ist, ein ziemlich schlechter Start Bremens in das Europa der Regionen gewesen, zumindest was das Parlament, die Bremische Bürgerschaft, angeht.

Mit der Vorlage, die der Senat jetzt gemacht hat, würde das eintreten, was wir immer befürchtet und beklagt haben, nämlich daß mit der zunehmenden Integration in Deutschland und vor allen Dingen in Europa zwar die Länder ihre Position ein wenig haben halten können, aber daß die Landesparlamente an Bedeutung weiter verlieren würden. Das, was wir hier heute diskutieren, ist ein klassischer Konflikt, nicht zwischen Koalition und Opposition oder zwischen verschiedenen Parteien, sondern es ist ein klassischer Konflikt zwischen Parlament und Senat.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Beschluß der Bürgerschaft vom November letzten Jahres hat Kollege Nölle hier zitiert, er hatte zwei Teile. Er hatte den ersten Teil, in dem wir beanspruchen, daß das Parlament bei dem Wahlakt, Entsendungsakt beteiligt ist, wobei damals schon signalisiert worden ist, daß wir eine Lösung sinnvoll finden könnten, daß der Senat die Vertreter benennt und das Parlament sie bestätigt, und daß wir außerdem der Auffassung sind, daß die Vertreter im Ausschuß der Regionen sowohl aus dem Kreis des Senats als auch aus dem Kreis des Parlaments kommen könnten.

Im Juni hat der Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten diesen Entschluß noch einmal bekräftigt und in Erinnerung gerufen, und Herr Nölle hat als Vorsitzender dieses Ausschusses in einem Brief das dem Senat auch mitgeteilt. In der Senatssitzung am 31. August war dann eine Vorlage auf der Tagesordnung, die vorschlug, daß Bürgermeister Wedemeier und Staatsrat Fuchs entsandt werden sollten. Diese Vorlage damals endete noch mit dem Satz: „Der Senat bittet die Bremische Bürgerschaft, die vom Senat benannten Vertreter für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Gemeinschaften zu bestätigen.“

Der Tagesordnungspunkt wurde in dieser Senatsitzung ausgesetzt mit der Bitte, das im Bundes- und

Europaausschuß zu bereden. In dieser Sitzung hat Staatsrat Fuchs die Senatsvorlage dann vorgetragen. In der Diskussion wurde zwischen den beteiligten Fraktionen im Ausschuß ausdrücklich keine Einigung über die zu benennenden, zu entscheidenden Personen gefunden, weder konkret über die Personen, die der Senat vorgeschlagen hatte in der Vorlage, noch über die grundsätzliche Frage, ob sie nur aus Senatskreisen oder auch aus Parlamentskreisen kommen sollten und könnten.

(C)

Herr Staatsrat Fuchs hat abschließend erklärt, daß der Senat trotz unterschiedlicher Auffassung bestrebt sei, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Ich muß gestehen, daß ich davon insgesamt letztlich nichts gemerkt habe. Der Beschluß des Senats ist ja dann auch dahingehend geändert worden, daß er jetzt in die Mitteilung an die Bürgerschaft hineingeschrieben hat, daß der Beschluß des Senats nur noch zur Kenntnis genommen werden soll.

Dies sollten wir nun auch machen, weil wir ganz offensichtlich in dieser Frage als Parlament uns nicht haben durchsetzen können. Das ist bedauerlich, das muß ich hier feststellen, aber es ist so.

Ich möchte auf die Argumente eingehen, die der Senat vorgetragen hat, warum nur diese Lösung möglich ist.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage entgegenzunehmen?

(D)

Abg. **Dr. Kuhn** (DIE GRÜNEN): Bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Fluß!

Abg. **Fluß** (SPD): Heißt das, daß Sie gegen die personellen Vorschläge des Senats etwas einzuwenden haben? Das klang eben so!

Abg. **Dr. Kuhn** (DIE GRÜNEN): Das heißt auch, daß ich gegen die personellen Vorschläge des Senats etwas einzuwenden habe, weil ich immer der Auffassung gewesen bin und das auch in dieser Ausschußsitzung geäußert habe, daß ich es für sinnvoll halte, daß als Vertreter Bremens in den Ausschuß der Regionen Bürgermeister Wedemeier entsandt wird und als sein Stellvertreter der Präsident dieses Parlaments.

Der Senat bringt in der Hauptsache verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedenken vor, daß nämlich die Entsendung von Vertretern des Parlaments insgesamt unmöglich sei. Er verweist darauf, daß nach Paragraph 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Europaangelegenheiten über den Bundesrat erfolgt und daß die Länder nach den Artikeln 50 und 51 im Bundesrat durch die Landesregierungen vertreten werden.

(A) Das ist soweit richtig, daß Artikel 50 auf den Bundesrat bezogen das eindeutig regelt. Aber was den Ausschuß der Regionen angeht, und das ist der Fehler, der hier gemacht wird, werden die Länder ausdrücklich nicht über den Bundesrat vertreten, sondern die Länder sind unmittelbar und direkt im Ausschuß der Regionen vertreten, und es besteht überhaupt keine zwingende Notwendigkeit, diese Analogie zum Bundesrat darzustellen und zu sagen, was für den Bundesrat gilt, muß auch für den Ausschuß der Regionen gelten.

Es ist durchaus möglich, daß die Länder im Binnenverhältnis andere Regelungen treffen, was die Zusammenarbeit der beiden Verfassungsorgane Senat und Bürgerschaft betrifft. Das sieht übrigens auch eine Reihe von anderen Bundesländern so, und ich bin einmal gespannt, ob hier der Senat die Beschlüsse dieser Landesregierungen und dieser Landesparlamente für verfassungswidrig erklären wird.

Ich gebe einmal eine Übersicht, Stand Juli 1993. In Sachsen-Anhalt, das wie Bremen einen Sitz bekommt, ist der Stellvertreter Mitglied des Landtages. In Baden-Württemberg, das aufgrund der Größe der Länder jetzt schon zwei Sitze beanspruchen kann — Sie kennen ja das Verfahren, daß die großen Länder zu Anfang zwei Sitze bekommen —, sind bei zwei Sitzen beide Stellvertreter Mitglied des Landtages, in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wird jeweils der zweite Sitz einschließlich des Stellvertreters von Mitgliedern des Landtages wahrgenommen.

(B) Sind das alles verfassungswidrige Beschlüsse? Sind die Beschlüsse der Landtage, die jeweils diese Entscheidung bestätigt haben, daran mitgewirkt haben, alle verfassungswidrig? Meiner Auffassung nach nicht, sondern es ist der in diesen Ländern unternommene, äußerst sinnvolle Versuch, in neuen Situationen und Konstellationen europäischer Integration auch neue demokratische Wege des Zusammenwirkens von zwei Verfassungsorganen dieses Landes zu finden und auch durchzuführen,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

so wie auch Bundesrat und Bundesregierung neue Wege gefunden haben, die sich in dem bereits erwähnten Gesetz ja auch niederschlagen.

Die Bundesregierung hat zunächst einmal auch die Auffassung vertreten, daß die Vertretung Deutschlands in der EG nur durch die Bundesregierung erfolgen darf. Erst die Tatsache, daß der Bundesrat zustimmen mußte, hat ja dazu geführt, daß es eine neue Kompetenzaufteilung zwischen Bundesregierung und Bundesrat gegenüber verfassungspolitischen Bedenken gegeben hat. Das gleiche Verfahren ist unserer Auffassung nach ohne verfassungsrechtliche Schwierigkeiten auch innerhalb der Länder möglich, und es wäre auch sehr sinnvoll.

In einem Vermerk aus der Senatskanzlei hat es geheißen, die Bürgerschaft sollte beteiligt werden, da-

mit die demokratische Legitimation nach außen erhöht werden sollte. Das wäre auch sinnvoll gewesen, aber hier in dieser Bürgerschaft nur zu irgend etwas zu nicken, bei dem wir nicht wirklich beteiligt worden sind, da bin ich nicht der Auffassung, daß wir das tun sollten. Insofern nehmen wir das zur Kenntnis. Ich stelle für uns fest, daß wir uns in dieser Frage jetzt nicht haben durchsetzen können.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß wir das nicht als Präjudiz

(Abg. Frau M o t s c h m a n n [CDU]: Ist es aber!)

für spätere Regelungen, was die europäische Mitarbeit angeht, ansehen und daß wir die Frage weiter verfolgen werden, unter anderem im Rahmen der Verfassungsreformdiskussion, wo wir nach unserer Auffassung eine eindeutige Regelung finden sollten, in welcher Form die Vertreter Bremens in europäischen Institutionen benannt und auch entsandt werden. — Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Ich habe an den Abgeordneten Nölle eine Frage. War das ein Antrag, den Sie gestellt haben?

(Abg. N ö l l e [CDU]: Ja!)

Ein Antrag, daß über die Vorlage 13/639 nicht per Kenntnisnahme, sondern per Wahl entschieden werden soll! Sie haben sich ausgesprochen für die Vorlage entsprechend der Senatsempfehlung.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola** (SPD)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin nicht so ganz sicher, Sie werden sicherlich alle diese Diskussion nachvollziehen können, da möchte ich niemandem hier im Hause zu nahe treten, aber ob alle Bürger zur Zeit verstehen, um was wir uns hier streiten,

(Beifall bei der SPD)

insbesondere ob alle wissen, was dieser Ausschuß der Regionen eigentlich ist und welche Bedeutung das nun für Bremen hat, da wage ich doch erhebliche Zweifel anzumelden. Vielleicht meint doch der eine oder andere Bürger oder Bürgerin, viel Lärm um nichts, sollen die doch endlich einmal in Brüssel oder in Straßburg etwas für diese Region tun, und insofern ist auch für mich das alles ein bißchen unverständlich, zumal das Personalpaket im Senat einstimmig verabschiedet worden ist. Damit war das in der Koalition klar, ein Koalitionsvorschlag, der aber auch im Ausschuß des Parlaments seinerzeit von der CDU in der letzten Sitzung vorgetragen worden ist, ich komme nachher noch einmal darauf zurück, Ver-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) treter Herr Staatsrat Fuchs für Herrn Wedemeier, ist CDU-Position, da war ich sogar ursprünglich noch anderer Meinung. Die Frage ist jetzt, warum streiten wir uns?

(Abg. Frau Beck [DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Das will ich gern noch erläutern. Ich will das gar nicht bagatellisieren. Aber hier ist eine Zwischenfrage!

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Isola (SPD): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Frau Beck!

Abg. Frau Beck (DIE GRÜNEN): Herr Isola, wollten Sie damit zum Ausdruck bringen, daß, wenn demokratische Spielregeln etwas komplizierter werden und dem Bürger schwerer zu vermitteln sind, wir sie deswegen nicht mehr so ernst nehmen sollten?

Abg. Isola (SPD): Nein, keineswegs! Lassen Sie mich das einmal ausführen, was es hier mit den demokratischen Spielregeln auf sich hat, die sich ja sicherlich auch nach Verfassungsrecht orientieren müssen! Aber haben Sie noch etwas Geduld, ich werde jetzt darauf kommen!

(B) Wir haben uns hier vor einem knappen Jahr, ich glaube, im November letzten Jahres, das war damals meine Kollegin Frau Marlis Grotheer-Hüneke, mit Ihnen gemeinsam und, ich glaube, einstimmig hier in diesem Hause darauf verständigt, daß aus dem Kreis des Senats und der Bremischen Bürgerschaft Vertreter für den Ausschuß der Regionen zu wählen sind. Kollege Nölle hat das hier zu Recht vorgetragen, das ist auch völlig unstrittig.

Es ist aber auch völlig unstrittig, man kann das im Protokoll über die damalige Sitzung nachlesen, daß Bürgermeister Wedemeier diese Position der Bürgerschaft nicht akzeptiert hat. Er hat gesagt: Ich kann das nicht mittragen. Er hatte seinerzeit schon verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht, auffällig unstrittig in diesem Hause. Diese verfassungsrechtlichen Bedenken sind in anderen Bundesländern, wo es ähnliche Auseinandersetzungen gegeben hat, verdeutlicht worden auch in Form von Gutachten. Auch der Bremer Senat hat sich hier beraten lassen durch den hier anwesenden Justiz- und Verfassungssenator Scherf, und er sagt, es gehe nicht an, der Vorschlag werde durch die Landesregierung an den Bundeskanzler weitergereicht, der dann wiederum die EG informiere, wer das Bundesland Bremen zu vertreten habe.

Wir haben gesagt, ungeachtet dieser Rechtsposition des Senats fordern wir hier ein Mitwirkungsrecht ein und möchten beteiligt sein. Das ist eine ungeklärte verfassungsrechtliche Position, die hier

jetzt gegeneinander steht, und da ist die Frage, wie wir jetzt in der Sitzung damit umgehen. Der Senat hat folgerichtig gesagt, wir machen unseren Vorschlag und geben das hier zu Kenntnis. (C)

Wir haben vorher abgeklärt, ich wiederhole das noch einmal, was die Personen anbelangt, ich nenne sie noch einmal, Bürgermeister Wedemeier für den regulären Sitz. Bremen steht zur Zeit nur ein Sitz in diesem Ausschuß zu. Erst im Jahr 2004 oder 2006, ich kann es jetzt nicht so genau sagen, steht uns der zweite Sitz zu im rollierenden Verfahren. Da ist signalisiert worden, dann werden wir, das kann man ja heute locker sagen, die verfassungsrechtlichen Bedenken zurückstellen, dann wird dieser Sitz an das Parlament gehen.

(Abg. Dr. Kuhn [DIE GRÜNEN]: Wer hat das signalisiert?)

Das ist damals in der Debatte signalisiert worden, auch im näheren Gespräch mit dem Bürgermeister, auch im Ausschuß Europa. Herr Dr. Kuhn, wenn Sie aufmerksam zugehört haben, hatten wir sogar die Position, ich habe gar keine Probleme, das hier öffentlich vorzutragen, trotzdem die Vertreter aus dem Parlament zu benennen, nämlich den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, übrigens gegen die Auffassung der CDU.

Herr Teiser hat gesagt, was soll das eigentlich, und da kommt ein Argument, das wir in der Tat überdacht haben. Diese Tätigkeit im Ausschuß der Regionen ist dermaßen arbeitsintensiv, Bürgermeister Wedemeier wird demnächst Bundesratspräsident werden, wird arbeitsmäßig doch sehr belastet werden, der Vertreter muß hier häufig tätig werden, wir können es uns ja gegenüber der Öffentlichkeit nicht leisten, hier noch mehr Referate einzurichten, um diese Position auch von der Sache her für Bremen korrekt wahrnehmen zu lassen. Das ist ja nicht eine Frühstücksdirektorenposition, die dort in Europa wahrgenommen werden soll, das ist eine ganz arbeitsintensive Position. Daher der Vorschlag, Vertreter Staatsrat Fuchs aus der Senatskanzlei!

Das haben wir akzeptiert und ist Konsens gewesen in der Vorbereitung dieser Sitzung. Da hat es zwischendurch Irritationen gegeben in einer anderen Fraktion, ich will das nicht weiter vortragen, das kam ja auch in der Presse. Jedenfalls waren wir uns da einig. (D)

Worum geht es jetzt? Die Frage ist, ob wir uns jetzt formell in einem Wahlakt zusammenfinden und diesen einmütigen Personalvorschlag noch einmal abstützen, um auch einen Präzedenzfall zu schaffen für ein Recht des Parlaments, das sehe ich sehr deutlich,

(Abg. Metz [CDU]: Sehe ich auch so!)

oder ob wir sagen, das ist ein Abrücken von dieser Position, wir erörtern jetzt auch hier die Personalien, und die Frage ist, hat das Parlament Bedenken, welche Fraktion hat Bedenken gegen diese Personalvor-

- (A) schläge? Ich habe diese bisher nicht gehört, sondern wir nehmen das jetzt zur Kenntnis, aber auch mit dem Hinweis, daß wir keineswegs bereit sind, von unserer Rechtsposition abzurücken.

Damit bin ich einverstanden, daß wir so verfahren, und ich muß Ihnen zum Schluß sagen, es lohnt — bitte schön, ich sage das wieder im Hinblick auf die Öffentlichkeit — doch nicht, hier künstlich jetzt eine Krise zwischen Senat und Parlament in dieser Frage zu konstruieren. Meine Damen und Herren, wir haben andere Probleme und Sorgen für diesen Stadtstaat.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns diesen Punkt so abhandeln! Ich denke, das ist auch im Sinne der Bürger dieser Stadt. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, weil die Wogen der Parlamentsdebatte so hoch schlagen, möchte ich Ihnen jetzt eine erfreuliche Mitteilung machen. Auf dem Besucherrang haben die in der Bundesrepublik akkreditierten Missionenchefs der arabischen Länder und ihre Damen Platz genommen. Ich begrüße Sie sehr herzlich!

(Beifall)

(B)

Es sind Seine Exzellenz Herr Abdelaziz Benjelloun, Botschafter des Königreichs Marokko, Seine Exzellenz Herr Mohab M. M. Mokbel, Botschafter der Arabischen Republik Ägypten, Seine Exzellenz Herr Abdo Othman Mohamed, Botschafter der Republik Jemen, Seine Exzellenz Herr Ahmed Abdulla Al-Khal, Botschafter des Staates Katar, Seine Exzellenz Herr Melhem Mistou, Botschafter der Libanesischen Republik, Seine Exzellenz Herr Dr. Youssouf Diagana, Botschafter der Islamischen Republik Mauretanien, Seine Exzellenz Herr Dr. Mohamed Karboul, Botschafter der Tunesischen Republik, und Herr Mousa Ahmed Abufrewa, Sekretär des Volksbüros von Libyen, außerdem Frau Haddad von der Botschaft der Arabischen Republik Syrien. Die Exzellenzen werden begleitet vom Honorarkonsul von Marokko, Herrn Professor Dr. Walter Franke.

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die arabische Welt bewegt uns in diesen Tagen ganz besonders mit guten Nachrichten. Ein jahrzehnte langer Kriegszustand im Nahen Osten wird beendet durch einen Prozeß der Aussöhnung und des Friedensschlusses. Mit großem Respekt, Erleichterung und Freude sehen wir das mutige Handeln der arabischen Völker und ihrer politischen Führer und des Staates Israel und seiner Regierung. Wir wünschen allen Ländern in dieser

Region für die Zukunft eine gute dauerhaft friedliche Nachbarschaft. Das ist die Voraussetzung für eine stabile und prosperierende Wirtschaft.

Wir wünschen Ihnen, Exzellenzen, einen erfolgreichen Aufenthalt in unserem Bundesland, der auch dazu beiträgt, die Freundschaft Bremens mit allen Ihren Bürgerinnen und Bürgern in Ihren Ländern zu stärken. Ich bedanke mich für Ihren Besuch!

(Beifall)

Wir fahren fort in der Aussprache.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Nölle.

**Abg. Nölle (CDU):** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Dr. Kuhn und Herr Isola haben den Sachverhalt noch einmal umfassend dargestellt, und es gibt sowohl beim Sachverhalt als auch bei dem personellen Vorschlag überhaupt keinen Dissens oder eine andere Meinung. Nur, meine Damen, meine Herren, bei der Schlußfolgerung, die Sie beide daraus ziehen, können meine Fraktion und ich nicht mehr folgen.

(Beifall bei der CDU)

Die Differenzen, die Sie jetzt hier aufzeigen und den Konflikt, den Sie hier darlegen, hat es damals schon bei der Debatte gegeben,

(Vizepräsidentin Bernbacher übernimmt den Vorsitz.)

(D)

als wir über die Vorlage entschieden haben. Ich darf einmal das, was Herr Isola vorhin sagte und was im Protokoll festgelegt ist, wörtlich zitieren. Nach der Debatte, die zum Inhalt hatte, daß das Parlament wählen soll, sagte Herr Wedemeier: „Insofern muß ich Ihnen schon jetzt mitteilen, daß ich diesen letzten Absatz der beiden Anträge am Ende nicht umsetzen kann.“

In Kenntnis dieser Aussage von Herrn Wedemeier hat das Parlament trotzdem diese beiden Absätze beschlossen. Wir haben trotz dieses Hinweises beschlossen, das Parlament soll wählen, und nicht, wir sollen zur Kenntnis nehmen. Nun kommt Herr Dr. Kuhn zu dem Schluß, daß er sagt, hier müßten wir kapitulieren, diesmal könne das Parlament sich nicht durchsetzen. Das halte ich angesichts der Tatsachen, die wir damals schon kannten, für unverständlich. Aufgrund neuer Fakten — wir kennen sie nicht und wissen nicht, was sich da hinter den Kulissen abgespielt hat — kommen Sie nun zu dem Ergebnis, dieses Parlament kann von seinem Beschluß „zu wählen“ nicht Gebrauch machen, sondern wir resignieren und nehmen den Vorschlag „zur Kenntnis“. Da kann ich nicht folgen!

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir jetzt zur Kenntnis nehmen, stellen wir uns gegen unseren eigenen Beschluß, und, meine

(A) Damen und Herren, wir schaffen ein Präjudiz für künftige Wahlen. Wir werden nämlich nicht mehr wählen, sondern wir werden auch künftig zur Kenntnis nehmen. Deswegen bitte ich, entsprechend unserem Beschluß heute eine Wahl vorzunehmen, und wenn es ein verfassungsrechtlicher Konflikt ist, dann mögen wir ihn eben austragen, aber bitte schön nicht mit einer vorherigen Kapitulation des Parlamentes! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz (FDP) \***: Meine Damen und Herren! Ich stimme Herrn Kollegen Isola darin zu, daß aus dieser Debatte überhaupt nicht deutlich wird, welches Gewicht wir diesem Ausschuß der Regionen beimessen. Ich denke, wir sollten dies im Kopf behalten, vor allen Dingen in dem Bemühen, die Arbeit dieses Ausschusses zu begleiten und die bremischen Vertreter entsprechend zu befähigen, die Belange Bremens dort richtig wahrzunehmen.

Für die Frage des Wahlverfahrens oder der Benennung dieser Vertreter gibt es unterschiedliche Auffassungen, und ich verhehle nicht, daß ich auch der Auffassung zuneige, das Parlament muß mehr Einfluß haben. Ich bin der Meinung, hier sollte ein Verfahren gefunden werden. Aber es ist ja zu Recht darauf hingewiesen worden, daß dieses ein ganz neues Instrument ist, eine ganze neue Verfassungsrechtslage. Für diejenigen, die sich damit befassen, weise ich darauf hin, daß das Bundesverfassungsgericht sogar noch über wesentliche Grundzüge des Vertrages von Maastricht zu entscheiden hat, so daß auch hier noch viele rechtliche Probleme umgewälzt und möglicherweise Konsequenzen gezogen werden müssen. Dieses ganze Instrument ist ein neues Instrument, wir müssen sozusagen lernen, damit umzugehen.

Daraus resultiert dieser neue Konflikt: Wie gehen wir mit diesem Konflikt um? Ich meine, es dient dem bremischen Interesse, und ich habe mich auch belehren lassen, daß es auch einen zeitlichen Rahmen gibt, nämlich, in diesem Monat die Vertreter der Bundesregierung zu benennen. Es liegt also im bremischen Interesse, dieses Gremium erst einmal von seiten Bremens aus ordentlich zu bestücken. Da stelle ich ganz oben voran, daß nach außen hin Bremen ordentlich vertreten ist, und das ist der Bürgermeister dieses Bundeslandes. Das ist für mich die Hauptsache, und diese Vertretung muß benannt werden. Alles Weitere ist ein bremeninterner Streit, der vielleicht auch in anderen Bundesländern in ähnlicher Weise geführt werden mag, aber der nichts damit zu tun hat, daß wir imstande sein müssen, in diesem Ausschuß ordentlich vertreten zu sein.

Wie gehen wir um mit der Frage innerhalb des Parlamentes? Dort gibt es Dissens. Wie klären wir einen

\*) Vom Redner nicht überprüft.

solchen Dissens? Wir müssen darüber verhandeln, und wir müssen Verfahrensfragen entdecken, wir müssen möglicherweise die Geschäftsordnung ändern, wir müssen möglicherweise ein Gesetz machen, weil es ja um die Belange des Parlaments gegenüber der Regierung geht. Alles dies sind schwierige Rechtsfragen, und Herr Dr. Kuhn hat zu Recht angedeutet, denke ich, das gehört auch in den Rahmen des Projektes der Änderung der Verfassung.

Nun hat Herr Kollege Nölle hier für die CDU einen Antrag gestellt, daß wir heute hier wählen, und das ist auch die Meinung des Parlamentes.

(Beifall bei der FDP)

Aber es ist eben eine Meinung des Parlamentes gewesen, das Parlament hat leider — man kann ja darüber streiten, wie man will — nichts getan, um seine Meinung in Verfahrensrecht umzusetzen. Herr Kollege Nölle ist der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses. Ich bin nicht Mitglied in diesem Ausschuß, ich hätte erwartet, daß aus diesem Ausschuß eine Vorlage kommt, wie man verfahrensmäßig damit umgeht, etwa, daß wir ein Gesetz — genau wie der Bundestag das ja gemacht hat über das Verfahren, über die Verhältnisse der Verfassungsorgane zueinander — hier einbringen und daß dann das Parlament darüber beschließt, damit es einen staatsrechtlichen Konflikt mit dem Senat in ordentlicher Weise, nämlich verfassungsrechtlich und staatsrechtlich, löst.

(Beifall bei der FDP)

Wir können aber heute doch nicht einen Antrag stellen und sagen, wir wählen. Wenn ich in die Geschäftsordnung schaue, dann können wir da wählen, wo das Parlament befugt ist zu wählen. Es steht in der Verfassung, wen wir wählen, ob wir einen Landesdatenschutzbeauftragten wählen oder er nur benannt wird oder ob wir einen Ausschuß wählen. Alles dies muß doch geklärt werden. Deswegen kann ich nicht sagen, weil der Senat eine Benennung vornimmt, muß ich wählen, es sei denn, ich habe diesen Konflikt vorher ausgetragen.

Ich bin durchaus anderer Meinung als der Senat, das will ich nicht verhehlen, aber ich bin der Meinung, es ist Schulaufgabe des Parlamentes, wenn es einen solchen Konflikt sieht, ihn verfahrensmäßig vorher zu lösen.

(Abg. Frau **Hammerström (SPD)**: Sind wir denn nur bescheuert? — Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Für den heutigen Tag bleibt doch nur übrig, daß wir die Vorlage des Senats zur Kenntnis nehmen, daß diese Vertreter benannt werden — im übrigen wählt nicht Bremen die Vertreter in den Ausschuß, sondern die Bundesregierung benennt diese Vertreter —, und daß wir diesen Konflikt, den wir haben, in ordentlicher Form, vorbereitet durch den zuständigen

- (A) Ausschuß, austragen. Einen Antrag auf Wahl können wir geschäftsordnungsmäßig hier gar nicht zur Kenntnis nehmen, das kann nur eine Nichtbefassung geben, und wir können nur die Vorlage — —.

(Abg. F l u ß [SPD]: Ach was!)

Herr Fluß, das ist ja leider richtig in der geltenden Verfassungsrechtslage!

(Unruhe — Abg. F l u ß [SPD]: Juristen versuchen, alles beweisen zu können!)

Deswegen können wir nur das zur Kenntnis nehmen, deswegen werden wir das zur Kenntnis nehmen, was der Senat hier vorgelegt hat, weil wir uns in der Sache, Herr Nölle ist ja sogar übereinstimmend auch mit dem Personalvorschlag einverstanden — —.

(Unruhe — Glocke)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Entschuldigen Sie bitte, Herr Abgeordneter, meine Damen und Herren! Bei allen Bedenken, die Sie haben, aber hören Sie noch eben dem Redner zu!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Das fällt schwer! — Glocke)

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. **Adamietz** (FDP): Selbstverständlich!

- (B) **Vizepräsidentin Bernbacher:** Bitte, Herr Fluß!

Abg. **Fluß** (SPD): Herr Kollege Adamietz, wie waren wir eigentlich in der Lage, im Parlament zu beschließen, daß wir wählen wollen, wenn wir gar nicht wählen können, mit Ihrer Stimme?

Abg. **Adamietz** (FDP): Aber selbstverständlich!

(Heiterkeit — Beifall bei der CDU — Abg. F l u ß [SPD]: Aber das kann er auch erklären! — Heiterkeit bei der CDU)

Selbstverständlich! Sehen Sie, meine Damen und Herren, ich bedanke mich für den Beifall. Das ist eben der Unterschied zwischen politischem Wollen und parlamentsrechtlich korrektem Verhalten!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es hilft doch alles nichts! Wenn ich im Dezember letzten Jahres politisch beschließe, ich will da einmal wählen, ja, mein Gott, das können wir alle! Beiräte wollen das, Deputationen wollen dieses und jenes. Wir wollen ein Konzept, wir wollen wählen,

(Präsident **D r . K l i n k** übernimmt wieder den Vorsitz.)

aber ob ich wählen darf und in welchem Verfahren ich wähle, das muß ich doch verfahrensmäßig, parlamentsrechtlich klären.

Der Bundestag hat das Grundgesetz geändert, der Bundesrat dazu, um den Belangen, den Strukturveränderungen aus dem Maastrichter Vertrag Rechnung zu tragen. Daraufhin hat der Bundestag, Herr Dr. Kuhn hat es erwähnt, Gesetze gemacht, die das Verhältnis zwischen Bundestag und Bundesrat, zwischen Bundesorganen, den Ländern, regeln. Alles dies haben wir in Bremen nicht getan, wir haben einen politischen Beschluß gefaßt, ich sage es einmal ein wenig salopp: Herr Lehrer, ich möchte mich auch noch einmal melden, aber wir haben nicht Butter bei die Fische getan. Wir haben kein Verfahrensrecht, wir haben die Geschäftsordnung nicht geändert, wir haben nichts getan.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Fluß, ich schätze Sie sehr als Vorsitzenden des Ausschusses für die Reform der Landesverfassung. Wir hatten — in diesem Ausschuß bin ich nämlich auch vertreten — nicht Anlaß, diese Thematik zu erörtern, sie gehörte nicht in unseren Aufgabenbereich, deswegen haben wir sie auch nicht behandelt. Aber in den Aufgabenbereich des Ausschusses, von dem Herr Nölle Vorsitzender ist, der hier diesen Antrag heute stellt, hätte sie hineingehört.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann doch als Hinterbänkler, der ich da hinten in der letzten Reihe sitze, als einer von hundert Abgeordneten erwarten, wenn ein solches Verfahren für notwendig erachtet wird, daß dann der zuständige Ausschuß die Vorlagen hier einbringt, uns das hier im Parlament diskutieren läßt, dann kann ich auch meinen Senf dazu geben, und dann kann ich auch heute ordentlich einen Konflikt mit dem Senat austragen.

Bitte bedenken Sie doch einmal: Weswegen ich ja auch so rede, ist, daß ich doch sozusagen die Waffen des Parlaments, nämlich das Parlamentsrecht, auch gegenüber dem Senat erhalten will. Das kann ich doch nicht machen, indem ich mich in irgendeiner Sitzung hinstelle, bei der nicht einmal dieser Punkt „Wahl“ auf der Tagesordnung steht, und sage, ich wähle eben einmal.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, jeder Gemeinderat wird sofort alle solche Punkte von der Tagesordnung absetzen, auf der Tagesordnung sind sie dann gar nicht, beziehungsweise er wird sagen, diese Wahl dürft ihr nicht durchführen, weil sie nicht auf der Tagesordnung stand.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Hat Ihr Kollege das denn im Ausschuß auch vorgetragen?)

Das können wir doch nicht machen, damit schwächen wir doch unsere parlamentsrechtliche Position,

(C)

(D)

(A) und mir liegt daran, sie zu stärken. Unter diesen Zwängen, das gebe ich völlig zu, ich fühle mich in der Zwickmühle, ich fühle mich dabei unwohl, frage ich doch, wie machen wir das beste aus der Situation.

(Zuruf des Abg. E c k h o f f [CDU])

Das beste ist die sofortige Vertretung Bremens nach außen, deswegen müssen wir das zur Kenntnis nehmen. Der Senat hat einen Schritt voran getan, wir als Parlament hinken hinterher,

(Zuruf des Abg. P f l u g r a d t [CDU])

wenn wir uns anstrengen, überholen wir ihn noch einmal, indem wir jetzt kräftig laufen und unsere Schularbeiten tun. — Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich will mich ja nicht in die Debatte hier einschalten, ich möchte nur eines sagen, weil hier die Tagesordnung angesprochen wurde: Ich halte es für völlig korrekt. Die Vorlage ist völlig korrekt auf die Tagesordnung gekommen, und zwar ist sie rechtzeitig, eine Stunde vor Beginn der Sitzung gestern, eingereicht worden, und wir haben dann entschieden, daß wir sie heute behandeln. Das Parlament ist selbstverständlich völlig frei in der Entscheidung, ob es so oder so gemacht werden soll. Das ist keine Frage der Juristerei.

(B)

(Zuruf — Heiterkeit — Beifall)

Das Parlament ist souverän, in dieser Frage zu entscheiden, und man sollte politische Querelen, die man hat, nicht juristisch zukleistern.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Wedemeier.

**Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich ja darüber, daß Sie mich alle heute wählen wollen.

(Heiterkeit — Zurufe von der CDU: Das kommt ja nicht oft vor! — Alle nicht!)

Nun kann ich das ausgerechnet an diesem Punkt nicht annehmen.

(Abg. N ö l l e [CDU]: Wir wollen Sie wählen, die CDU-Fraktion!)

Unglaublich! Die Koalition auch!

Ich habe bereits in der Debatte, die Sie zitiert haben, Herr Nölle, die Bedenken des Senats hier deutlich geäußert und gesagt, daß wir eine Wahl durch das Parlament nicht hinnehmen und mitmachen können. Ich finde, da kann man über Juristen — ich

habe da ja auch eine zurückhaltende Meinung, auch der Herr Präsident — so oder so denken oder reden, aber Verfassungsrecht spielt in Bremen doch wohl noch eine Rolle. Dazu hat sich der Senat eine Meinung in seiner letzten Sitzung gebildet.

(C)

Wählen heißt ja auch, daß, wenn ich wähle, diese Wahl unumstößlich ist. Das ist aber nicht so. Es wählt der EG-Rat, nicht einmal die Bundesregierung! Es ist ein Vorschlag, der gemacht wird, des Senats an die Bundesregierung. Der Senat hat auch nicht am Dienstag entschieden, er wählt die beiden, sondern er benennt die beiden.

(Abg. F l u ß [SPD]: Eben!)

Das steht in der Vorlage, die wir Ihnen gegeben haben. Dann benennt wiederum die Bundesregierung gegenüber der EG die Kandidaten, und der EG-Rat letztendlich wählt, ernennt. Das steht in den Maastrichter Beschlüssen. So ist das Verfahren!

(Abg. M e t z [CDU]: Dann wählen wir eben einen Vorschlag!)

Ja, man kann das auch ins Lächerliche ziehen!

(Abg. M e t z [CDU]: Nein!)

Hier ist aber nichts zu wählen, hier ist etwas zu benennen. So, meine Damen und Herren, ist das in den anderen Landesparlamenten gemacht worden. Auf Vorschlag der jeweiligen Landesregierung, das ist hier ja auch unumstritten, benennt das Parlament, in Schleswig-Holstein, in anderen, hat dann eine offene Abstimmung darüber — eine Benennung sozusagen — stattgefunden.

(D)

Hier ist der Senat dezidiert, der Verfassungssenator kann das besser erläutern als ich, der Meinung, daß dieses Recht der Benennung dem Senat ausschließlich zusteht, angefangen bei Theodor Spitta. Aber muß man jetzt nicht in die nächste Lesung der Landesverfassung eintreten? Das ist die Auffassung des Senats. Das, was ich zur bremischen Lösung, Herr Dr. Kuhn, gesagt habe, war, wenn wir zwei Vertreter bekommen, zwei ordentliche Mitglieder. Die hatten wir damals noch bei der Debatte, das ist dann anders geworden, weil drei Vertreter der kommunalen Spitzenverbände hinzugekommen sind, sind diese Sitze dann neu verteilt worden.

Also, es handelt sich eindeutig um eine Außenvertretung. Das ist Sache des Senats. Der Senat hat das Recht, Vertreter gegenüber der Bundesregierung zu benennen, und diese wiederum hat das Recht, diese Vertreter gegenüber dem EG-Rat zu benennen. Trotz all der Debatten, die wir darüber geführt haben, denke ich, muß man dann auch einmal anerkennen, wenn das so ist, oder man muß sich da in eine verfassungsrechtliche Auseinandersetzung begeben. Ich sehe, daß das nicht gewollt ist. Deshalb bitte ich, so zu verfahren, wie es vorgeschlagen worden

(A) ist, daß Sie von der Benennung des Senats Kenntnis nehmen! — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, das ist offenbar eine neue Erkenntnis, die im Rathaus aufgetreten ist, denn wir haben hier im Parlament einen Beschluß gefaßt, der wurde so hingenommen.

(Bürgermeister W e d e m e i e r: Nein, das stimmt nicht, Herr Präsident, ich habe ausdrücklich widersprochen!)

Es war noch vor einigen Tagen die Meinung aus dem Rathaus durchaus, man kann so oder so verfahren. Ich würde folgendes vorschlagen und einmal zu bedenken geben, ich glaube, es ist ein Schauspiel, was wir hier vorführen, wofür die Öffentlichkeit überhaupt kein Verständnis hat: Sollten wir nicht versuchen, diese Frage zu klären, und heute nicht zu einer Entscheidung kommen, so lange wird man ja noch warten können, daß wir sagen, das wird geklärt, und wir warten ab, was die Klärung gibt? — Bitte sehr!

**Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren lange darüber. Ich habe meine Fristen gegenüber der Bundesregierung. Wir haben einen klaren verfassungsrechtlichen Standpunkt. Ich muß diese beiden Vertreter jetzt benennen. Klären heißt ja aussetzen, das geht nicht! Das will ich damit sagen. Ich muß nach dieser Parlamentssitzung benennen, und ich werde das tun.

**Präsident Dr. Klink:** Also, dann sind Zeitzwänge da, daß wir heute entscheiden!

Das Wort hat der Abgeordnete Metz.

Abg. Metz (CDU)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern einen Vorschlag machen. Entscheidend, Herr Bürgermeister, ist nicht, ob das Parlament jetzt wählt oder benennt. Das Parlament kann genausogut einen Vorschlag benennen, und dann wird formell gewählt auf anderer Ebene.

Entscheidend ist, daß das Parlament mitwirken möchte in einer Art, daß es nicht zur Kenntnis nimmt, sondern etwas tut, eine Willensbildung, eine Meinungsbildung.

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Der Senat argumentiert, daß das bei Benennungen nach unserer Landesverfassung nicht möglich sei. Das heißt, Herr Kollege Adamietz, wir hätten danach gar nicht die Möglichkeit gehabt, ein Wahlverfahren oder ein sonstiges Verfahren hier vorher vorzuschalten, weil das nach Meinung des Senats ja in

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) jedem Falle gegen die geltende Landesverfassung verstoßen hätte. Auch die Landesverfassung kann nur einstimmig geändert werden.

Das heißt, wegen des Zustandes der Landesverfassung, immer wenn ich mich im Kontext der Gedanken des Senats bewege, wären wir gar nicht in der Lage gewesen, tatsächlich eine Wahl vorzubereiten und dann auch durchzuführen. Damit, so verstehe ich das, meine Damen und Herren, will sich dieses Parlament nicht abfinden. Deswegen möchten wir eine politische Willensäußerung hier tun, trotz der Verfassungssituation, die nicht aufhebbar ist, und angesichts der Terminzwänge, die wir auch nicht ändern können, hier unserem politischen Willen als Parlament dennoch Nachdruck zu verleihen. Ich finde, das sollten wir machen, und ich finde, wir sollten uns nicht über Dinge streiten, über die wir uns in Wirklichkeit überhaupt nicht streiten. Insofern, Herr Präsident, haben Sie ja recht, man soll nur an Stellen formal sein, wo es zu vertreten ist, und an dieser Stelle sollten wir der Politik Vorrang geben.

Wenn es jetzt wirklich noch ganz große Schwierigkeiten gibt hier im Parlament, dann schlage ich allerdings vor, daß in der Mittagspause der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß noch einmal kurz tagt, um hier dann noch einmal festzustellen, daß wir diese politische Willensbildung heute noch während der Sitzung durchführen können.

(Beifall bei der CDU)

(B)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich halte das für einen guten Vorschlag, dann sollten wir in der Mittagspause den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß einberufen. Wir werden heute eine Entscheidung treffen, so daß dem Termindruck Beachtung geschenkt wird und dann für uns auch die rechtliche Klarheit gegeben ist. Einverstanden? — Ich stelle Einverständnis fest.

Ich bitte den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß um 13 Uhr, das heißt nach Unterbrechung dieser Sitzung, dann in mein Dienstzimmer!

### Ladenschlußgesetz

Antrag des Abgeordneten Altermann  
vom 11. November 1992  
(Drucksache 13/393)

D a z u

### Änderung der Ladenschlußzeiten für im Fischereihafen befindliche Geschäfte

Mitteilung des Senats vom 20. Juli 1993  
(Drucksache 13/607)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Altermann.

(C)

(D)

(A) Abg. **Altermann** (NK)\*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Mit Befremden stelle ich fest, daß heute bereits zum zweiten Mal mein Antrag vom 11. November 1992 auf der Tagesordnung steht.

(Vizepräsidentin **Bernbacher** übernimmt den Vorsitz.)

Sei es darum! Ich hatte damals in meinem Antrag gefordert, daß Geschäfte im Fischereihafenbereich, die Räucherwaren und Marinaden verkaufen, an Sonnabenden und Sonntagen geöffnet bleiben, um Busreisenden die Möglichkeit zu verschaffen, Fisch aus Bremerhaven zu kaufen.

Nun, meine Damen und Herren, ich gehe heute noch weiter. Ich meine, alle im Fischereihafenbereich liegenden Geschäfte sollten an diesem Tag offenbleiben. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Sie wissen auch alle, daß gerade in letzter Zeit sehr viel Geschrei um die Abschaffung des Ladenschlußgesetzes aufgekommen ist. Ich möchte mich jedoch wie in meinem damaligen Antrag nur auf den Fischereihafenbereich beschränken, das Schaufenster Bremerhaven. Nur, was nützt ein Schaufenster, meine Damen und Herren, mit heruntergelassenen Rolläden? Das ist hier die Frage.

(B) Ich bin aufgrund meines Antrages mit einigen Leuten nach Warnemünde gefahren, um mir dort den Fischmarkt anzuschauen. Meine Damen und Herren, da kann sich Bremerhaven ein Beispiel nehmen. Alle Geschäfte im Fischereihafenbereich haben offen. Es wird dort Geld umgesetzt. Es ist, wie man im Volksmund zu sagen pflegt, Leben in der Bude. Allerdings macht man dort keine Werbung mit einem Schaufenster Warnemünde, das ist ein Schaufenster. Dagegen ist der Bremerhavener Fischereihafen tot. Hier muß ich sagen, tun Sie etwas, daß in den Bremerhavener Fischereihafen ebenfalls Leben kommt, und das nicht erst in zwei Jahren, wie ich mir kürzlich in der Fischereihafendeputation sagen lassen mußte! Sie dürfen mir glauben, die Geschäftsleute machen mit, wenn es um die Ladenöffnung geht.

Schieben Sie diese Sache nicht auf die lange Bank, denn Cuxhaven ist bereits dabei, uns in dieser Beziehung den Rang abzulaufen! Wie sagte Gorbatschow doch so schön, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Daher möchte ich Sie bitten, machen Sie Dampf! Schieben Sie die Sache nicht auf die bekannte lange Bank!

Erfreulicherweise konnte man vor kurzem in der Zeitung lesen, daß man dabei ist, etwas aus dem Fischereihafen zu machen. Da schmückt sich einmal wieder jemand mit den bekannten fremden Federn. Ich habe nichts dagegen. Ich möchte den Senat nur bitten, dafür zu sorgen, daß es auch so bleibt. Es gibt gerade in dieser Angelegenheit viel zu tun, packen

\*) Vom Redner nicht überprüft.

wir es an, lassen wir es nicht liegen! — Ich danke schön! (C)

(Beifall bei der NK)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ziegler.

Abg. **Ziegler** (FDP)\*: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie vor einem Jahr spreche ich für die drei Koalitionsfraktionen.

Herr Altermann, Sie konnten der Mitteilung des Senats entnehmen, nachdem wir Ihren Antrag ja überwiesen haben an mehrere Deputationen, alle Deputationen haben sich dazu geäußert, daß zum heutigen, zum jetzigen Zeitpunkt eine Ausnahmeregelung hinsichtlich der Ladenschlußzeiten im Fischereihafen Bremerhaven noch nicht sinnvoll ist.

Ich will hier keine Ladenschlußdebatte führen, das würde den Rahmen sprengen. Einmal ist bekannt, welche Meinung die FDP hat, aber das ist nicht Meinung der Koalition, auch gibt es innerhalb der einzelnen Parteien durchaus unterschiedliche Meinungen und Interessen, so daß wir vom Ergebnis her festzustellen haben, wir überlassen es der Fischereihafenbetriebs- und Entwicklungsgesellschaft selbst, den Zeitpunkt zu bestimmen, uns hier einen Antrag vorzulegen, wann es sinnvoll wäre, hier Ausnahmeregelungen vom Ladenschlußgesetz zu diskutieren und darüber zu entscheiden. (D)

Ich selbst war am letzten Samstagnachmittag im Schaufenster Bremerhaven im Fischereihafen und muß sagen, im Augenblick ist es eine große Baustelle. Ich weiß nicht, ob es zum jetzigen Zeitpunkt helfen würde, wenn die Handvoll Geschäfte, die dort angesiedelt ist, also Restaurationsbetriebe und -geschäfte, wirklich öffnen würde, ob sich an der augenblicklichen Situation dort etwas ändern würde.

Ich bin mit Ihnen einer Hoffnung, daß das Schaufenster Bremerhaven sich schnell entwickelt, um wirklich zu einer touristischen Magnetfunktion zu kommen, und bin dann sicherlich auch mit Ihnen einer Meinung, daß wir dann dieses Thema noch einmal diskutieren müssen, um dann vielleicht in absehbarer Zeit zu einer anderen Entscheidung zu kommen. Von daher lehnen die Koalitionsfraktionen zum jetzigen Zeitpunkt Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wilhelms.

Abg. **Wilhelms** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Altermann hat sich offenbar zum Ziel gesetzt, einmal pro Tag

\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) und Bürgerschaft den Fischereihafen in Bremerhaven hier kaputtzureden.

(Zuruf des Abg. A l t e r m a n n [NK])

Anders kann ich das nicht verstehen, was Sie hier vorgetragen haben, denn Sie kommen ja aus Bremerhaven und wissen genau, daß das ganze Schaufenster im Moment eine einzige Baustelle, Gott sei Dank, ist, weil die dritte Stufe in Angriff genommen wird und das Ganze jetzt beschleunigt wird,

(Abg. A l t e r m a n n [NK]: Aber reichlich spät!)

übrigens eine alte Forderung der CDU, die wir hier vorgetragen haben, weil wir genau um diese ganze Problematik wußten und um den dort Beschäftigten und den Unternehmungen die Übergangskosten so kurz wie möglich zu gestalten, weil das Geld kostet.

Deswegen haben wir hier vor einiger Zeit einmal einen Antrag gestellt, das Ganze zu beschleunigen. Das geschieht jetzt.

Im übrigen steht die CDU-Fraktion zu den Beschlüssen der zuständigen Deputationen, nämlich Fischereihafen, Wirtschaft und Arbeit. Ich verkürze das jetzt einmal wegen der Redezeit. Allerdings erlaube ich mir ein paar Bemerkungen, Frau Senatorin, weil ich dies zum Anlaß genommen habe, wie so oft, noch einmal alles nachzulesen, was in der Debatte 1992 gesagt worden ist.

Da haben Sie sozusagen angekündigt, daß das umfangreich, ausreichend beraten, diskutiert und mit allen abgestimmt werden soll, das ist ja auch in Ordnung, nur vielleicht kann es auch so abgestimmt werden, daß die FBEG-Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit der Werbegemeinschaft Schaufenster Fischereihafen den Antrag so rechtzeitig stellt, daß die Beratung und die Abstimmungen dann gleichzeitig beendet sind, wenn die Stufe drei fertig ist, so daß wir dann mit der Ausnahmeregelung beginnen können und nicht erst anfangen zu beraten. Das wäre das Anliegen der CDU. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächste hat das Wort Frau Senatorin Uhl.

**Senatorin für Arbeit und Frauen Uhl:** Meine Herren und Damen, Frau Präsidentin! Ich will nur noch zwei Sätze hinzufügen.

Aus dem Bericht der damals zuständigen Deputation Arbeit ist ja ersichtlich gewesen, daß erstens kein tatsächlicher Grund für die Bewilligung eines Begehrens vorgelegen hat, weil zur Zeit gar kein Antrag vorliegt und Herr Altermann ja 1992 sozusagen im vorausseilenden Gehorsam oder wie auch immer einen Tatbestand schaffen wollte, der gar nicht zur Debatte steht.

Zweitens ist nach sehr umfangreichen Diskussionen in den zuständigen Deputationen und natürlich auch mit Rücksprache mit Bremerhaven, ob FBEG oder auch andere, insbesondere die Gewerkschaften, die Entscheidung getroffen worden, daß wir den Bericht in der Ihnen vorliegenden Fassung abgeben. Sowie ein Antrag vorliegt, haben sich alle wieder damit zu beschäftigen, wenn der Tatbestand da ist. Darüber haben wir auch bereits 1992 diskutiert, dann müssen sich bestimmte Rahmendaten ergeben, die ein positives Ergebnis eines Antrages zulässig machen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß eine Senatorin für Arbeit und Frauen nicht vorschnell und überhaupt nicht gegen Arbeitnehmerinteressen entscheiden wird und kann. Ich bin mit all den Gewerkschaften und auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einig, daß, wenn eine Ausnahme geschaffen wird oder würde, diese Ausnahme dann in der Tat auch so phantastisch und auch so gut begründet sein muß, daß es in der Tat die Kompensationen gibt, die damit einherzugehen haben.

Die entsprechenden Regelungen innerhalb des Ladenschlußgesetzes, das wissen Sie, Herr Ziegler, geben Möglichkeiten her. Sie schränken aber auch an anderen Stellen etwas entscheidend ein.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Abgeordneten Ziegler?

**Senatorin Uhl:** Ja, bitte!

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Bitte, Herr Ziegler!

Abg. **Ziegler (FDP):** Frau Senatorin, ich kann sicherlich davon ausgehen, daß das jetzt die Meinung Ihres Ressorts ist, die Sie uns vortragen, und nicht Meinung des Senats?

(Beifall bei der CDU)

**Senatorin Uhl:** Der Senat hat sich mit dem Bericht an die Bremische Bürgerschaft befaßt, der Senat wird sich, wenn ein Antrag vorliegt, von der FBEG und vor allen Dingen von denen, die im Rahmen des Schaufensters Fischereihafen von einer Ausnahmeregelung profitieren wollen, dann auch zu einem einheitlichen Votum verstehen. In diesem Zusammenhang werden dann auch alle Bedenken, aber auch alle Anregungen, aufgenommen. — Ich bedanke mich!

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Meine Damen, meine Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Altermann mit der Drucksachen-Nummer 13/393 seine Zu-

(C)

(D)

(A) stimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür NK)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, DIE GRÜNEN,  
FDP und DVU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

### Verlegung der Einsatzkräfte „Wache Sandstraße“ nach Huckelriede

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 2. August 1993  
(Drucksache 13/609)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator van Nispen, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Kniesel.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU \*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Verlegung der Einsatzkräfte, also der Einsatzhundertschaft mit fünf Zügen der Bereitschaftspolizei von der Wache Sandstraße in die Unterkunft der Bereitschaftspolizei am Niedersachsendamms hätte sicherlich 1976, als diese Hundertschaft aufgestellt wurde, Sinn gemacht. Damals gab es leider eine ganz große Zahl geschlossener Einsätze, die nur von der gesamten Hundertschaft bewältigt werden konnten und die von der Unterkunft als Bereitstellungsraum gefahren wurden.

Heute stellt sich die Situation völlig anders dar: Einzeldienst in drei Blöcken rund um die Uhr ist gefragt. Einer der Schwerpunkte ist dabei für diese Kräfte der Brennpunkt Innenstadt. Schon deshalb wäre es falsch, die Kräfte zu verlegen und damit die Fußstreifen nicht mehr unmittelbar von der Wache auf Streife schicken zu können. Ich komme zu diesem Punkt zurück!

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist zu bedauern, daß der Innensenator hat erklären lassen, diese Maßnahme wäre das Ergebnis der Überlegung zum CDU-Antrag, die Unterkunft der Bereitschaftspolizei durch Zivilpersonal, wie bei den Bereitschaftspolizeien anderer Länder auch, bewachen zu lassen. Nicht nur, daß bei Realisierung unseres damaligen Antrages Beamte und Beamtinnen tatsächlich für den Dienst auf der Straße freigesetzt worden wären, sondern es würden auch erhebliche Kosten gespart. Aber offensichtlich ist die enge Haushaltslage kein Thema.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Die Unterkunftssicherung ist aber, und das sage ich hier deutlich, ein anderes Thema als das, das wir hier heute debattieren. Wahrscheinlich sah sich der Innensenator wegen der Begründungsschwäche für die Verlegung der Einsatzhundertschaft und Schließung der Wache sowie der zu erwartenden Kritik veranlaßt, den damaligen Antrag als Grundlage für diese Maßnahme darzustellen.

(Vizepräsident Nölle übernimmt den  
Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, wie leichtfertig teilweise mit Themen der inneren Sicherheit umgegangen wird, will ich nur an einem Beispiel deutlich machen: Die CDU-Fraktion hatte einen Antrag zum Thema Einsatzreserve der Polizei eingebracht, der in der Sitzung im Juni 1993 debattiert wurde. Der Antrag hatte das Ziel, die Kräfte an der Sandstraße zu stärken. Die ablehnende Antwort des Senators kann ich nur empfehlen nachzulesen.

Erstaunen ruft die Antwort besonders hervor, wenn man weiß, daß das Polizeipräsidium im Dezember 1992 den Senator für Inneres angeschrieben hat mit einem Brandbrief und eindringlich angemahnt hat, die Kräfte Sandstraße zu verstärken. Es wurden Beispiele gebracht vom Leiter der Schutzpolizei, der dieses Schreiben verfaßte, wo Einsätze gefahren wurden, die aufgrund viel zu geringer Stärken der Einsatzkräfte Sandstraße nicht mehr verantwortbar gewesen seien. Der Gefährdungsgrad für die Einsatzkräfte sei überproportional hoch.

(D) Auf der einen Seite wird hierdurch deutlich, weil nichts geändert wurde, wie mit solch ernstesten Themen umgegangen wird, allein unter dem Stichwort Fürsorgepflicht. Auf der anderen Seite kommt hier einmal mehr die besondere Bedeutung des Standorts der Einsatzhundertschaft in der Wache Sandstraße zum Ausdruck.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß der Beirat Mitte sich per Beschluß gegen die Verlegung wendet und die Beamtinnen und Beamten, die an der Sandstraße Dienst versehen, sich ebenfalls dagegen aussprechen. Nahtlos daran schließen sich der Gesamtpersonalrat und die Gewerkschaft der Polizei an.

Die Haltung der Führungskräfte der Polizei in dieser Frage möchte ich nicht darstellen, weil es eine offizielle und eine inoffizielle Auffassung gibt. Die offizielle ist die vom Dienstvorgesetzten angeordnete, die ist pro Verlegung, und die andere brauche ich nicht zu erläutern!

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nun einige Gründe nennen, die gegen eine Verlegung sprechen, vor allem zum jetzigen Zeitpunkt. Erstens: Erstaunlich ist, daß im Haushalt des Senators für Inneres innerhalb der Eckwerte immer noch Mittel freigesetzt werden können. Darüber hinaus stellt

(A) sich die Frage, ob solche Ausgabenansätze nach Prioritätsgesichtspunkten erfolgten. Scheinbar kann man auf diese Million DM, ob etwas mehr oder weniger, zugunsten dringender notwendiger Umbauten oder Renovierungsarbeiten an Polizeirevieren oder auch Feuerwachen verzichten. Dies auch besonders unter dem Stichwort „Frauenarbeitsplätze auf Polizeirevieren“!

In diesem Zusammenhang will ich mich nicht auf den konsumtiven Teil des Sachhaushalts des Senators für Inneres, in dem eine Reihe völlig unrealistischer Ansätze, weil sie zu niedrig sind, enthalten ist, einlassen. Richtig ist jedenfalls, daß die Investition für die Verlegung weder notwendig noch effizient ist.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Just vor zwei Jahren ist die Wache Sandstraße für rund 200 000 DM renoviert und für den Dienst von Frauen an dieser Wache hergerichtet worden. Nun soll der Wachbetrieb eingestellt und in Büroraum für die Kripo umgestaltet werden. Die Kosten dafür sind von mir im Moment leider nicht zu benennen. Neuere Erkenntnisse lassen vermuten, daß im Rahmen der geplanten Verlegung des Präsidiums in die Lettow-Vorbeck-Kaserne die dann im Gebäude der Sandstraße untergebrachten kriminalpolizeilichen Kräfte mit in die Vahr umziehen.

(B) Drittens: In der Deputationsvorlage vom 24.5.1993 zum Thema Unterkunftswache Bereitschaftspolizei ist auf Seite fünf eine Kostenberechnung vorgenommen worden. Danach geht man davon aus, daß Gesamtkosten in Höhe von 800 000 DM auftreten werden. 492 000 DM sollen für den Haushalt 1994 eingegeben werden. 308 000 DM sind, so die Vorlage, „im Haushalt 1993 nicht zur Verfügung stehend“. Hinzu kommt, daß behauptet wird, die Abmietung des Hauses Am Wall 196 a würde jährlich 71 000 DM Ersparnis bringen. Doch unter Umständen, darauf möchte ich hinweisen, muß dieses Gebäude auch weiterhin für den öffentlichen Dienst genutzt werden, so daß keine Aufrechnung vorgenommen werden kann.

Viertens: Eine Verlegung macht auch keinen Sinn, weil der Standort Sandstraße als Dienstort Zentralität bietet und als Bereitstellungsraum optimal ist; weil Fußstreifen bereits am Einsatzort sind und Kfz-Kosten und Zeit gespart werden; weil Vorführungen und Berichterstattungen möglich sind, ohne daß andere Polizeireviere, insbesondere das Innenstadtrevier im Polizeihaus, weit über ihre Kapazität hinaus belastet würden; weil die Unterbringung in Huckelriede zur Folge hat, daß dadurch Streifenfahrten nicht mehr planbar sind; Vorführungen, Berichterstattung und Besucherverkehr finden auf den Polizeirevieren statt, nur nicht in Huckelriede; weil es bei Einsatzfahrten oder Fahrten zum Einsatzort für Fußstreifen zur Zeit zu Verzögerungen aufgrund von Verkehrsstaus zum Beispiel auf der Werderseebrücke kommen wird bis hin zur Nichteinsatzfähigkeit

keit der Biene-Fahrzeuge — eine Kostenanalyse in diesem Zusammenhang wäre sicher interessant —; weil unter Umständen Platzmangel in der Unterkunft eintritt, wenn alle eingestellten Beamtinnen und Beamten dort wohnen wollen. (C)

Ein letzter Punkt, meine Damen und Herren: Den vom Senator für Inneres errechneten Personalgewinn, wenn die Kräfte in der Unterkunft stationiert sind und die Sicherungsaufgaben in der Unterkunft weiter wahrnehmen, kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen. Meine Formel ist: Ich setze nur so viel Personal frei, wie ich an Aufgaben wegfallen lasse.

Wäre man also unserem Antrag gefolgt, die Unterkunft von Zivilpersonal sichern zu lassen, dann wären in den drei Blöcken Früh, Spät, Nacht und in den 24 Stunden maximal zwölf Beamte freigesetzt. Da dieser Kreis weiterhin die Aufgaben der Unterkunftssicherung wahrnehmen soll, sind sie auch gebunden und stehen dem Dienst auf der Straße nicht zur Verfügung, also auch nicht im Innenstadtbereich. Lediglich der Wachhabende Sandstraße könnte in Personalunion die Wachaufgaben in der Unterkunftssicherung wahrnehmen. Ich sage schon heute, diese Maßnahme werden Kaufleute der Innenstadt, aber auch die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt spüren.

Ich komme unter Würdigung aller Umstände zu folgendem Schluß: Die Wache Sandstraße muß weiterhin mit uniformierten Einsatzzügen der Bereitschaftspolizei besetzt bleiben und darf nicht geschlossen werden. Die Unterkunftswache sollte, und hier bietet sich eine Finanzierung aus den 800 000 DM an, unter Zuhilfenahme von Technik mittelfristig von Zivilpersonal unter dem Stichwort „Polizeibeamte für originäre Aufgaben, alle polizeifremden Aufgaben an Angestellte, Arbeiter oder Verwaltungsbeamte übertragen“ besetzt werden. Alternativ bietet sich ein privates Sicherheitsinstitut an. Beide Möglichkeiten sind kostengünstiger, als Polizeimeister bis hin zu Polizeikommissaren für die Unterkunftssicherung einzusetzen. (D)

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, unserem Antrag zu folgen, und den Senator für Inneres seine Auffassung und seine vorgesehene Maßnahme zu revidieren und die Wache Sandstraße mit den Kräften dort zu lassen, wo sie ist.

Zumindest aber bitte ich, so lange davon Abstand zu nehmen, bis die Raumplanungen mit Blickrichtung auf die Lettow-Vorbeck-Kaserne abgeschlossen sind. Nicht zuletzt spielen sicher hier auch die Überlegungen, Strukturen der Polizei zu verändern, eine Rolle. Deshalb sollten beide Planungen und Überlegungen abgeschlossen sein, wenn über Standortfragen von Polizeirevieren nachgedacht wird.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Nölle:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Liebetrau.

(A) Abg. **Liebetrau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, hier ist ein klassischer Fall zu vermerken, bei dem ein Schuß nach hinten losgegangen ist. Die CDU hat am 5. Oktober 1992 in einem Antrag gefordert, daß private Sicherheitskräfte die Unterkunft der Bereitschaftspolizei überwachen sollten. Herr Borttscheller hat sogar noch einen daraufgesetzt in seinem Schreiben an die GdP. Er sagte, die sollten nicht die Unterkunft bewachen, sondern nur den großen Zaun. Ich denke, Herr Borttscheller sollte sich einmal die Unterkunft ansehen, was da zu bewachen ist: Nicht nur ein großer Zaun, sondern auch sicherheitsrelevante Inhalte sind dort zu überwachen.

Damals hatten wir gesagt, es genügt nicht, private Sicherheitsdienste einzusetzen, sondern die Bewachung der Unterkunft der Polizei ist auch Sache der Polizei. Die Bürgerschaft beschloß am 12. Oktober, diesen Antrag an die Innendeputation zu überweisen. Der Senator für Inneres hat daraufhin geprüft und überprüft, was es kostet, wenn man einen privaten Wachdienst, nämlich zwei Leute am Tage und drei Leute in der Nacht, die Unterkunft bewachen läßt. Er kam zu dem Ergebnis, daß dies zirka 600 000 DM kosten würde.

Hier, denke ich, geht der Schuß nach hinten los. Wenn ich schlafende Hunde wecke, dann denke ich auch darüber nach, ob ich mir die 600 000 DM für ein Bewachungsinstitut sparen kann, ob ich Leute, wie wir es uns auf die Fahne geschrieben haben, auf die Straße schicken kann und wie ich das erreiche. Das erreiche ich, wenn ich zwei Wachen habe, indem ich versuche, sie zusammenzulegen, immer noch außen vorgelassen, ob das sinnvoll ist!

(B) Danach wurden die Personalräte, die Leitungen der Bereitschaftspolizei und der Schutzpolizei gefragt. Der Personalrat der Bereitschaftspolizei war dagegen, verständlich! Der Personalrat der Schutzpolizei — ich nenne es einmal so — hielt still, und die Leitungen BePo und Schutzpolizei, das Polizeipräsidium, sagten — ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren —, „daß nach Durchführung“, nachdem die Unterkunftswache verlegt ist, „die Durchführungen der Aufgabe der Wache Sandstraße bei der BePo kaum der Änderung der Organisation bedürfen. Dies gilt sowohl für den Funkstreifendienst nach Maßgabe des Einsatzlagezentrums, für die einzelnen Schutzpolizeiinspektionen als auch für den Fußstreifendienst, der je nach Streifengebiet von der zuständigen Wache oder einem Basiswagen durchgeführt werden kann.“

Bei Vorführung kann die jeweils nächstgeeignete Wache angelaufen werden, beim Objektschutz kommt wie bisher entweder eine Ablösung am Objekt oder eine Bestreifung im Rahmen des Streifenendienstes in Frage.

Der Aufgabenvollzug im City-Bereich kann in ähnlicher Weise gewährleistet werden. Fuß- und Objektschutzstreifen können von dem Revier Innenstadt beziehungsweise Steintor oder von einem Basis-

wagen ausgehend durchgeführt werden. Bei angespannter Lage müssen die Kräfte ohnehin, wie bisher, im Objekt, zum Beispiel Parlament, Rathaus oder Gerichtsgebäude, bereitgehalten werden. (C)

Dieses Konzept führt mit dem Zeitpunkt der Verwirklichung durch die Verlagerung der Einsatzzüge zu einer Erhöhung der polizeilichen Präsenz und der Einsatzreserve sowie einer Verstärkung der Unterstützung des Einzeldienstes insbesondere im Innenstadtbereich.“ Ich will mich nicht in Zahlenspielen jetzt ergehen.

„Ein im Einzelfall eventuell möglicher längerer Anfahrtsweg ist gegenüber dem permanenten Vorteil unbeachtlich, daß durch organisatorische Maßnahmen sichergestellt werden kann, daß keine Nachteile entstehen.“

Dies wiederum, meine Damen und Herren, bedeutet im Klartext, daß man für den Umbau der Wache Sandstraße quasi nur einen Jahresbeitrag Bewachungsinstitut nehmen müßte, zumal auch durch Umzug von Einheiten der Kripo aus dem angemieteten Gebäude Am Wall in das freie Gebäude Sandstraße noch einiges Geld gespart werden könnte. Wie gesagt, das waren die Fakten.

(Abg. Herderhorst [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

**Vizepräsident Nölle:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage? (D)

Abg. **Liebetrau** (SPD): Ich bin gleich fertig, dann erübrigt sich das vielleicht, was Herr Herderhorst fragen möchte. Gedulden Sie sich noch einen kleinen Augenblick, Herr Herderhorst!

Für besondere Lagen werden selbstverständlich Aufenthaltsräume oder Räume im Bereich der Wache Sandstraße für Kräfte bereitgehalten. Das ist Historie, denke ich einmal, da sich jetzt neu und kurzfristig die Möglichkeit ergab, daß das Präsidium in die Vahrer Kasernen umziehen kann.

Ich denke, daß auch hier ein gesamtsicherheitspolitisches Innenstadtkonzept, ein Polizeisicherheitskonzept neu geschrieben werden muß. Weil gerade innere Sicherheit diejenige ist, die Flexibilität beweisen muß, stellen wir den Antrag, Ihren Antrag, Herr Herderhorst, an die Innendeputation zu überweisen. Dort kann gesamtstädtisch darüber nachgedacht werden, wie man die Wache Sandstraße notfalls erhalten kann, wie ein neues sicherheitspolitisches Konzept für die Innenstadt geschrieben werden kann.

Für Fragen stehe ich jetzt gern zur Verfügung, ansonsten danke ich Ihnen!

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

**Vizepräsident Nölle:** Als nächster hat das Wort Herr Senator van Nispen.

(A) **Senator für Inneres und Sport v. Nispen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Herderhorst, ich bewundere immer wieder, wie es Ihnen gelingt, Themen, die wir in der Innendeputation ausführlich behandelt haben, hier noch auf das Niveau der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu heben.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Was ist hier eigentlich eine Landtagsangelegenheit?

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Weil es um Bereitschaftspolizei geht, vielleicht!)

Herr Töpfer sagt es gerade, ich übersetze es für unsere Zuhörer: Es kann nur deswegen eine Landtagsangelegenheit genannt werden, weil die Bereitschaftspolizei eine Landespolizei ist. Aber die gesamte Argumentationspalette auch des Antragstellers hat ja bewiesen, daß es sich hier um eine kommunalpolitische Angelegenheit handelt und nichts weiter.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Ich muß jetzt natürlich diesem Hause auch sagen, daß wir am 28. Mai — man höre und staune — dieses Jahres eine ganz ausführliche Diskussion dieses Themas in der Innendeputation hatten aufgrund einer dezidierten Stellungnahme, die natürlich hier auch nur sehr unzulänglich eingeführt wurde.

(B) Ich könnte es mir ganz einfach machen, meine Damen und Herren, und sagen: Es war der Herr Polizeipräsident, und es war der Herr Leiter der Bereitschaftspolizei, die mir übereinstimmend empfohlen haben, diese Maßnahme durchzuführen.

Wenn es daneben andere Sicherheitsexperten bei der GdP oder sonst irgendwo gibt, dann muß ich das eben hinnehmen, daß sie eine andere Meinung haben. Jedenfalls haben die Leute, die dazu berufen sind, mich zu beraten, von sich aus die Initiative ergriffen, mich in dieser beschriebenen Art und Weise zu beraten. Alles andere, Herr Herderhorst, gehört in den Bereich der Legendenbildung.

Richtig ist, daß natürlich der Polizeipräsident und auch der Leiter der Bereitschaftspolizei sich gefragt haben, wie sie denn mit Ihrem Antrag vom 5. Oktober 1992 umgehen sollen, ein privates Bewachungsinstitut mit der Bewachung der Gebäude der Bereitschaftspolizei in Huckelriede zu beauftragen. Da hat es sich nämlich sehr schnell herausgestellt, daß das sehr teuer wird: 600 000 DM, Herr Liebetrau hat schon darauf hingewiesen.

Leider hat die CDU nicht erklärt, wie ich denn als Senator für Inneres und Sport diese 600 000 DM im Haushalt darstellen soll. Aber das, meine Damen und Herren, ist hier das übliche Spiel, daß man auf der Fachebene kostenaufwendige Anträge serviert bekommt und gleichzeitig dann, wenn man als Senator für Inneres und Sport in den Haushaltsausschuß geht, die CDU durch einen anderen Vertreter sagt,

solche Kosten dürfen aber bitte schön nicht entstehen.

(C)

(Beifall bei der FDP — Glocke)

**Vizepräsident Nölle:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Senator v. Nispen:** Ja, bitte sehr!

**Vizepräsident Nölle:** Bitte, Herr Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Herr Senator, würden Sie freundlicherweise dem Hause hier einmal vorrechnen, wie Sie auf die Zahl 20 kommen, daß heißt 20 Kräfte, die für den Dienst auf der Straße freigesetzt werden, insbesondere aber — und das wäre die Zusatzfrage —, ist eventuell beabsichtigt, die Unterkunft gar nicht mehr sichern zu lassen, oder ist es richtig, daß pro Block in diesen drei Blöcken weiterhin Beamtinnen und Beamte in der gleichen Stärke wie bisher die Unterkunft sichern sollen und damit natürlich auch gebunden sind?

**Senator v. Nispen:** Ich sehe, ich habe einen Fehler gemacht, indem ich Ihre Zwischenfrage zugelassen habe, weil Sie nämlich eine Zwischenfrage zu einem Punkt gestellt haben, den ich noch gar nicht behandelt habe. Aber ich gedenke, noch darauf zurückzukommen.

(Abg. **Herderhorst** [CDU]: Sie haben aber eben von dem Geld gesprochen, insofern müßten Sie aufrechnen, was kosten die Beamten im Jahr, und was kosten Zivile!)

(D)

Ich komme auf den Aspekt noch.

Lassen Sie mich folgendes ausführen, wobei ich noch einmal — zweitens — hinzufügen möchte: Ich finde es immer wieder bemerkenswert, wie Sie in der Begründung Ihrer Anträge — da gibt es einmal eine schriftliche Begründung, jetzt aber auch eine mündliche Begründung — unterschiedlichste Aspekte zusammenrühren und dabei mit Halbwahrheiten und Ungenauigkeiten operieren.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Herderhorst** [CDU]: Ungenauigkeiten kommen aus Ihrem Haus, allerdings!)

Offenbar kommt doch hier eine bestimmte Schulung in einer bestimmten Organisation an das Tageslicht.

Jetzt will ich einmal auf Ihre Argumente eingehen, wie sie aus der Vorlage sichtbar werden. Sie versuchen ja, und Sie haben ja auch von seiten der CDU und auch der GdP entsprechende Aktivitäten unternommen, die Kaufleute in der Innenstadt zu verunsichern mit der Behauptung, durch diese Maßnahme würde der Sicherheitsschleier in der Innenstadt beeinträchtigt.

Wenn man einmal die Politik der letzten Monate anschaut, weiß man, daß das genaue Gegenteil der

(A) Fall ist. Wir sehen sehr wohl, daß die Innenstadt in besonderer Weise mit Kriminalität belastet ist. Darauf haben wir reagiert. Wir haben zum Beispiel den Streifenverlaß gemacht, der dazu führt, daß es auch in der Innenstadt mehr Polizeipräsenz als je zuvor gibt.

Zweitens: Wir haben in der Weise darauf reagiert, daß wir die Beamten, die jetzt die Wache Sandstraße verlassen haben, schwerpunktmäßig in den davon betroffenen Revieren eingesetzt haben.

Sie wissen aus Ihren Informationsquellen, die Sie ja reichlich bei der Polizei haben, aber auch aus offiziellen Kanälen, daß wir jetzt zum 1. September gerade das Innenstadtrevier mit acht Beamten besonders verstärkt haben. Wir haben das Revier Steintor um fünf Beamte und das Revier Neustadt, also ein Angrenzungsrevier, um vier Beamte verstärkt. Das heißt, wir haben ganz eindeutig im Hinblick auf die problematische Sicherheitslage in diesen Bereichen die Wachen personell verstärkt.

Durch diese Maßnahme, auf die ich jetzt komme, wird die Präsenz im Innenstadtbereich weiter verbessert. Sie wird nicht nur in der jetzigen Form gewährleistet, sondern sie wird aufgrund dieses übereinstimmenden Vorschlags — ich sage es noch einmal — vom Polizeipräsidentium und Leitung der Bereitschaftspolizei verstärkt.

Wie geht das, meine Damen und Herren? Ich muß Sie jetzt mit solchen Banalitäten langweilen, damit für Sie sichtbar wird, wie falsch Herr Herderhorst mit seiner Argumentation liegt.

(B) Die Unterkunft in Huckelriede wird pro Schicht von drei bis vier Beamten bewacht. Die Wache Sandstraße, in der hier ein Wachblock liegt, muß zwei Beamte pro Block darauf verwenden, den Wachbetrieb vorzunehmen. Das heißt, pro Schicht — und wir fahren ja fünf Schichten, drei Tagesschichten, zwei Freischichten — werden nicht weniger als sechs Beamte benötigt, um den Wachbetrieb in Huckelriede und hier in der Wache Sandstraße aufrechtzuerhalten.

Da sehen wir ein entscheidendes Rationalisierungspotential in der Zusammenführung dieser beiden Wachbetriebe. Diese beiden Wachbetriebe können wir nämlich unter Fortfall des Wachbetriebs in der Wache Sandstraße auf mindestens drei Beamte pro Schicht reduzieren.

(Beifall bei der FDP)

So die Experten! Das heißt, pro Schicht drei Beamte mal fünf — vorsichtig gerechnet —, also 15 Beamte insgesamt können wir in die Verstärkung der Polizeipräsenz auch im Innenstadtbereich stecken!

(Abg. Herderhorst [CDU]: Hört sich gut an, stimmt aber nicht!)

Ja, das sagen Sie immer, wenn Sie mit Ihrer Argumentation am Ende sind, daß sich etwas gut anhört, aber nicht stimmt! Bloß, Sie beweisen nicht — —.

(Zuruf des Abg. Herderhorst [CDU])

(C) Meine Damen und Herren, ich möchte mich auf dieses Argumentationsniveau in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) nicht begeben.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP — Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Weil Herrn Herderhorst die Argumente ausgehen, das ist das Problem!)

Herr Herderhorst, wir haben das alles ausführlich in der Innendeputation diskutiert. Ihnen liegt dieses Thema aus ganz anderen Gründen am Herzen, weil Sie nämlich die Chance sehen, die Mitarbeiter der Bereitschaftspolizei parteipolitisch für Ihre Zwecke zu instrumentalisieren. So ist es ja auch in der Vorbereitung gelaufen!

(Beifall bei der SPD und bei der FDP — Abg. Herderhorst [CDU]: Geradezu lächerlich!)

Ich habe jetzt also erläutert, wie es gelingt, 15 Beamte zusätzlich freizubekommen und dafür zu gewinnen, hier unter anderem auch im Innenstadtbereich verstärkt präsent zu sein. Jetzt sage ich Ihnen noch einmal ergänzend — weil Sie immer noch mit dem Kopf schütteln —, wie das mit den Einsätzen ist, denn die haben wir selbstverständlich analysiert.

(D) Zirka 50 Prozent der Einsätze der Wache Sandstraße finden im Innenstadtbereich statt. Das ist richtig. Deswegen bilden wir hier auch Schwerpunkte. Aber die anderen 50 Prozent erstrecken sich über das gesamte Stadtgebiet. Auch deswegen ist es gerechtfertigt diese beiden Wachbetriebe zusammenzulegen.

Ich komme zu Ihrem zweiten Argument. Hier würden — wie haben Sie das formuliert? — ohne Grund Haushaltsmittel, voraussichtlich eine Million DM oder mehr, ausgegeben. Sie haben vorhin von einer Kostenberechnung gesprochen. Zunächst einmal darf ich sagen, es liegt gar keine Kostenberechnung vor, sondern aufgrund der Planung der Bereitschaftspolizei eine Kostenschätzung. Sie wissen, wie das mit Kostenschätzungen ist, sie werden dann von der Bauverwaltung überarbeitet und in Kostenberechnungen überführt. Aber das nur am Rande!

Sie versuchen jetzt zu suggerieren, wir würden eine Million DM oder mehr ausgeben wollen. Sie wissen ganz genau aus den Beratungen der Innendeputation, 800 000 DM ist der Betrag, den wir genannt haben. Ich frage mich, warum Sie wider besseres Wissen hier dann solche Formulierungen verwenden.

Wenn Sie sagen, auch das sei noch zuviel, dann muß ich Ihnen beziehungsweise unseren Zuhörern und dem Parlament sagen: Wir haben sowieso vor, die Bereitschaftspolizei zu reorganisieren. Das habe ich schon einmal in Kürze hier vortragen können. Das führt dazu, daß wir mehr Einsatzzüge bei der Bereitschaftspolizei unterbringen müssen, und das führt sowieso zu notwendigen Baumaßnahmen.

(A) Wir versuchen eben, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, indem wir nämlich sagen: Wenn wir sowieso bei der Bereitschaftspolizei investieren müssen, dann macht es auch Sinn, diese beiden Maßnahmen in der beschriebenen Art und Weise zusammenzuführen und diese 800 000 DM dafür zu verwenden.

Dann ist Ihr drittes Argument, daß die Beschäftigten der Wache Sandstraße ihren einsatznahen festen Standort nicht verlieren dürfen. Ich konzidiere Ihnen, daß Sie damit soziale Aspekte verfolgen, das ist ja völlig legitim, indem Sie den Beamten sagen wollen: Ihr habt dann hier eure Anlaufstation, wo ihr euren Tee trinken könnt, wo ihr euch einmal unterstellen könnt, wenn es regnet, und dergleichen mehr!

Was Sie diesen Beamten verschwiegen haben in Ihrer Agitationskampagne — ich kann Ihnen das nachweisen, indem ich Ihnen die Presseartikel vorweise —, ist das, was wir auch in die Deputationsvorlage ausdrücklich aufgenommen haben. Deswegen darf ich das einmal zitieren. Es heißt dort: „Benötigte Park- und Unterbringungsmöglichkeiten auch für citynahe Einsätze der Einsatzhundertschaften sowie ein Aufenthaltsraum bleiben bei polizeiinterner Nutzung dieser Räume erhalten in der derzeitigen Wache Sandstraße.“

Auch das haben Sie hier verschwiegen aus sehr vordergründigen Erwägungen. Es ist aber Fakt, es ist nachzulesen in der Vorlage für die Sitzung der Innendeputation am 28. Mai.

(B) Meine Damen und Herren, soweit hier berechtigte soziale Argumente eingeführt werden, haben wir sie selbstverständlich berücksichtigt, ohne daß es hier erst einer Debatte in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) bedurft hätte.

Das einzige, das ich Ihnen konzidieren kann, Herr Herderhorst, ist, daß wir die Entscheidung oder die Vorentscheidung mit dem Kostendeckel 800 000 DM zu einem Zeitpunkt getroffen haben, als wir noch nicht erkennen konnten, daß wir die Möglichkeit bekommen würden, zwei Blöcke der Kaserne Vahr für Polizeizwecke zu nutzen. Insofern, meine Damen und Herren, macht es durchaus Sinn, wenn Herr Liebetrau den Vorschlag macht, über das Thema noch einmal in der Innendeputation zu beraten, aber nach der derzeitigen Erkenntnislage sprechen alle Argumente dafür, das will ich noch einmal ausdrücklich betonen, diese Maßnahme so, wie sie geplant und begründet ist, durchzuführen.

**Vizepräsident Nölle:** Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Senator v. Nispen:** Bitte!

**Vizepräsident Nölle:** Bitte, Herr Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Würden Sie freundlicherweise noch dem Hause sagen, wie denn zukünftig, wenn die Wache Sandstraße geschlossen würde, jedenfalls in der derzeitigen Nutzung, die zum Bei-

spiel vom Juni 1992 bis Ende Juni 1993 2 250 vorgeführten Personen vorgeführt werden? Das heißt also mit anderen Worten: Wo sollen diese Personen dann vorgeführt werden, oder ist es richtig, ich will es gleich vorwegnehmen, daß dann die sogenannten Sachgebiete, jetzt 51, 63 und 74, erneut damit belastet würden?

Die zweite Frage wäre: Würden Sie dann noch freundlicherweise sagen, ob der Publikumsverkehr, der jetzt an diesem zentralen Ort stattfindet, ebenfalls aufgefangen werden soll, ich sage immer noch sechstes Revier oder Innenstadtrevier, die Sachgebiete bringt man leicht durcheinander, und ob derzeit schon die Voraussetzungen dafür gerade im Innenstadtrevier vorhanden sind?

**Senator v. Nispen:** Ich glaube, dieses Polizeichinesisch ist etwas, das man vielleicht in der Innendeputation behandeln kann, mit dem man aber einen Landtag nicht überfordern sollte!

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die Frage stellen, wo dann die Vorführungen stattfinden sollen, dann habe ich das vorhin mittelbar schon beantwortet: natürlich in den umliegenden Revieren, das ist ja Teil des Konzepts, wie es von der Polizeiführung entwickelt worden ist, und damit das auch möglich ist, haben wir ja die umliegenden Reviere, ich habe das eingangs gesagt, Neustadt, Innenstadtbereich, Steintor, personell erheblich verstärkt.

Diese Frage ändert nichts daran, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die sehr wohl fachlich begründet ist, die wir auch finanzpolitisch abstützen können, aber, wie gesagt, ich habe keine Probleme, daß wir das Ganze noch einmal in der Innendeputation diskutieren.

**Vizepräsident Nölle:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 13/609 — —.

(Zurufe: Überweisung!)

Verzeihung, es ist Überweisung beantragt worden!

Wer dem Antrag auf Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Dann haben wir einstimmig die Überweisung beschlossen.

Meine Damen und Herren, auf dem Besucherrang hat der Bürgermeister von Bad Gleichenberg mit Repräsentanten des Ortes und Delegierten des Gemein-

(C)

(D)

(A) derates Platz genommen. Wir heißen Sie sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

### Rückzahlung der Umzugskosten durch Frau Senatorin Gaertner

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 2. August 1993  
(Drucksache 13/610)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Wedemeier, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Fuchs.

Die Beratung ist eröffnet.

Wir haben eine Redezeit von 15 Minuten vereinbart.

Das Wort hat der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Vorfeld dieser Debatte zu diesem Antrag hat es Irritationen gegeben über mögliche Zusammenhänge mit anderen Rechtsfragen. Diese Irritationen wurden besonders deutlich in einem Interview, das die betroffene Senatorin Gaertner gegenüber Radio Bremen gegeben hat, und ich möchte daraus kurz zitieren, um den Kern deutlich zu machen.

(B) Frau Gaertner sagte gegenüber Radio Bremen: „Die CDU hat vor dem Hintergrund von Zeitungsberichten die Frage aufgeworfen, ob ich dann rechtmäßig als Senatorin gewählt worden bin, und hat dann, das halte ich für völlig logisch und in Ordnung, die Frage aufgeworfen: Ja, wenn sie dann nicht zur Senatorin gewählt worden ist, hat sie dann Anspruch auf Umzugskosten? Aber das wird natürlich miteinander vermengt, und das ist ja auch nicht weiter schlimm, die Themen gehören ja irgendwie zusammen.“

Meine Damen und Herren, nicht nur von Frau Senatorin Gaertner, auch von anderen wurde die Überlegung angestellt, warum denn dieser CDU-Antrag, den wir hier heute vorliegen haben, Drucksache 13/610, der sich mit der Rückerstattung von Umzugskosten befaßt, nicht im Zusammenhang mit dem diskutiert und debattiert werden soll, was eigentlich viel mehr die Öffentlichkeit beherrscht hat, nämlich die Frage der Rechtmäßigkeit der Wahl in den Senat.

Meine Damen und Herren, nachdem der Präsident der Bremischen Bürgerschaft beziehungsweise sein wissenschaftlicher Dienst seine Nichtzuständigkeit zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Wahl in den Senat erklärt hat, der Senat selbst und die Mehrheit in diesem Hause, sprich die Ampelkoalition, sich öffentlich festgelegt haben und in aller Deutlichkeit erklärt haben, sie hielten diese Wahl von Frau Gaertner in den Senat für rechtmäßig, und nachdem Frau Gaertner selbst öffentlich erklärt hat, sie hielte sich

für rechtmäßig in den Senat gewählt, und weil auch ein anderslautender Beschluß in dieser Bürgerschaft keine Rechtswirkung gehabt hätte, hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion diese Frage dem Staatsgerichtshof zur Klärung übergeben. Dies ist ein jetzt schwebendes Verfahren, das vom Staatsgerichtshof geklärt werden wird. Ich will ins Detail gar nicht eingehen, aber ich glaube, selbst die, die sich bisher noch hinter einer mehr oder minder laschen Stellungnahme des Senats versteckt haben, wissen jetzt schon, wie das ausgehen wird.

Meine Damen und Herren, ich will zu diesem Bereich hier Schluß machen, weil, zu Ihrer Verwunderung, Frau Gaertner, die Frage, ob Sie rechtmäßig in den Senat gewählt sind oder nicht, nichts mit der Frage zu tun hat, ob Sie zu Recht Ihre Umzugskosten erhalten haben. Sie haben das bisher auch in der Öffentlichkeit immer so dargestellt, als ob die Frage davon abhängt: Bin ich rechtmäßig im Senat, dann habe ich auch rechtmäßig die Umzugskosten erhalten, bin ich das nicht, dann bin ich vielleicht bereit einzuräumen, ich hätte diese nicht rechtmäßig erhalten. Ich werde Ihnen hier gleich deutlich machen und nachweisen, daß dies nicht die entscheidende Frage ist.

Meine Damen und Herren, die Umzugskostenvergütung bei Senatoren richtet sich in erster Linie nach dem Senatsgesetz, in dem in Paragraph 16 darauf verwiesen wird, da heißt es wörtlich, ich kann Ihnen das hier auch zitieren, „daß die entsprechenden Regelungen für bremische Beamte angewandt werden für Mitglieder des Senats“.

(D) Liebe Frau Gaertner, jetzt frage ich Sie: Als Sie sich nach Bremen umgemeldet haben am 1. Dezember 1991, sind Sie da Senatorin gewesen? Haben Sie sich in dem Moment als Teil dessen gefühlt, unter dem Sie anschließend Ihre Umzugskosten erhalten wollten, oder sind Sie nicht vielmehr als Privatperson nach Bremen gezogen? Das Bremische Umzugskostengesetz sagt ja ganz eindeutig, und ich zitiere hier zum ersten aus der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der CDU, in der es heißt: „Gemäß Paragraph 16 des Senatsgesetzes finden die für die bremischen Beamten geltenden Bestimmungen unter anderem über Umzugskosten für die Mitglieder des Senats entsprechende Anwendung.“

Ich stelle also zum ersten einmal fest, daß Sie zum Zeitpunkt Ihres Umzugs nach Bremen nicht Mitglied des Senats waren und insofern unter diese gesetzliche Regelung auch nicht fallen konnten.

(Beifall bei der CDU)

Es heißt dann weiter: „Frau Senatorin Irmgard Gaertner wurde daher auf ihren Antrag hin, befürwortet durch die Senatskanzlei, von der Senatskommission für das Personalwesen am 12. 4. nach Paragraph 2 Absatz 3 Nummer 1 des Bremischen Umzugskostengesetzes Kostenübernahme für den Umzug zugesagt.“

(A) Meine Damen und Herren, in Paragraph 2, dem eben zitierten, heißt es: „Die Umzugskostenvergütung kann zugesagt werden für Umzüge aus Anlaß der Einstellung an einem anderen Ort als dem bisherigen Wohnort.“ Darauf bezieht sich auch der Senat.

Jetzt ist die Frage: Was war der Anlaß für Ihren Umzug? War der Anlaß für Ihren Umzug die Wahl in den Senat? Da sage ich Ihnen deutlich: Nein! Der einzige Anlaß für Ihren Umzug war die Erlangung des passiven Wahlrechts im Lande Bremen, wie das vielleicht andere auch machen, die hier gern einmal wählen wollen. Diese müssen drei Monate vorher ihren Wohnsitz anmelden, um dann hier zur Bürgerschaftswahl wählen zu können und auch in den Senat gewählt werden zu können.

Wer hat also diesen Umzug veranlaßt? Das Umzugskostengesetz geht immer von der dienstlichen Veranlassung aus. Bei Ihnen hat kein Dienstvorgesetzter, bei Ihnen hat kein Parlament, bei Ihnen hat keine der Rechtsinstitutionen dieses Landes diesen Umzug veranlaßt. Nein, der einzige, der den Umzug veranlaßt hat, ist Bürgermeister Wedemeier gewesen!

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Wedemeier hat Ihren Umzug veranlaßt nach Rückkopplung mit seinem Landesvorstand der SPD, möglicherweise sogar nach Rückkopplung mit dem Fraktionsvorstand der Bürgerschaftsfraktion, mit dem Ziel, Sie hier diesem Parlament zur Wahl als Senatorin vorzuschlagen. Das war der einzige Grund, veranlaßt durch die SPD. Durch den Bürgermeister wurden Sie veranlaßt mit dem Versprechen: Wenn du hierher kommst, wenn du umziehst, wenn du dich rechtzeitig anmeldest, schlage ich dich dem Parlament zur Wahl vor. Er konnte nicht sagen, dann wirst du Senatorin, er konnte sagen, dann schlage ich dich der Bürgerschaft zur Wahl zur Senatorin vor.

Meine Damen und Herren, das heißt, das Bremische Umzugskostengesetz in seinem Verweis vom Senatsgesetz her ist natürlich nicht dafür da, Umzugskosten für jeden zu bezahlen, der möglicherweise aus parteipolitischen Gründen veranlaßt wird, hier in Bremen einen Wohnsitz zu nehmen, um sich dann hier der Wahl zu stellen, denn das würde ja bedeuten, da Wahlen hier geheim sind und man ja nie weiß, wie sie ausgehen, daß die CDU-Bürgerschaftsfraktion zum Beispiel hätte sagen können, wir haben einen guten Mann in Süddeutschland, den schlagen wir gegen Frau Gaertner zur Wahl vor, ihn veranlassen wir drei Monate vorher hierherzuziehen, und selbstverständlich müssen ihm anschließend die Umzugskosten ersetzt werden!

(Beifall bei der CDU)

Das kann doch wohl nicht möglich sein, daß wir das Umzugskostengesetz zum Schluß so interpretieren, daß die Umzugskosten nur der erhält, der auch tat-

sächlich in geheimer Wahl gewählt worden ist, und dem anderen wird dann gesagt: Du bist leider nicht gewählt worden, du bekommst auch keine Umzugskosten, du mußt wieder nach Hause fahren!

Meine Damen und Herren, wer glaubt, daß das der Sinn des Umzugskostengesetzes ist, der täuscht sich!

(Beifall bei der CDU)

Der einzige Grund, Frau Gaertner, der Sie bewegen hat, hierher nach Bremen zu ziehen, ist der Punkt, daß Sie sich, für uns verständlich, bei den Mehrheitsverhältnissen hier im Parlament ziemlich sicher sein konnten, daß Sie hier auch gewählt werden. All das hat aber nichts damit zu tun, daß Sie keinen Anspruch auf Umzugskostenvergütung nach diesem Gesetz haben. Ich sage hier in aller Deutlichkeit: Keiner, der von außerhalb hier zur Wahl in den Senat vorgeschlagen wird unter der Prämisse der bremischen Gesetze mit seiner dreimonatigen vorherigen Residenzpflicht, kann nach diesem Gesetz Umzugskosten erhalten, keiner von denen!

(Beifall bei der CDU)

Es gibt nur möglicherweise einige wenige Ausnahmen, in denen für Senatsmitglieder überhaupt Umzugskosten bezahlt werden können, das sind aber nicht diese Fälle. Das wären Einzelfälle, indem man unter anderem zum Beispiel feststellen könnte, daß der Innensenator, bevor er gewählt wird, seine Wohnung in der Helenenstraße hat, man die nicht richtig schützen kann und er veranlaßt wird umzuziehen. Dann könnte es einen Grund geben, daß man diese Umzugskosten bezahlt. Das, was hier war, berechtigt dazu nicht.

(Beifall bei der CDU — Abg. F l u ß [SPD]: Herr Präsident, das ist ein Niveau, wollen Sie das nicht rügen? — Senator v. N i s p e n : Wissen Sie, was die Helenenstraße ist?)

Sie können damit nicht gemeint sein. Ja, das ist bei Ihnen in Bremen ein Viertel, wie es bei uns auch Viertel gibt.

(Senator v. N i s p e n : Das ist ein Niveau!)

Da kann man also wohnen. Nehmen Sie eine andere Straße!

(Zuruf des Abg. F l u ß [SPD])

Lieber Herr Kollege Fluß, unter der Voraussetzung dieser Wahlen wäre der Mann, der da wohnt, noch kein Innensenator. Der wäre es dann erst geworden und müßte deswegen wegziehen, wenn Sie mir richtig zugehört haben.

Liebe Frau Gaertner, unabhängig von dieser Tatsache gibt es einen weiteren Grund, warum ich Ihnen sage, daß Sie nach den bestehenden Regelungen des Umzugskostenrechts, so wie sie in allen Bundeslän-

(C)

(D)

(A) dern und auch beim Bund angewandt werden, diesen Anspruch auf Umzugskosten eigentlich nicht verwirklichen konnten. Sie haben bereits 1990 aus völlig privaten Gründen hier in Bremen eine Eigentumswohnung erworben mit dem Ziel, nach Fertigstellung dort einzuziehen.

Nun gibt es Regelungen und Urteile, die ganz eindeutig sagen, daß Umzugskosten dann nicht bezahlt werden, wenn der eigentliche Grund des Umzuges privater Natur ist. Ich sage Ihnen, und das können Sie nicht bestreiten, Sie wären ja nach Bremen — sonst hätten Sie die Wohnung 1990 nicht gekauft — sowieso umgezogen. Das heißt, der eigentliche Grund ist demnach immer noch nicht Ihre Wahl in den Senat gewesen, sondern Ihre private Lebensgestaltung, nach der Sie sich 1990 vorgenommen haben, nach Ihrem Ausscheiden im Beruf in Kassel hier nach Bremen zu ziehen. Das heißt, zumindest mehr als zweifelhaft ist hier wiederum die Frage: Was war der eigentliche Anlaß Ihres Umzuges nach Bremen? Auch wiederum nicht die Wahl in den Senat!

Liebe Frau Gaertner, es geht hier nicht darum, ob das hier 6 000 oder 7 000 oder 8 000 DM sind, sondern es geht hier auch um die Frage eines gewissen politischen Anstandes.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich mache Ihnen — das sage ich auch in aller Deutlichkeit — gar nicht den Vorwurf, daß Sie das bewußt gemacht haben, weil das Umzugskostenrecht mit seinen Querverweisen, mit seinen Urteilen, ein Recht ist, das oftmals auch betroffene Beamte nicht durchschauen. Da gab es andere Fälle, auf Bundesebene auch, sie stellen einen Antrag, die Verwaltung genehmigt das, drei Jahre später wird festgestellt, zu Unrecht genehmigt, und das ist nun einmal eben so — hier redet ja keiner über einen Rücktritt —, das mindeste ist, daß man dann als Konsequenz das zu Unrecht erhaltene Geld zurückerstattet.

(Beifall bei der CDU)

In anderen Fällen war das so, daß daraus Rücktrittsforderungen abgeleitet wurden, obwohl die gleichfalls betroffenen Politiker das gar nicht böswillig beantragt hatten, sondern sie haben das beantragt und von der Verwaltung genehmigt bekommen. Man hat dann allerdings nicht die Verwaltung dafür gescholten, daß sie eine falsche Entscheidung getroffen hat, sondern die, die glaubten, das gutwillig erhalten zu haben, und diese dann mit Rücktrittsforderungen überzogen.

Deswegen sage ich Ihnen, Frau Gaertner, völlig unabhängig von der Frage, in der auch nur Sie hätten eigene Konsequenzen ziehen können, ob Sie immer noch glauben, rechtmäßig in den Senat gewählt worden zu sein oder nicht, wenn Sie das völlig außen vor lassen, müßten Sie zu der Erkenntnis kommen, daß aufgrund der Tatsache, daß der Anlaß Ihres Umzuges nach Bremen nicht die Wahl in den Senat war,

(C) sondern das nur eine hinterher für Sie politisch erfolgte Konsequenz war, Sie diese Umzugskosten zu Unrecht erhalten haben, und ich fordere Sie hier heute in der Öffentlichkeit in diesem Parlament auf: Zahlen Sie diesen Betrag zurück, dann ist diese Angelegenheit erledigt! Das Urteil des Staatsgerichtshofes, ob Ihre Wahl in den Senat rechtmäßig war oder nicht, können wir dann alle gemeinsam in aller Ruhe abwarten. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Nölle:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dittbrenner.

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden ja hier über einen Einzelfall, der kein Einzelfall ist, weil Umzugskosten nach den Gesetzen, die hier eben auch zitiert wurden, nun einen doch erheblichen Rahmen einnehmen, wo das Land entsprechende Zahlungen vornimmt.

Wir reden über eine Situation, in der eine Behörde, nämlich die Senatskommission für das Personalwesen, entschieden hat. Sie hat eine entsprechende Beantragung entschieden, wie sie entschieden wurde. Ich bin nicht sicher, ob dieser Landtag klug beraten ist, in eine solche Einzelfallprüfung einzusteigen. Das haben Sie ja hier teilweise versucht. Ich glaube nicht, daß das unsere Aufgabe sein kann, ich kann das hier jedenfalls nicht erklären.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

(D) Warum hat man denn solche Stellen, die letztendlich nach Recht zu entscheiden haben? Ich habe keinen Zweifel daran, daß hier nach Recht auch entschieden wurde.

Sie haben hier einige Termine durcheinandergbracht, obwohl man an sich bei der Zeit, die Ihnen ja auch geblieben war zur Vorbereitung dieser Rede, zumindest hätte erwarten können, daß man das einigermaßen richtig voreinander bringt. Lieber Kollege Herr Teiser, ich sage es noch einmal, so wie es auch in der Antwort des Senats steht: Der Transport des Hausrates fand im Juli 1992 statt.

(Abg. Frau **Fröhlich** [SPD]: Er hört gar nicht zu!)

Sehen Sie, so ist das! Wenn man debattieren will und man will auf Argumente eingehen, dann sollte man auch dem anderen Redner zuhören!

(Beifall bei der SPD)

Also, noch einmal, Herr Kollege Teiser: Der Umzug des Hausrates fand im Juli 1992 statt, und nicht die Termine, die Sie genannt haben, sind dafür maßgeblich, und dort war sie, Frau Gaertner, rechtmäßig gewählte Senatorin!

(A) Die Tatsache, daß sie hier in den Senat gewählt wurde durch dieses Parlament, rechtfertigt somit auch die Inanspruchnahme der von Ihnen zitierten Gesetze. Das allein scheint mir der Grund zu sein, daß das auch korrekt und logischerweise gelaufen ist.

Wenn Ihnen das nicht paßt, das heißt, wenn Sie für sich aus erklären, daß das, was im Senatsgesetz steht, keine Anwendung mehr finden soll, dann kann aber die Konsequenz nicht sein, wie Sie es jetzt gemacht haben, einen solchen Antrag zu formulieren, dann kann die Konsequenz nur sein, daß Sie dann konkrete Änderungsanträge hier stellen bezogen auf die bestehenden gesetzlichen Regelungen.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre dann nachvollziehbar, weil man dann auch vielleicht entsprechende Klarheiten — wenn diese notwendig sind — vollziehen könnte.

Sie haben ja eben auch von dem politischen Anstand gesprochen, der es gebiete, daß diese Kosten zurückgezahlt werden. Lieber Herr Kollege Teiser, ich sage einmal, es ist für mich keine Frage des politischen Anstandes, aber wenn man Ihrer Rede gefolgt ist und Sie ja auch ein bißchen auf den moralischen Aspekt hingewiesen haben, dann, meine ich, gilt das natürlich für Sie selbst auch. Das Verfahren, wie man bei der Unionsfraktion nämlich mit Belegen umgegangen ist, hat auch etwas mit politischem Anstand zu tun, wenn man hier so tut.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Es ist immer zweierlei, es gehört dazu. Es sind ja auch andere Summen, wir werden aber auch an anderer Stelle noch einmal darüber reden.

(Beifall bei der SPD)

Also, es gibt für uns keinen Zweifel, daß dieses Verfahren korrekt gelaufen ist. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Nölle:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Weidenbach.

(Abg. **Thomas** [DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt der Saubermann! — Abg. **Mützelburg** [DIE GRÜNEN]: Er legt jetzt alles offen!)

Abg. **Weidenbach** (DVU): Herr Präsident, Damen und Herren! Vor dem Gesetz sind alle gleich,

(Abg. **Mützelburg** [DIE GRÜNEN]: Auch die DVU!)

heißt es, doch das Beispiel der SPD-Senatorin Gaertner zeigt, welche Kluft sich zwischen diesem Gebot und der Wirklichkeit auf tun kann.

Nicht unbedingt Gleichheit, vielmehr aber ein gemeinsames Interesse herrschender Politiker, Gesetze nur nach eigenem Nutzen angewendet zu wissen, kennzeichnet die Realität.

(C)

(Beifall bei der DVU)

In der öffentlichen Diskussion und in den Medienberichten wurde vor dem Hintergrund des Umzugskostenkandals auch Bezug genommen auf das bremische Meldegesetz. Dieses soll in der Sache Gaertner wohl kaum eine Rolle spielen, während es zwecks Ausbootung einer politisch Unbequemen, nämlich der DVU-Abgeordneten Frau Blohm, die Etablierten ein Dorn im Auge ist,

(Abg. **Buhler** [FDP]: Sie reden nicht zur Sache!)

vorgeschoben wird, um eine absurde konzertierte Aktion gegen die DVU-Parlamentariern zu rechtfertigen.

(Beifall bei der DVU — Zuruf des Abg. **Röwekamp** [CDU])

Aber hier haben sich DVU-Gegner zu früh gefreut. Frau Blohm sitzt hier, und das ist gut so!

((Beifall bei der DVU))

Es bleibt das Pech des etablierten Parteienkartells, daß sich die DVU-Politikerin Blohm, im Gegensatz zum Beispiel zur SPD-Senatorin Gaertner, erfreulich deutlich von jenen unterscheidet, die dafür verantwortlich sind, daß Politik in weiten Kreisen unserer Bürger als schmutziges Geschäft und Parlamentarier als korrupt, bestechlich und verlogen bezeichnet werden.

(D)

(Beifall bei der DVU — Zurufe von der SPD)

Der Umzugskostencoup der SPD-Senatorin dürfte diesen Eindruck weiter festigen.

(Abg. **Buhler** [FDP]: Sprechen Sie zum Antrag!)

Nach Lage der Dinge ist davon auszugehen, daß die SPD-Umzugssenatorin innerhalb der gesetzlichen Drei-Monats-Frist ihren Wohnsitz und damit ihren sogenannten Lebensmittelpunkt effektiv weit weg vom Lande Bremen hatte. Aber um zur Senatorin gekürt zu werden, genügt im Fall Gaertner offenbar bereits eine sogenannte mentale Identifikation, eine geistige beziehungsweise nur gedachte Anwesenheit in Bremen, die sie von Kassel aus empfunden haben mag.

(Beifall bei der DVU)

Aus dem von ihr selbst in Auftrag gegebenen Gutachten kann dies ja auch herausgelesen werden.

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Reden Sie zum Antrag, oder wovon reden Sie?)

(A) Damen und Herren, eine solche Begründung hätte sich einmal die DVU-Abgeordnete Frau Blohm einfallen lassen sollen! Groß wäre das Geschrei geworden! Von ihr fordern die Etablierten, das Mandat abzugeben, obwohl, wie wir wissen, nachgewiesen werden kann, daß die DVU-Abgeordnete nicht nur nicht wenige hundert Meter von Bremerhaven entfernt, sondern effektiv in Bremerhaven und damit im Lande Bremen ihren Lebensmittelpunkt weit länger als drei Monate vor ihrer Wahl hatte.

(Abg. A l t e r m a n n [NK]: Das stimmt nicht!)

Aber es ist ja bekannt, vor dem Gesetz sind alle gleich, nur einige sind etwas gleicher.

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Kollege Altermann sieht das ganz anders!)

Für Behörden, für Genossen der SPD, für die Ampelfraktionen, für die Ampelregierung und auch für den Vorstand dieses Hauses mag der Fall Gaertner erledigt sein. Der Mantel des Vergessens soll ausbreitet werden, rot-grün-gelber Filz deckt schließlich alles zu.

(Unruhe bei der SPD und bei der CDU)

Für sehr viele Bürgerinnen und Bürger ist die Sache Gaertner aber keinesfalls abgehakt und vor allem deshalb ein handfester Skandal, weil zu aller Dreistigkeit auch noch das ungerechtfertigte Abkassieren in Form privater Umzugskosten in Höhe von Tausenden von DM hinzukommt. Ein doppelter Skandal!

(Beifall bei der DVU — Zuruf des Abg. A l t e r m a n n [NK])

Wenn Sie, Frau Senatorin Gaertner, ordnungsgemäß in Bremen gewohnt hätten, dann wären doch Umzugskosten von Kassel nach Bremen gar nicht erst angefallen.

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Wie finden Sie das mit Ihrem Sicherheitszuschlag, Herr Kollege?)

Deshalb stellt sich auch die Frage, ob Schwindelei nun auch noch auf Kosten und zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger mit vielleicht 8 000 DM oder gar 16 000 DM vergoldet werden soll.

(Beifall bei der DVU)

Wie wollen Sie eigentlich, angesichts Ihrer rund 16 000 DM monatlich, die Sie als Amtsbezüge erhalten, als sogenannte Sozialsenatorin, in einer Stadt, die neben Hamburg die meisten Armen ausweist, diesen Griff in die Steuerkasse rechtfertigen?

(Beifall bei der DVU)

Solche Machenschaften, Frau Senatorin, bestätigen einmal mehr, wie recht Bürger haben, wenn es heißt, daß Politikern der Altparteien offensichtlich jedes Schamgefühl abhanden gekommen ist,

(Abg. B u h l e r t [FDP]: Ihnen doch auch!  
— Abg. B a r s u h n [SPD]: Ihnen soll die Zunge abfallen!)

daß sie ohne Skrupel ihre Tasche füllen und sich in Skandale verwickeln, anstatt, wie es ihre Pflicht wäre, dem Wohl des Volkes zu dienen.

(Beifall bei der DVU)

Unter Ihrer Regie, Frau Sozialsenatorin Gaertner, werden sozialschwache Deutsche in Bremen weiter geschöpft, der Rotstift wird angesetzt, aber Sie selbst greifen ohne Hemmungen frech in die Kasse der Steuerzahler.

Was glauben Sie auch, welche Stimmung ein solches Verhalten unter den mehr als 106 000 Bremern und Bremerinnen auslöst, deren Haushaltsnettoeinkommen an beziehungsweise unterhalb der Armutsschwelle liegt? Ihr Verhalten, Frau Senatorin Gaertner, zeigt einmal mehr, daß etablierte Politik von Egoismus und Filz geprägt ist und in erster Linie auf Kosten und zu Lasten der kleinen Leute geht. Daß es überhaupt eines Antrages bedarf, Sie aufzufordern, die Ihnen erstatteten Umzugskosten zurückzuzahlen, das spricht auch bereits Bände.

(Beifall bei der DVU)

Daß Sie aber diese ungerechtfertigte Bereicherung bislang auch noch mit Arroganz zu rechtfertigen suchten, zeigt allerdings auch einmal mehr, welche Qualitäten heute offenbar Voraussetzung für ein Regierungsamt sind.

(Beifall bei der DVU)

Einschlägige Qualitäten kennzeichnen entsprechend die Riege des Senats, weshalb es uns von der DVU auch keinesfalls überrascht, wenn wir, wie in diesen Tagen, von bestimmter Seite erfahren, daß eine Prüfung der Senatskommission für das Personalwesen im Frühjahr des Jahres ergeben haben soll, daß Bürgermeister und Senatoren permanent gegen die Abgabenordnung verstoßen haben wegen Urlaubsfahrten mit ihren Dienstfahrzeugen und daß das Finanzamt Bremen-Mitte demnach rückwirkend bis in das Jahr 1987 pro Senator und pro Jahr Tausende von DM nachfordert.

(Beifall bei der DVU)

Wenn dies so ist, drängt sich doch der Verdacht auf, daß hier gewissermaßen Steuerhinterziehung in Höhe von hunderttausenden DM vorliegt. Auf eine Erklärung hierzu darf man gespannt sein.

(Beifall bei der DVU)

(C)

(D)

(A) Davon abgesehen, Frau Senatorin Gaertner, wenn ich hier sage, Sie sollten sich wegen Ihres Coups mit den Umzugsgeldern schämen, dann spreche ich ganz sicher aus, was in weiten Kreisen unserer Bürgerinnen und Bürger empfunden wird. Aber ich weiß, daß solche Worte in diesem sogenannten Hohen Hause nicht gern gehört werden, das ist mir klar, und daß mit Unwahrheiten, und ich könnte auch sagen, mit Lügen und Unterstellungen, die von etablierten Altparteien und deren Hilfswilligen stets neu gegen die DVU losgelassen werden, von üblen Machenschaften Herrschender abgelenkt werden soll,

(Beifall bei der DVU)

das wissen nicht nur wir, das erkennen zunehmend unsere Bürgerinnen und Bürger.

Aber Sie dürfen sich darauf verlassen, daß Ihre Rechnung nicht aufgehen wird. Ihr Maß an Unglaubwürdigkeit ist übervoll. Deshalb nützen Ihnen auch keine Verleumdungskampagnen gegen die Deutsche Volksunion mehr. Bürgerinnen und Bürger fallen auf diesen Dreh nicht mehr herein.

(Beifall bei der DVU)

Die Rückzahlung Ihrer ominösen Umzugskosten, Frau Senatorin Gaertner, wäre ein Minimum an Selbstverständlichkeit. Ob Sie allerdings das dafür erforderliche Maß an Anstand aufbringen, muß bezweifelt werden.

(B)

(Beifall bei der DVU)

Wie auch immer Ihre Art, Politik zu betreiben, noch ertragen werden muß, die notwendige und erforderliche Wählerquittung kommt bestimmt, und Hamburg wird am kommenden Sonntag einen entsprechenden Vorgeschmack bringen, und auch in Bremen wird die politische Landschaft weiter zügig von rechts kultiviert. So gesehen, Frau Senatorin Gaertner, muß man Ihnen sogar dankbar sein.

(Beifall bei der DVU)

**Vizepräsident Nölle:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als erstes möchte ich dem Abgeordneten Adamietz danken, daß er mir die Gelegenheit gegeben hat, kurz vor seinem Beitrag noch drei Sätze zu einem bestimmten Punkt meines Beitrages zu sagen.

Ich habe mich inzwischen als Auswärtiger beehren lassen, daß die von mir genannte Straße mit ihren Sicherheitsrisiken anders gestaltet ist als zum Beispiel eine bestimmte Straße in Bremerhaven, die mit normaler Wohnbebauung durchzogen ist und gleichzeitig entsprechende Gegebenheiten bietet, wie das hier in Bremen ist. Den Eindruck, der dadurch entstanden ist, Herr Senator van Nispen hat

sich ja besonders angesprochen gefühlt, bedauere ich natürlich. (C)

Das war von mir nicht gewollt, ich wollte den Sicherheitsaspekt bei Senatoren in bezug auf Umzugskosten deutlich machen. Wenn das in Bremen diese Straße nicht hergibt, nehmen wir irgendeine beliebige andere, ich wollte hier noch einmal deutlich machen, daß das nicht der Sinn meiner Ausführung war. — Vielen Dank!

**Vizepräsident Nölle:** Nach dieser Klarstellung hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

(Unruhe)

Abg. **Adamietz** (FDP \*): Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Die Heiterkeit bezieht sich, das nur für das Protokoll und die Nachwelt, auf den Packen Papiere, die ich hier mitgenommen habe, und ich glaube, das ist auch gerechtfertigt. Die Uhr habe ich mir auch zurechtgelegt, und ich denke, die Ausführungen vom Herrn Kollegen Teiser eben haben doch deutlich gemacht, wenn man doch sehr ins Kräftige gehende Anträge stellt, dann muß man auch in seiner Begründung sehr sorgfältig sein, und der Teufel steckt da immer im Detail. Da kann man sich doch sehr auf das Glatteis begeben. Ich meine deswegen, es ist berechtigt, sich auch hier die Details anzuschauen.

Aber vorab eine Bemerkung zu dem Vertreter der DVU hier: Dieses Thema, um das es hier geht, und wir haben heute vormittag auch ein anderes Thema sehr spannend gehabt, ist sozusagen im Grundsatz durchaus einzuordnen in das komplexe Verhältnis von Recht und Politik. Wir im Parlament, die wir ja Recht setzen, müssen erst recht dieses komplizierte Verhältnis analysieren, behandeln und auch dann entsprechend entscheiden. (D)

Aber wir leben auch in einem Rechtsstaat, und da ist es natürlich ganz wichtig, sich vor Augen zu halten, was nach Gesetzen erfolgt und was nach politischem Gutdünken erfolgt. Im Rechtsstaat, und dafür sind die Existenz der Gerichte und die Instanzenzüge struktureller Ausdruck, kann man unterschiedlicher Auffassung über rechtliche Argumente sein. Dann muß das irgendwie in einem geordneten Verfahren geklärt werden. So ist das auch hier. Wir haben hier eine Rechtsgrundlage, Umzugskostenrecht, Senatsgesetz und ähnliches, und darüber wird man streiten müssen.

Der Abgeordnete Weidenbach der DVU sieht das natürlich anders, er kennt ja den materiellen Begriff des Rechtsstaates, wie wir ihn eigentlich aufrechterhalten, nicht.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD  
und bei den GRÜNEN)

Beispielsweise hat er eben Gerüchte in die Welt gesetzt und gesagt, wenn das wahr ist, ja dann ist das

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) aber ein Skandal. Das ist die Methode, eben erst einmal den Ruf beschädigen, irgend etwas wird ja daran hängenbleiben.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD  
und bei den GRÜNEN)

In der Frage der Zweckentfremdung von Fraktionsmitteln, nämlich für die sogenannten Sicherheitszuschläge, die eigentlich privates Einkommen der DVU-Abgeordneten sind, gibt es keine gesetzliche Grundlage, da steckt man sich das Geld von der DVU einfach so ein.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD  
und bei den GRÜNEN)

Das Umzugskostenrecht, meine Damen und Herren, ist ein traditioneller Bestandteil des Beamtenrechts, und der Kollege Teiser, der für die CDU-Fraktion den Antrag begründet hat, ist ein Experte, wie wir aus allen Abgeordnetendiäten- und Fraktionsgelddiskussionen wissen. Ich zitiere nur einmal einen kurzen Satz aus einem Kommentar zum Bundesbeamtengesetz. Für die Experten, im Beamtenrechtsrahmengesetz findet sich interessanterweise dazu nichts, aber alle Kommentare sagen, das ist so etwas Grundsätzliches, das muß nicht einmal in das Beamtenrechtsrahmengesetz hineingeschrieben werden. Hier noch einmal für die Unterexperten: Das Beamtenrechtsrahmengesetz bindet natürlich auch Bremen und das Bremische Beamtengesetz. Das Bundesbeamtengesetz bindet nur die Bundesbeamten.

(B) In diesem Kommentar heißt es: „Das Gesetz über die Umzugskostenvergütung“ für den Bund „und das Gesetz über das Trennungsgeld werden von der Rechtsprechung“ wörtliches Zitat, „als Konkretisierung des allgemein in Paragraph 79 des Bundesbeamtengesetzes ausgesprochenen hergebrachten Grundsatzes der Fürsorgepflicht des Dienstherrn charakterisiert.“ Es werden Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes zitiert.

Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn! Meine Damen und Herren, schon 1904, ich habe das extra hier herausgesucht, ich zitiere das nicht alles, nur damit Sie mir glauben, und auf Zwischenfragen bin ich präpariert,

(Beifall bei der FDP)

hat es eine vehemente staatsrechtliche Debatte gegeben, ob denn Senatoren Beamte sind. Ich sage gleich, aus heutiger Sicht, natürlich sind sie nicht Beamte. Damals sah man das etwas anders, zumal sie ja auch Vorsteher von Verwaltungsbehörden, insbesondere in der Stadtgemeinde, sind.

(Bürgermeister Wedemeier: Und auf  
Lebenszeit gewählt, 1904!)

Damals waren sie auf Lebenszeit gewählt! Damals mußten auch von den 18 Senatoren zwölf Juristen sein, nur fünf Kaufleute!

(C) Da war der Streit: Sind Senatoren Beamte? Wir sagen natürlich, das sind keine Beamten, und schon hat man damals aber erkannt, wir wollen doch diejenigen, die die Beamten führen, die als Regierung die Verantwortung für die Verwaltung haben, nun nicht schlechter stellen als die Beamten, Herr Teiser.

Herr Teiser kämpft für die Rechte der Beamten, aber was ist nun mit den Senatoren? Kein Beamter, kein Arbeiter und Angestellter des öffentlichen Dienstes würde auf die Idee kommen, auf Umzugskosten zu verzichten, würde auf die Idee kommen, wenn wir das Umzugkostengesetz streichen würden, zu sagen, bravo, Parlament, ihr spart endlich einmal Geld ein. Sie würden natürlich wie ein Mann oder heute auch wie eine Frau

(Heiterkeit)

auf die Barrikaden steigen und sagen, dies ist hergebrachte Konkretisierung des beamtenrechtlichen Fürsorgegedankens.

Was haben die Landesverfassungen gemacht, und übrigens allen voran auch die Bremische Landesverfassung? Sie haben gesagt, wir wenden das entsprechende an. Wir wollen auch nicht Sonderrecht, wir wollen, daß das Beamtenrecht auf die Senatoren angewendet wird.

(D) Ich darf deswegen aus der Bremischen Landesverfassung von 1947 Artikel 112 zitieren: „Die Mitglieder des Senats führen die Amtsbezeichnung Senator. Sie erhalten eine von der Bürgerschaft festgesetzte Vergütung. Übergangsgeld, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung können durch Gesetz vorgesehen werden.“ Vielleicht habe ich zu schnell geredet, aber die Schnellmerker haben auch festgestellt, das steht nichts von Umzugskosten. Dennoch ist es so, daß wir noch im Jahr 1949 das erste Senatsgesetz haben, und darin steht in Paragraph 13: „Die Bestimmungen über Dienstwohnungen, Umzugskostenentschädigung, Tagegelder und Entschädigung für Reisekosten trifft der Senat mit Zustimmung des Vorstandes der Bürgerschaft.“ Später ist das dann noch einmal geändert worden, daß da ein richtiges Gesetz erfolgen soll.

Das heißt, man hat schon 1949 unter dem Artikel 112 auch die Umzugskostenregelung mit verstanden, so daß wir also doch wohl sagen können, das ist auch eine hergebrachte Verfassungsauffassung in Bremen, daß zumindest Umzugskosten durch Gesetz regelbar sind.

Wir haben ja ein solches Gesetz. Wir haben das Senatsgesetz in verschiedenen Fassungen von 1949 an, geändert 1968, 1988 noch einmal geändert, und wir haben ein Umzugkostengesetz für die bremischen Beamten, auf das ja immer verwiesen wird. Das ist der Kernpunkt, daß wir aus diesem Umzugkostengesetz dann natürlich ableiten müssen, ob auch einem Senator Umzugskosten zustehen.

In dem Umzugkostengesetz heißt es, ich zitiere hier aus dem Senatsgesetz in der Fassung 1968: „Die

(A) für die bremischen Beamten geltenden Bestimmungen über Beihilfen, Dienstwohnungen, Reisekosten und Umzugskosten finden auf die Mitglieder des Senats entsprechende Anwendung." Satz zwei: „Behält ein Mitglied des Senats seinen Wohnsitz auf Beschluß des Senats in Bremerhaven, so sind ihm die hierdurch entstehenden besonderen Aufwendungen pauschal zu erstatten.“

Ich füge an, solche Regelungen, daß Umzugskosten durch Gesetz für Mitglieder der Landesregierung zu regeln sind, finden wir in allen anderen Bundesländern. In allen anderen Bundesländern finden wir auch die Regelung, daß jemand, der in die Regierung gewählt werden will, Wahlberechtigungsvoraussetzungen erfüllen muß. Meistens ist in den anderen Bundesländern nur der Ministerpräsident derjenige, der dann auch vom Parlament gewählt wird, während dieser dann seine Kabinettsmitglieder selbst ernennt, die werden dann vielleicht bestätigt, so daß also Wahlberechtigungsvoraussetzungen in der Landesverfassung und in den Gesetzen nur hinsichtlich des Ministerpräsidenten zu finden sind. In all diesen anderen Ländern ist die Regelung, daß Minister oder Mitglieder der Landesregierung Umzugskosten erstattet bekommen kraft Umzugskostengesetz. In all diesen Ländern ist die Regelung, daß man in diesem Land auch vorher gewohnt haben muß, und sogar drei Monate, damit man überhaupt wahlberechtigt ist, denn das ist gekoppelt an die Wählbarkeit zum Landtag.

(B) Um ein Beispiel zu nehmen, etwa in der Verfassung des Freistaates Bayern heißt es, daß zum Ministerpräsidenten wählbar ist jeder wahlberechtigte Bayer, der das vierzigste Lebensjahr vollendet hat. Er muß Bayer sein, und da streiten sich die Gelehrten sehr deutlich darum, ob das bayerische Staatsangehörigkeit heißt, das steht in der bayerischen Landesverfassung, ist aber wegen des Grundgesetzes obsolet, sagen die Kommentatoren, deswegen kommt es auf den bayerischen Wohnsitz an.

Wir kommen zum Problem! Beim Wohnsitz muß dann aber jemand, der in den bayerischen Landtag gewählt werden kann und damit auch Ministerpräsident werden könnte, wegen der Wahlberechtigung seit mindestens drei Monaten in Bayern die Wohnung gehabt haben. Das findet sich in allen anderen Bundesländern, in denen auch problematisiert wird, wie denn das mit dem Wohnsitz ist, ob das melde-rechtlich zu verstehen ist, nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch und nach anderen Vorschriften.

Ich will damit sagen, keine Bremensie! Ich habe vorhin schon das Senatsgesetz von 1968 zitiert. In diesem Senatsgesetz stand: „Behält ein Mitglied des Senats seinen Wohnsitz auf Beschluß des Senats in Bremerhaven, sind ihm die besonderen Aufwendungen pauschal zu entrichten.“ Da kommen wir dem Kern näher, daß natürlich, wenn man sagt Wohnsitz, gemeint ist, Umzüge im Lande. Die Frage, daß jemand von außerhalb des Landes etwa nach Bayern zieht und dann da Ministerpräsident wird, ist sicher-

lich so undenkbar gewesen, daß man die auch nicht geregelt hat.

Deswegen kann man natürlich eine Interpretation machen, daß die Frage Umzugskostenregelung, wie sie im Senatsgesetz steht, sich nur auf Umzüge innerhalb des Landes Bremen bezieht. Das hat eine besondere historische Tradition, weil die Senatoren früher im Stadtgebiet Bremen ansässig sein mußten kraft Verfassung. Später, ab 1920, wurde man etwas geläuterter, daß sie nur im Staatsgebiet Bremen ansässig sein mußten, sprich also auch noch in Bremerhaven.

Man kann also sagen, die Regelungen über die Umzugskosten beziehen sich auf die besondere Situation Bremen/Bremerhaven. Ich kann das jetzt nicht so interpretieren, das bedeutet natürlich, daß man da entsprechend nachforschen muß. Interessant ist, daß dieser besondere Satz über Bremen und Bremerhaven erst durch Änderung des Senatsgesetzänderungsantrags der Fraktionen aus diesem Hause, damals SPD und FDP, in dieses Gesetz gekommen ist. Vorher hatte man diesen besonderen Satz da nicht aufgenommen. Das war 1968.

(Abg. Metz [CDU]: Was lernt uns das alles? — Heiterkeit)

Das lernt uns sehr viel, denn, Herr Metz, im Jahr 1988 hat man dieses Senatsgesetz wieder geändert, und da hat man diesen Satz zwei wieder gestrichen, ich zitiere aus dem Gesetz vom 31. März 1988, und wenn man sich dann einmal hineinvertieft, warum das so geschehen ist, dann stellt man fest, daß dies eine Senatsvorlage war, die auf diese Änderung hinauslief, und diese Senatsvorlage, Mitteilung des Senats, daß man das Senatsgesetz ändert, sagt eben diesen Satz zwei: „Die besondere Regelung für Senatsmitglieder aus Bremerhaven wird nicht mehr für erforderlich gehalten.“

Dann schaut man in das Protokoll der Landtagssitzung, 14. Sitzung der Bremischen Bürgerschaft am 17. März 1988, und stellt fest: Abstimmung über dieses Senatsgesetz, erste und zweite Lesung, man hat nur über Höhen der Abgeordnetendiäten und so weiter diskutiert, natürlich nicht mehr über diese einzelnen Fragen, und man stellt fest, das Gesetz ist in erster Lesung verabschiedet worden, und ich zitiere jetzt, weil das für die zweite Lesung entscheidend ist, der Herr Präsident der Bürgerschaft erklärt also: „Ich bitte, die Unterhaltung einzustellen!“

(Heiterkeit)

Das ist ein wörtliches Zitat: „Ich bitte, die Unterhaltung einzustellen! Wir sind in der Abstimmung, das gilt auch für den Senat — Beifall bei der SPD —. Wer das Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!“ — jetzt, Herr Metz! — „Dafür SPD und CDU — Dagegen DIE GRÜNEN, FDP und Abgeordneter Altermann.“

(C)

(D)

(A) Das heißt, Sie haben gerade die besondere Bremerhavenklausel wieder gestrichen. Lehrt uns das nun, daß es gar nicht um Umzüge innerhalb Bremens geht, sondern daß Senatoren auch Anspruch auf Umzugskosten haben, wenn sie von auswärts kommen, prospektiv sozusagen, genauso wie wenn ich einem Landesdatenschutzbeauftragten etwa zusage, du sollst hier in Bremen Landesdatenschutzbeauftragter werden, wir wählen dich, und Dienstantritt ist am 1. Juli nächsten Jahres, bitte ziehe doch irgendwann einmal um? Ich weiß es nicht, sage ich Ihnen ganz freimütig.

(Heiterkeit — Abg. Frau Fröhlich [SPD]:  
Er bringt seine Papiere durcheinander!)

Das liegt an den Tücken des Umzugskostengesetzes, das ich natürlich auch mitgebracht habe. Sie sehen, daß ich mir viel Mühe gegeben habe, und ich denke, daß es nötig ist.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD  
und bei der CDU)

Das Umzugskostengesetz, ich zitiere der Einfachheit halber nur das von 1965, denn 1965 war das Gesetz in der Welt, als die Bürgerschaft andere Gesetze, nämlich das Senatsgesetz, gemacht hatte. Die wußten, auf was sie da eigentlich Bezug nehmen. In dieser Fassung von 1965, die dann auch in diesen Punkten, um die es hier geht, nicht geändert worden ist, heißt es erst einmal: „Dieses Gesetz“, Paragraph 18 ist das, „regelt Art und Umfang der Umzugskostenvergütung aus Anlaß der Umzüge“ und so weiter „erschöpfend.“ Es gibt also keine anderen Regelungen.

(B) Dann heißt es im Paragraphen 12 als Beispiel, weil Sie den Hausrat angesprochen haben: „Ein Beamter mit Hausstand — Paragraph 7 Absatz 3 —, dem Umzugskostenvergütung für einen Umzug nach Paragraph 2 Absatz 2 Nummer 1 oder Absatz 3 Nummer 1 oder 2“, das ist hier einschlägig, „zugesagt ist, kann für den Umzug in eine vorläufige Wohnung Umzugskostenvergütung erhalten, wenn die zuständige Behörde die neue Wohnung vorher schriftlich als vorläufige Wohnung anerkannt hat.

(Heiterkeit)

Paragraph 9 Absatz 7 findet keine Anwendung.“ Paragraph 9 Absatz 7 betrifft den nochmaligen Umzug innerhalb von fünf Jahren.

Was ist denn ein Beamter mit Hausstand? Paragraph 7 Absatz 3: „Ein Hausstand liegt vor, wenn die Wohnung mit Kochgelegenheit und mit den notwendigen“ — —.

(Heiterkeit)

Ist das zum Lachen? Man muß doch kochen können!

(Heiterkeit)

(C) „Und mit den notwendigen, nicht vom Vermieter der Wohnung zur Verfügung gestellten Möbeln und sonstigen Haushaltsgegenständen ausgestattet ist.“ Ich erspare Ihnen, die zehn Zentimeter Paragraph 7 Absatz 1, und 2 noch vorzulesen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Pflugradt  
[CDU]: Gott sei Dank!)

Gott sei Dank, sagt Herr Pflugradt. Sehen Sie einmal, das sind die Rechtsprobleme, die wir hier heute entscheiden sollen! Da wollen Sie mir nicht einmal zuhören?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dann breche ich hier lieber ab und komme zur politischen Bewertung.

Die CDU hat einen Antrag gestellt, der eine lapidare Kürze hat. Frau Senatorin Gaertner wird aufgefordert, die ihr erstatteten Umzugskosten zurückzuzahlen. Die Umzugskosten sind aufgrund eines Verwaltungsaktes gezahlt worden. Das Parlament fordert auf, einen Verwaltungsakt zurückzunehmen. Im Rechtsstaat? Mein Gott, im Rechtsstaat?

(Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Unmöglich!)

(D) Meine Damen und Herren, natürlich kann die CDU sagen, wir wollen eine politische Bewertung, dann soll sie das machen. Aber wenn ich einen solchen Antrag formuliere, dann möchte ich, daß das Parlament auch seinen Respekt wahrt und sagt, wir wollen ja, daß das, was das Parlament sagt, auch durchgeführt wird. Wir erheben ja den Anspruch, daß unsere Resolution, unsere Gesetzesbefehle, aber auch sonstige Beschlüsse vom Senat auf Punkt und Komma befolgt werden.

Dürfen wir das? Sind Sie nicht gerade die Fraktion, die sagt, wir brauchen Widerspruchsinstanzen besonderer Art, wir brauchen auch Rechtsinstanzen, die, die wir schon haben, müssen wir ausbauen, damit wir hier die bremische Verwaltung entsprechend kontrollieren können?

Ich stimme Ihnen da völlig zu, und deswegen sage ich, das können wir hier nicht machen. Dies ist ein Einzelfall, und alles, was Sie sehr belustigt hat, kann einen Juristen nicht so sehr belustigen. Das ist Hineinsteigen in wirklichen Aktenstaub. Dies ist nicht unsere Aufgabe. Wir sind ein politisches Gremium, haben politische Signale zu setzen, gern, aber diesem Antrag kann ich so nicht zustimmen.

(Glocke)

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident! Ich meine auch, daß wir das beherzigen sollten, was Herr Teiser hier angedeutet hat, die Zusammenhänge, die hier mit allen anderen Anträgen bestehen, und ich erinnere mich, daß der amtierende Präsident, der

(A) Vizepräsident dieser Bürgerschaft, im Fernsehen gesagt hat, als wir nämlich Frau Senatorin Gaertner als Senatorin gewählt haben, konnten wir doch nicht alles prüfen, diese Voraussetzungen. Er hat das gesagt! Sind wir schlauer als der Vizepräsident dieser Bürgerschaft?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir der Meinung sind, Senatoren sollen kein Umzugsgeld bekommen, in Ordnung! Das ist vielleicht eine Sparmaßnahme, vielleicht verdienen sie genug Geld, vielleicht sollen sie anders behandelt werden als andere Beamte, dann lassen Sie uns das Gesetz ändern!

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Richtig!)

Wenn wir der Meinung sind, hier ist im Einzelfall falsch abgerechnet worden, ob das Beihilfe ist, ob das Umzugsgeld, Trennungsgeld, die Steuern oder sonst etwas ist, dann lassen Sie uns ein rechtsstaatliches Verfahren einhalten und die Instanzen, die dafür zuständig sind, unabhängig von politischer Presion das machen!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

(B) Wie würden Sie aufheulen, wenn hier irgendein Senator irgendeinem Amt eine solche Weisung geben würde, untersuchen Sie einmal oder untersuchen Sie nicht, und zu Recht!

Deswegen sage ich, wir haben beschlossen, die Landesverfassung in dieser berühmten Wohnsitzklausel zu ändern, damit wir kompetente Leute von außerhalb auch hier nach Bremen holen können. Die CDU hat das übrigens mit Erfolg in anderen Bundesländern gemacht. Ich erinnere daran, daß der jetzige Bundespräsident Herr von Weizsäcker früher als Ministerpräsident für Berlin auch von auswärts geholt werden mußte.

(Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Leisler Kiep!)

Leisler Kiep ist ja nicht erfolgreich gewesen!

(Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Das stimmt! — Glocke)

Ich sage deshalb, wir haben in der Landesverfassung mit den Stimmen der CDU verabredet, daß wir diese Verfassungsbestimmungen über die Wohnsitzklausel und alles, was damit zusammenhängt, ändern. Wir sind uns also politisch einig, daß hieraus nicht politisch Honig zu saugen ist. Sie wollen es trotzdem, und der Hintergrund ist der, daß Sie natürlich glauben, beim Staatsgerichtshof Erfolg zu haben, während Sie hier im Parlament, wo der Erfolg für eine Opposition erforderlich ist, eben keine

Chance sehen, denn Sie stellen nicht den Antrag, Frau Gaertner treten Sie zurück, weil Sie fürchten, sie bekommt die Stimmen der Koalition, weil Sie fürchten, daß die Koalition hier eine Stärke beweist und nicht das, was Sie hoffen, dem Senat am Zeug zu flicken ist. Sie haben eigentlich Angst vor der eigenen Courage.

Ich meine, wir sollten jemanden, den wir aus Hessen geholt haben, hier mit Respekt und Anstand behandeln, und gerade wenn Sie sagen, Frau Gaertner ist hier gar nicht so lange im Wohnsitz gewesen und ist nur hierhergekommen, um Senatorin zu werden, dann sollten wir sagen, wir sind Bremer und haben unsere bremische Verwaltung, diese soll das ordentlich zu Ende bringen, und den Anstand besitzen, daß wir nicht auf Frau Gaertner als Person hier einschlagen, sie kann am wenigsten dafür.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein letzter Satz, Herr Präsident!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Die sind immer so lang!)

Ein letzter Satz! Dies ist das komplizierte Verhältnis von Recht und Politik. Über die politische Bewertung wird man sicherlich streiten können, aber es geht hier auch um ein Problem des Parlaments und um ein parlamentsrechtlich korrektes Verfahren. Es ist legitim, daß die Opposition einer Regierung Knüppel zwischen die Beine wirft, aber es sollten doch keine Zahnstocher sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Nölle:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Adamietz** (FDP): Bitte sehr!

**Vizepräsident Nölle:** Bitte, Herr Altermann!

Abg. **Altermann** (NK): Herr Adamietz, geben Sie damit zu, daß Bremen keine kompetenten Leute mehr hat?

Abg. **Adamietz** (FDP): Aber nein! Ich gebe nur zu, daß wir so weltoffen sind, daß wir überallher kompetente Leute holen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen, denke ich, stehen wir auch zu dieser Senatorin, das ist überhaupt keine Frage. Wenn der Herr Vizepräsident mir noch einmal das Wort gegeben hat, dann werde ich das auch — —.

(Heiterkeit bei der SPD)

**Vizepräsident Nölle:** Nur zur Beantwortung der Frage!

(A) Abg. **Adamietz** (FDP): Nur zur Bantwortung der Frage? Ich bedanke mich!

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

**Vizepräsident Nölle:** Da wir nun alle Experten im Umzugsrecht sind, gebe ich das Wort Herrn Bürgermeister Wedemeier.

**Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheit:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es mir nach diesen wirklich klaren und eingängigen Ausführungen des Kollegen Adamietz, ich meine das ernst, auch leichtmachen. Er hat nämlich nachgewiesen, daß von 1949 bis 1988 das Parlament, hier insbesondere die CDU, die 1949 im Senat war und 1988 zugestimmt hat, gewollt hat, daß Senatoren Umzugskosten erstattet bekommen. Insofern ist Ihr Antrag in der Tat völlig unverständlich.

Die parlamentarische Bühne ist auch dazu da, daß die Opposition da, wo sie kann, der Regierung Schwierigkeiten macht. Das ist geradezu ihre Aufgabe. Aber der Regierung ein bißchen mehr Schwierigkeiten bei Sachproblemen zu machen, wäre eigentlich angebracht, statt sich mit solchen Dingen zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

(B) Für uns ist der Artikel 16 des Senatsgesetzes ganz eindeutig. Es steht etwas von Umzugskosten darin, es ist eben nachgewiesen worden, wie die Entwicklung dieses Paragraphen war. Deshalb kann ein Senator, eine Senatorin nicht anders behandelt werden, als der in diesem Paragraphen zitierte Beamte. Das ist hier geschehen. Das hat auch nicht der Senat zu entscheiden, ob Umzugskosten gewährt werden oder nicht. Das hat die SKP zu entscheiden, und diese hat es entschieden, und sie hat es der FDP-Fraktion auch in einem Schreiben, Herr Welke hatte eine Frage an die SKP gestellt, beantwortet. Wir haben das später dann in der Senatsantwort auf die Kleine Anfrage wiederholt. Ich trage auch, was die SKP da entschieden hat.

Wenn es der CDU gelingt, wirklich einen guten Mann für Bremen zu finden, und der kommt und wird gewählt, dann hat er die gleichen Rechte wie andere auch, wenn er in den Senat gewählt wird. Da gibt es keine unterschiedlichen Rechte. Das erstere ist vielleicht die Schwierigkeit, nicht das letztere.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt will ich nur noch, weil wir hier pünktlich fertig werden wollen, und ich glaube, es lohnt sich nicht, nach dem, was hier gesagt worden ist, noch weitere Ausführungen zu machen und Begründungen zu geben, etwas zum politischen Anstand sagen, Herr Teiser. Da habe ich mich nicht über eine Straße

geärgert, das zeigt nur, auf welchem Niveau manche Debatten geführt werden. (C)

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich bitte Sie, dann in den eigenen Reihen damit zu beginnen! Erstens: Wer 6 000 DM zurückfordert, die Rechtens erstattet worden sind — es ist übrigens überhaupt nur ein Teil der Umzugskosten gewesen, der untermauert seine Forderung —, der kann diese Forderung ja stellen, wenn er vorher 500 000 DM an die Steuerzahler zurückgezahlt hat. Das ist schon einmal gesagt worden, damit würden Sie das untermauern. Niemand weiß, was Sie mit dem Geld gemacht haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Zweitens hätte ich die herzliche Bitte an Sie, daß Sie einmal mit Ihrem Spitzenkandidaten von 1991 und heutigem Vizepräsidenten reden! Was der sich geleistet hat in der Strandlust Vegesack an Argumenten gegenüber dem Bürgermeister unterhalb der Gürtellinie, das zeugt nicht von politischem Anstand.

(Beifall bei der SPD)

Herr Nölle, ich habe bis heute darauf gewartet, wir haben uns mittlerweile zweimal getroffen, daß Sie da etwas richtigstellen, aber Sie haben das offenbar nicht nötig. (D)

Dann zu Herrn Weidenbach! Ihre Rede hier mit dieser moralischen Entrüstung zu halten, obwohl man vorher sogenanntes Sicherheitsgeld aus Steuergeldern in Anspruch genommen hat, ist geradezu eine Unverschämtheit!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Daß Sie damit Ihre Moral begründen können, glaube ich nicht, auch nicht in der Öffentlichkeit, wenn Sie das vorher eingesteckt haben, was Sie da ohne jede Rechtsgrundlage, auch nicht nach dem Abgeordnetengesetz, sich gegenseitig zugeschustert haben.

Für mich stellt sich bei solchen Fällen auch die Frage, ob Minister, Senatorinnen, Senatoren Rechte, Gesetze, Verordnungen in Anspruch nehmen dürfen, die jedem anderen zustehen. Wenn das so ist, und ich hoffe, das bejahen wir alle, nicht nur hier in Bremen, dann sollten wir mit dieser Art von Debatten aufhören. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

**Vizepräsident Nölle:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

(A) Abg. **Teiser** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich die Ausführungen unseres Bürgermeisters zum Anlaß nehmen, noch einige Anmerkungen zu machen!

Wissen Sie, Herr Wedemeier, das, was Sie sich eben geleistet haben, das war nun wirklich der Gipfel! Ich sage Ihnen das hier in aller Deutlichkeit: Von jemandem, der sich über viele Jahre auf Kosten der Beitragszahler und der Gebührenden bei den Stadtwerken Tarife erschleicht, um Geld zu sparen,

(Beifall bei der CDU)

wer mit Geschäftsleuten auf Dienstreisen geht und sich das bezahlen läßt, von dem lassen wir uns hier diese Vorwürfe nicht machen!

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Dittbrenner, zu Ihren Ausführungen nur einen ganz kurzen Satz! Sie haben abgehoben —.

(Abg. Frau **Linnert** [DIE GRÜNEN]: Ich kritisiere das Verhalten des Präsidiums! —  
Beifall)

Klopfen Sie sich selbst nur Mut zu!

**Vizepräsident Nölle**: Dann hätten Sie vorhin auch protestieren dürfen!

(B)

(Abg. Frau **Linnert** [DIE GRÜNEN]: Ich protestiere jetzt!)

Abg. **Teiser** (CDU): Ich nehme Ihren Protest zur Kenntnis!

(Zuruf von Bürgermeister **Wedemeier**)

Das stand tausendmal in der Zeitung!

(Zuruf von Bürgermeister **Wedemeier**)

Ja, da warten Sie erst einmal ab!

Herr Dittbrenner, Sie haben sich ausschließlich darauf kapriziert, daß Sie festgestellt haben, daß der Möbeltransport erfolgt ist, nachdem Frau Senatorin Gaertner in ihr Amt gewählt war. Das ist nun wirklich eine ein wenig platte Begründung, daraus abzuleiten, daß deswegen die Umzugskostenvergütung rechtmäßig war, denn das würde bedeuten, daß, nachdem jemand im Senat ist, er über den Querverweis zum Umzugskostenrecht im Prinzip dann jeden Umzug bezahlt bekommen würde, selbst wenn er dann noch innerhalb von Bremen anfangen würde umzuziehen. Das ist natürlich so nicht richtig!

Herr Kollege Adamietz, das war wirklich ein spaßiger Beitrag, den Sie geleistet haben. Glauben Sie mir, das Zitieren und das Ausweiten von, wie wir beide wissen, und da gibt es viele Regelungen im öffentlichen Recht, insbesondere im Beamtenrecht, die für

Außenstehende sehr spaßig klingen — Kochstellen (C) und ähnliches —, sind nicht spaßig. Obwohl das immer so gut ankommt, sage ich Ihnen, haben Sie in der Substanz letztendlich noch nicht einmal erklärt, zu welchem Ergebnis Sie eigentlich in dieser Frage gekommen sind.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben alles offengelassen, haben gesagt, da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Ich sage Ihnen hier noch einmal in aller Deutlichkeit, Herr Adamietz, auch Sie haben einen gravierenden Fehler gemacht: Sie können in diesem Punkt nicht so tun, als ob jemand, der im Senat ist, deswegen unter das Umzugskostenrecht fällt, weil es in Paragraph 16 diesen Querverweis gibt, sondern natürlich müssen die Tatbestände auch vergleichbar sein. Nicht die Tatsache, daß ich Senator bin, stellt mich unter dieses Recht, sondern die begründenden Unterlagen für die Erstattung der Umzugskosten müssen vergleichbar sein.

Da sage ich Ihnen eben nochmals in aller Deutlichkeit, ein Beamter, der hier eingestellt wird und von außerhalb kommt, der kommt, weil er hier eingestellt werden soll und worden ist. Frau Senatorin Gaertner ist hier nicht gekommen, weil sie Senatorin werden sollte, sondern weil sie sich die Passivlegitimation, das Wahlrecht für die Bürgerschaft, hier erhalten mußte auf Wunsch des Bürgermeisters und der sie tragenden Parteien.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Das ist und bleibt der gravierende Unterschied. Wenn Sie das bitte zur Kenntnis nehmen würden! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Nölle**: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Klink.

**Präsident Dr. Klink**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen vom Abgeordneten Teiser fand ich ungeheuerlich, was er zum Bürgermeister gesagt hat!

(Beifall bei der SPD)

Das sind Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit waren, die mit einem Untersuchungsausschuß geprüft wurden. Es ist fast nichts herausgekommen. Der Bürgermeister hat es in Ordnung gebracht, und dann stellt man sich hier hin und macht solche Vorwürfe! Ich finde das ungeheuerlich!

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Bruch mit unserer politischen Kultur, die so häufig von Ihnen beschworen wird.

Ich möchte noch ein Weiteres sagen zu den Krokodilstränen, die der Abgeordnete Weidenbach hier

(A) vergossen hat. Sicher, wenn Unkorrektheiten sind, muß es in die Öffentlichkeit gebracht werden, muß es geprüft werden und muß abgestellt werden, aber daß hier so ein Saubermann mit einer braunen Weste sich hinstellt und versucht, an die Moral zu appellieren, das ist ja wohl etwas, was uns alle in Schrecken versetzt!

Er verweigert dem Rechnungshof das Prüfungsrecht.

(Abg. Weidenbach [DVU]: Ich nicht!  
— Abg. Frau Blohm [DVU]: Das stimmt nicht!)

Der Rechnungshof hat bis heute nicht die Prüfung durchgeführt! Sie machen einen Griff in die Fraktionszuschüsse, um die privaten Entschädigungen aufzustocken. Die Fraktionsgeschäftsstelle wurde damals in München geführt, es wurde der Geschäftsführer mit Flugkosten eingeflogen. Wir hatten eine Parteienfinanzierung aus der Fraktionskasse, was vom Rechnungshof gerügt wurde.

Frau Blohm müßte ja, wenn bei rechtlich ungeklärten Verhältnissen sofort alles zurückgezahlt wird, sofort ihre ganzen Diäten zur Verfügung stellen, denn offenbar ist nach einer Entscheidung des Wahlgerichts, die noch nicht rechtskräftig ist — —.

(Abg. Weidenbach [DVU]: Vorsichtig!)

(B) Ja, ich sage aber auch hier, es ist eine unklare Situation, bitte, dann zahlen Sie auch sofort zurück!

(Beifall bei der SPD)

Die Deputationssitze der DVU sind im Verhältnis zu ihren Abgeordneten die meisten, und die Arbeit ist am wenigsten,

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN  
und bei der FDP)

und Sie stellen sich hin und sprechen von Sparen! Sie stecken bis zum Hals im Dreck und können sich hier nicht sauberreden. Das nimmt Ihnen die Öffentlichkeit nicht ab!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN  
und bei der FDP)

**Vizepräsident Nölle:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. Kudella (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was sich der Präsident der Bremischen Bürgerschaft eben an Wertungen geleistet hat — —.

(Abg. Schmurr [SPD]: Abgeordneter!)

Der Abgeordnete Klink ist der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, und dieses Amt können Sie nicht voneinander trennen!

(C) Meine Damen und Herren, das war die wirklich ungeheuerliche Entgleisung eines Abgeordneten, der um sein Amt als Präsident der Bürgerschaft innerhalb der SPD-Fraktion kämpft.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Klink, die Äußerungen gegenüber dem Kollegen Teiser weise ich hier auf das schärfste zurück!

(Beifall bei der CDU — Präsident Dr.  
Klink: Er soll sich entschuldigen!)

Ihnen steht es hier nicht an, auch gerade nicht wegen Ihres Amtes, eine Bewertung des Untersuchungsausschusses vorzunehmen, bevor der überhaupt einen Bericht vorgelegt hat.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Deshalb ja!)

Daß da nichts herausgekommen ist, das glauben Sie doch wohl selbst nicht. Daß Herr Wedemeier Strom zum halben Preis bekommen hat, daß die Stadtwerke seine Zimmer gesponsert haben in Bonn wie in Bremen und ähnliche Dinge, ist doch unstrittig, und das wird man doch einmal sagen dürfen, wenn hier unter der Gürtellinie gegen die CDU Politik gemacht werden soll!

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau Fröhlich [SPD]: Das ist wirklich lachhaft!)

(D)

**Vizepräsident Nölle:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Blohm.

Abg. Frau Blohm (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Klink, Sie glauben doch wohl nicht, daß ich all diese Sachen, die Sie herausgeschrien haben, auf uns sitzen lasse! Ich habe niemals ein doppeltes Fraktionsvorsitzendengelt kassiert.

(Abg. Frau v. Schönfeldt [FDP]: Das hat er gar nicht gesagt!)

Wo unser Geschäftsführer herkommt oder wer er ist, wurde uns selbst gesagt, ist vollkommen schnuppe, wenn wir der Meinung sind, daß unser Geschäftsführer der beste für uns ist. Sie haben sogar gesagt, und wenn er aus Taiwan käme, wäre das unsere Angelegenheit.

(Beifall bei der DVU)

Daß wir uns vom Rechnungshof nicht prüfen lassen wollen, ist eine Lüge! Wir haben dem Rechnungshof mehrmals den Termin im Oktober gegeben, der vom Rechnungshof abgelehnt wurde. Wir haben uns 1991 prüfen lassen, der Rechnungshof war immer noch bei den Prüfungen von 1991 der anderen Fraktionen. Er war damit immer noch beschäftigt, suchte auch noch die halbe Million von der

(A) CDU, Geld, was wir überhaupt nie in den Fingern gehabt haben.

(Lachen bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben von Anfang an gesagt, wenn der Rechnungshof mit der Prüfung 1991 der anderen Fraktionen fertig ist, können sie bei uns gern wieder anfangen. Wenn der Termin abgelehnt wird, ist es überhaupt nicht unsere Sache.

Die Abkocher und die, die Gelder verschleudern, sind nicht wir als kleine Gruppe oder als kleine Fraktion, wenn ich daran denke, daß die etablierten Parteien im Jahr 3,8 Milliarden DM für sich verschleudern.

(Zurufe: Was?)

In unserer Republik 3,8 Milliarden DM!

(Unruhe und Zurufe)

Dies sind Steuergelder, wo auch nicht genau geprüft wird, wo sie hingehen.

(Präsident Dr. Klinik: Sicherheitszuschlag ist auch Steuergeld!)

Es muß geprüft werden, und es kann vom Rechnungshof geprüft werden, ob dies seine Richtigkeit hatte oder nicht. Vorab verurteilen lassen wir uns nicht! — Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der DVU)

**Vizepräsident Nölle:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dittbrenner.

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nichts dagegen, wenn es auch einmal lebhaft hier zugeht, das bereichert ja vielleicht auch so manche Debatte. Nur, Kollege Teiser, in allem Ernst: Die Tatsache, daß Sie als Mitglied des Untersuchungsausschusses hier von Erschleichen sprechen und damit den Bürgermeister namentlich benennen, ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich habe das bisher immer so begriffen, wenn es etwas zum Aufklären gibt, daß die Instrumentarien, die wir dafür haben, auch genutzt werden. Ich habe diesen Untersuchungsausschuß auch so begriffen, und wenn ich es richtig weiß, ist man gerade dabei, die Bewertung und den Bericht zu erstellen. Jetzt im Vorwege bereits eine entsprechende Vorverurteilung vorzunehmen ist für die SPD-Fraktion nicht zu akzeptieren. Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück!

(Beifall bei der SPD)

Weitere Bemerkung! Herr Kollege Kudella, die Tatsache, daß der Präsident dieses Hauses in seiner Eigenschaft als Abgeordneter hier das Wort nimmt, ist das gute Recht dieses Abgeordneten.

(C)

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Wenn wir uns darauf verständigen wollen, daß die Mitglieder des Präsidiums keine öffentlichen politischen Erklärungen mehr abgeben sollen, dann ist das ein Thema, worüber man grundsätzlich reden kann, dann gilt das allerdings nicht nur für dieses Haus, dann gilt das auch für die Öffentlichkeit, wenn ich das richtig gelesen habe, was der Vizepräsident dieses Hauses auf einer CDU-Veranstaltung in Bremen-Vegesack gesagt hat.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Nölle:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn ich bestimmt dazu beigetragen habe, daß das hier hochkocht, finde ich, jetzt ist ein Punkt erreicht, wo man das einmal wieder langsam in den Griff bekommen muß, und zwar gilt das, glaube ich, so ziemlich für alle Fraktionen hier.

Man muß aufhören mit einer Abrechnung, wer nun was wo gesagt oder gemacht hat oder wer Schwierigkeiten mit welchen Geldern hatte. Ich finde, das Parlament muß ein Signal nach außen senden. Es gilt ja auch für die meisten Fraktionen in diesem Haus, daß man sich einig ist, daß man mit öffentlichen Mitteln, die wir alle beziehen, besonders sorgfältig umgeht, und wenn es da Probleme gibt, daß man darüber redet und Schwierigkeiten oder Fehler abstellt.

(D)

Das muß das Signal von Politik nach außen sein und nicht, der eine erzählt dem anderen, wer was wem wie erzählt hat, wer wo welche Mittel wie verwendet hat und immer so weiter. Ich finde, das ist eine Beschädigung von Politik insgesamt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich weiß überhaupt nicht, wer hier daran Interesse haben kann, wirklich nicht, auch die DVU eigentlich nicht. Sie werden viel schneller wahrgenommen als Teil eines Politikbetriebes, als Ihnen recht ist. Ich bitte darum, mit Problemen und Fehlern so umzugehen, daß eben nicht draußen der Eindruck hängen bleibt, hier sitzt ein Haufen von 100 Leuten, die nichts anderes im Kopf haben, als sich zu bereichern. Ich kenne viele, die ziemlich hart arbeiten, und mit dem Verdienst ist es auch nicht so, daß man sagen kann, hier ist die Bereicherung im Gange. Das soll man sich dann auch nicht gegenseitig unterstellen.

Es ging bei dieser Bürgerschaftsdebatte um die Umzugskosten für Frau Gaertner, und ich finde den

(A) Standpunkt zu sagen, daß sich das Parlament hier nicht in einen Verwaltungsakt, bei dem schwierige rechtliche Probleme gegeneinander abgewogen werden, einmischen kann, nach wie vor richtig. Darum ging es und nicht um eine Schlammschlacht.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

**Vizepräsident Nölle:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 13/610 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und DVU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, DIE GRÜNEN, FDP und NK)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Meine Damen, meine Herren, ich unterbreche die Bürgerschaftssitzung bis 14.30 Uhr.

(B) (Zurufe)

Ich höre Widerspruch, wir verständigen uns auf 14.45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.15 Uhr)

\*

Vizepräsident Nölle eröffnet die Sitzung wieder um 14.58 Uhr.

**Vizepräsident Nölle:** Meine Damen, meine Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

### Strukturveränderungen bei der Deutschen Bundespost und beabsichtigte Schließung von Postämtern

Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN vom 13. September 1993 (Drucksache 13/640)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Töpfer.

(C) Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich mit Kollegen von der Post unterhält, dann bekommt man die Antwort, daß der nächste große Knall bevorsteht. Mit dem ersten Knall war die Zerschlagung der Post in drei Bereiche gemeint, Telekom, Postbank und gelbe Post. Nun erfolgen die nächsten Schritte. Sie werden eingeleitet mit der Schließung von einigen tausend Postämtern in der Bundesrepublik. Danach steht eine weitere strukturelle Veränderung an, besser gesagt, eine weitere Zersplitterung der gelben Post in mehrere Bereiche, auf die ich gleich noch einmal zu sprechen komme.

Wir sind als SPD-Fraktion nicht bereit, diese einschneidenden Veränderungen, die nicht nur ältere oder gehbehinderte Bürger betreffen, sondern auch strukturpolitische Folgen nach sich ziehen, so widerstandslos hinzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Nun der Reihe nach: Schließung zahlreicher Postämter in Bremen und Bremerhaven! Die Post hat vor, in Bremen-Stadt acht, in Bremen-Nord drei, in Bremerhaven ebenfalls drei Postämter zu schließen. Ab kommender Woche soll diese Maßnahme bereits in Bremerhaven vollzogen werden. Deshalb unser Dringlichkeitsantrag, deshalb ist es auch unsere Bitte gewesen, das Thema heute noch zu behandeln. Ich sage auch ein Dankeschön in Richtung Union, daß sie einverstanden war, daß wir dieses Thema heute noch debattieren können.

(D) Ich will vorweg sagen, bevor ich auf die einzelnen Schließungsmaßnahmen eingehe, daß sich keiner von uns in der Fraktion dagegen sperrt, wenn es durch Umorganisationen zu besseren Angebotsstrukturen bei der Post kommt, die Post attraktiver wird, wie zum Beispiel Banken und Sparkassen.

(Vizepräsidentin Bernbacher übernimmt den Vorsitz.)

Aber es ist unverständlich, daß sich Postbank und gelber Postdienst darüber streiten, wie sie ihre Filialnetze aufbauen und wie sie attraktiver werden können, anstatt sich darüber gemeinsam Gedanken zu machen, wie man den Service gegenüber dem Bürger verbessern kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir sperren uns dagegen, wenn man auf dem Rücken der Bürger, ohne Rücksicht auf Bedenken aus der Wirtschaft, auch das möchte ich hier anführen, und ohne Einschaltung der Politik vor Ort Entscheidungen trifft, die so nicht nachzuvollziehen sind. Ich nenne gleich drei Beispiele.

Wir können auch nicht akzeptieren, daß in den Sommerferien die Ämterauflösung bekanntgemacht wird, Proteste dagegen lapidar oder gar nicht beantwortet werden, weil gerade der Präsident der Post-

(A) direktion Bremen sich im Urlaub befindet. So kann man doch nicht mit Initiativen aus dem Parlament umgehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Nun konkret zu den Schließungen! Grundlage der Entscheidung, so die Post, ist das Konzept des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen für die künftige Postversorgung auf dem Lande. Der Deutsche Bundestag hat dieses Konzept am 2. Dezember 1981 behandelt und ohne Gegenstimmen zur Kenntnis genommen. Ich betone, ein Konzept für die Post auf dem Lande und ein Konzept von vor zwölf Jahren werden zur Grundlage einer Entscheidung 1993 herangezogen und auch auf Großstädte übertragen. Sitzen da noch Leute mit Verstand, muß man fragen!

Grundlage war ursprünglich, einen Radius von 1,5 Kilometer um jedes Postamt zu ziehen, und dann wurde dieser Radius auf zwei Kilometer erweitert. Ich halte einmal eine Zeichnung hoch. So einfach hat sich das die Post gemacht, sie hat gesagt, danach sind Postämter zuviel. Wir finden, so einfach geht das nicht, so etwas können wir als Politiker nicht hinnehmen, deshalb unser Widerstand!

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich möchte auf drei Beispiele eingehen: ein Beispiel aus Bremen-Stadt, eines wegen der Neutralität aus Bremerhaven/stadtbremisches Überseehafengebiet und ein weiteres aus Bremerhaven.

Lassen Sie mich das Beispiel Arsten hier in Bremen-Stadt nennen! Dort wird kein Rückgang an Tätigkeiten festgestellt, eine konstante Auslastung des Postamtes, außerdem werden dort 1 500 Wohneinheiten zusätzlich geplant zu den jetzt dort vorhandenen Wohngebieten, so viel Wohnungsbau wie in keinem anderen Ortsamtsbereich, und nun will die Post dort das Postamt aufgeben, wo gerade vor ein paar Jahren genau an dieser Stelle ein altes, sehenswertes Haus abgerissen worden ist auf Druck der Post! Dies hat viel Ärger gegeben. Nun geht die Post weg, obwohl sie dort einen Vertrag bis zum Jahr 2003 hat. Das ist aus unserer Sicht unverständlich und widerspricht auch einer vernünftigen infrastrukturellen Versorgung.

(Beifall bei der SPD)

Das Beispiel Bremerhaven/stadtbremisches Überseehafengebiet! Im gesamten stadtbremischen Überseehafengebiet gibt es keine Poststelle, kein Postamt. Auf Bremerhavener Gebiet in der Nähe des Hafeneingangs befindet sich ein Postamt, das geschlossen werden soll. Die Hafenkundschaft wehrt sich dagegen. Ich weiß, daß Senator Beckmeyer bei der Postdirektion war und auch mit Bonn Kontakt aufgenommen hat. Dies ist nicht hinzunehmen, auch im Interesse der Wirtschaft, gar nicht einmal nur im

(C) Interesse von kleinen und mittleren Bürgern. Die Post sagt, zwei Kilometer Radius reicht aus, hier werden aber acht bis zehn Kilometer nicht abgedeckt bei dem Beispiel dieses Postamtes in der Rickmersstraße in Bremerhaven.

Oder das Beispiel Nordstraße in Bremerhaven! In einem Gebiet, wo jetzt die Amerikaner 700 Wohnungen freimachen werden, wo also 1 000 bis 1 500 Einwohner hinzukommen, auch durch weitere Maßnahmen der Lückenbebauung, da schließt ausgerechnet die Stadt das Postamt.

(Zuruf: Die Post!)

Entschuldigung, die Post!

Natürlich waren die Amerikaner vorher nicht die Kunden, aber man muß doch, wenn man schon wirtschaftlich tätig werden will von seiten der Post, eine solche Entwicklung mit im Auge haben und kann nicht ein solches Amt schließen.

(Beifall bei der SPD)

Unseres Erachtens hat auch die Post gegen ihre eigenen Richtlinien verstoßen. Ich zitiere da die Richtlinie aus einem Amtsblatt von 1992: „In letzter Zeit ist wiederholt Klage geführt worden, daß die Gemeinden beziehungsweise die Öffentlichkeit zu spät über Änderungen der Stellenorganisation informiert worden seien. Ich bitte, eine rechtzeitige und in der Sache ausreichende Information in geeigneter Weise sicherzustellen. An eine solche Information müssen als Mindestanforderung gestellt werden: In zeitlicher Hinsicht Mitteilung mindestens drei Monate vor Änderung.“

Meine Damen und Herren, jeder von uns, der das verfolgt hat, weiß, daß dies von seiten der Post nicht durchgeführt worden ist. Darum finden wir, dies ist mit ein entscheidender Grund, die Sache vorerst zu stoppen und ausführlich mit der Post über Alternativen nachzudenken.

(Beifall bei der SPD)

Nun haben wir als Parlamentarier, der Kollege Schmurr und ich, so unsere Erfahrungen mit der Post gesammelt. Wir haben vor vier Wochen Briefe geschrieben, Herr Schmurr als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, gestern kam die Antwort. Vier Wochen hat es gedauert! Wir als Fraktion hier im Haus wollten sofort wissen, wie sich die Post Schließungsmaßnahmen vorstellt. So lange hat es gedauert, vorher bekam man lapidar Pressemitteilungen zugeschickt!

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Und freie Briefmarken!)

Und freie Briefmarken! Richtig, Frau Hammerström!

Ich will ein weiteres Beispiel vortragen. Ich habe an die Postdirektion Bonn geschrieben, an die Gene-

(C)

(D)

(A) raldirektion Bremen und an das Hauptpostamt in Bremerhaven. Von Bonn habe ich die Antwort bekommen: Ja, generell ist das die Vorgabe, zwei Kilometer, aber die Entscheidung vor Ort wird in der Direktion in Bremen getroffen. Die Direktion Bremen hat mir geschrieben: Das stimmt zwar als Vorgabe von oben, aber im Einzelfall gibt Ihnen der Leiter des Hauptpostamtes Bremerhaven Auskunft. Dann bin ich dahin gegangen, und da hat man mir gesagt, man könne das auch nicht begründen, das wären Vorgaben von oben. Ich finde, meine Damen und Herren, so geht das nicht, das an die Adresse der Post!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Jetzt, nachdem unser Dringlichkeitsantrag bekanntgeworden ist, kommen erste detaillierte Stellungnahmen, die aber auch nicht befriedigend sind. Herr Kollege Schmurr hat eine Antwort bekommen, ich mittlerweile auch.

Nun zum nächsten Punkt, und das ist der Punkt drei in unserem Antrag! Die Post soll darüber hinaus 1994 weiter umorganisiert werden. Über 216 Postämter, also Zentralämter, sollen aufgelöst werden. Die gelbe Post wird noch einmal zerteilt in die Fachsparten Brief, Fracht, Schalterdienst und Verwaltung/Organisation, bis in den letzten Winkel der Republik.

Wenn man diese Vorstellung mittlerweile kennt, und ich kenne sie, bedeutet das, daß zum Beispiel die Stadt Bremerhaven das Hauptpostamt verlieren würde, daß in Bremerhaven nur noch Leute des einfachen und mittleren Dienstes angesiedelt sein würden, die die Briefkästen leeren und die Fahrzeuge pflegen. Alles das, was höherrangig ist, bis hin zu den Ausbildungsplätzen, die uns verlorengehen, wird aus Bremerhaven verlegt in andere Städte.

(B) Das kann nicht hingenommen werden, wenn man sieht, daß Osnabrück und Oldenburg derartige Kernämter erhalten und für Bremerhaven die Oberpostdirektion, so hieß sie früher, die Postdirektion dies nicht vorgesehen hat! Eine Stadt dieser Größenordnung ist für die Post passé, das können wir nicht akzeptieren. Hier hat auch die Post eine strukturelle Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage, daß wir dagegen auch noch besonders Widerstand leisten. So hat auch die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven vor ein paar Tagen einstimmig, ich betone einstimmig, einem entsprechenden Initiativantrag der SPD zugestimmt, der ähnlich lautete wie der Antrag, den wir hier heute behandeln. Wie gesagt, einstimmig!

Ich plädiere dafür, daß auch wir in diesem Hause einstimmig unseren Antrag verabschieden. Ich habe bewußt Schärfen gegenüber der Bundesregierung, gegenüber dem Postminister, weggelassen, weil es unserer Fraktion und mir darauf ankommt, hier eine Einstimmigkeit im Hause zu erzielen, um den noch

notwendigen Druck gegenüber der Post auszuüben, diese Vorhaben zunächst erst einmal zu stoppen und in Ruhe mit der Politik zu besprechen. — Danke schön!

(C)

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Braun.

Abg. **Braun (FDP):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist immer wieder überraschend, wie man innerhalb einer Koalition mit unterschiedlichen Überlegungen dann doch zu einem gemeinsamen Antrag kommt. Herr Töpfer, aus diesem Grunde werden sich unsere Beiträge heute sicherlich ein wenig unterscheiden, und ich bin ganz optimistisch, wir werden es aushalten.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Ja, glaube ich auch!)

Ich finde es immer problematisch, wenn man mit Leuten sprechen will und sie vorher beschimpft, weil meistens das Ergebnis dann anders ist, als wenn man unvoreingenommen in ein Gespräch geht. Das vielleicht zu der Frage Verhandlungen mit der Post!

Ich finde es ganz interessant, wenn Sie, Kollege Töpfer, die Behördenmentalität der Post kritisieren und sagen, auf ein Schreiben mußten Sie vier Wochen warten, bevor Sie eine adäquate Antwort bekommen haben. Genau das war der Punkt, warum wir stark für die Privatisierung eingetreten sind und uns immer sicher waren seit 1981, daß die Sozialdemokraten in dieser Frage an unserer Seite waren.

(D)

Ich gehe einmal davon aus, daß man, wenn man die gegenwärtige Diskussion hier im kommunalen Bereich und auf Bundesebene verfolgt, unterscheiden sollte zwischen Verfahrensmängeln, die es in der Tat zu kritisieren gibt — hinsichtlich der Vorgehensweise stimme ich mit Ihnen überein —, und inhaltlichen Fragestellungen, die doch etwas grundsätzlicher erörtert werden müssen, nämlich vor dem Hintergrund, wie es mit der Post schlicht weitergeht.

Sie wissen genauso gut wie ich, und das hätten Sie vielleicht auch ein wenig in Ihren Beitrag einbeziehen sollen, daß es der Post betriebswirtschaftlich außerordentlich schlecht geht. Man kann nicht in theoretischen Zirkeldiskussionen immer von Privatisierung sprechen, und wenn es dann zu Hause ernst wird, sagen, bei uns soll eigentlich nichts geändert werden, das kann ja woanders sein. Dieses Sankt-Florians-Prinzip ist schon gefährlich, und es ist vor allen Dingen, das sage ich ganz offen, populistisch.

(Beifall bei der FDP)

Die berechtigten Interessen sind in Arsten genauso vorhanden wie in Oberbayern und vor allen Dingen in Flächenstaaten. Wir müssen uns hier einfach dann auch einmal als Politiker bekennen und sagen, liebe Bürger, das, was einmal gewesen ist, hat zu be-

- (A) triebswirtschaftlich nicht vertretbaren Ergebnissen geführt. Letztlich, sage ich, ist diese Diskussion wahrscheinlich wesentlich ehrlicher und am Ende auch für den Bürger besser. Was steht denn dahinter, wenn wir diese Poststruktur behalten? Es steht dahinter eine Gebührenentwicklung, die für den Bürger viel mehr soziale Härten beinhaltet als vielleicht die Auflösung eines Postamts. Ich glaube, das deutlich zu machen ist auch einmal ganz wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man die Diskussionen im Moment verfolgt, muß man einfach auch ein paar Fakten hier zugrunde legen. Wie sieht es denn aus mit der Post? Die Kundennachfrage ist in den vergangenen Jahren um rund 30 Prozent zurückgegangen.

(Abg. Frau **Hammers tr ö m** [SPD]: Ja, warum!)

Sie können natürlich sagen, weil die Angebotsstruktur beibehalten worden ist. Ich sage Ihnen ganz offen, die Kundennachfrage ist deshalb zurückgegangen, weil die Post auf der einen Seite sich ständig in ihrem Service korrigieren mußte und auf der anderen Seite natürlich die Angebote, die gefordert wurden, in dem Maße nicht vorhalten konnte.

- (B) Aber das ist nicht nur eine Frage, Frau Hammerström, eines dichten Postnetzes, sondern das ist auch eine Frage der Qualität des Angebotes. Die Qualität des Angebotes entwickelt sich nur, wenn die Post in den Wettbewerb gestellt wird, denn dann entscheidet der Markt und nicht bürokratisch organisierte Vorgehensweisen, die Herr Töpfer ja zu Recht kritisiert hat.

Zweitens: Die Bundespost ist im besonderen Maße nach Trennung der drei Postbereiche dazu verpflichtet, und das ist ja ihr Auftrag, alle Möglichkeiten zur Verringerung der Betriebskosten auszuschöpfen, gerade auch zu einer kalkulierbaren Entwicklung der Gebühren. Dazu gehört natürlich automatisch auch die Schließung von Postämtern, die nach betriebswirtschaftlichen Kennziffern einfach nachweisbar unrentabel geworden sind. Daß das in Einzelfällen soziale Härten beinhaltet, ist nicht zu verhindern.

Ich sage auch, man muß über das Verfahren und über die Ausgestaltung und den Interessensausgleich mit der Post sprechen, und ich kritisiere auch, daß die Post letztlich das gemacht hat, was man eigentlich nicht will, nämlich monopolmäßig sich verhalten hat, und letztlich ohne die Diskussion mit den Gebietskörperschaften, mit den Beiräten et cetera solch einen Maßnahmenkatalog versucht hat durchzusetzen. Deswegen ist für mich dieser Antrag, und nur deshalb haben wir diesen Antrag unterschrieben, ein Appell, ins Gespräch zu kommen und gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen, wenn sie im Rahmen der Überlegungen der Post hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Bewertung auch hineinpassen.

- (C) Die Entscheidung für die Schließung von Postämtern geht ja letztlich auf einen Beschluß, Herr Töpfer, der sozialliberalen Koalition zurück, daran kommen wir nicht vorbei. Nun wird es ernst, und nun können wir natürlich nicht abtauchen, sondern müssen auch in der Öffentlichkeit den Mut haben, bei bestimmten Postämtern dazu zu stehen und zu sagen, lieber Bürger, liebe Bürgerin, dieses Postamt ist unrentabel, wir können es nicht halten, zumal, das muß man auch sagen, der auch von Herrn Töpfer schon zitierte Radius von zwei Kilometern eigentlich ja zumutbar ist, so daß also insofern auch die Drohung, das kam ja manchmal so durch, daß letztlich nur noch ein Hauptpostamt in Bremen bestehen bleibt, nicht realistisch ist.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Busboom?

Abg. **Braun** (FDP): Ja, bitte!

Abg. Frau **Busboom** (SPD): Herr Braun, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß zum Beispiel im Postamt Arsten die Postzustellung und der gesamte Warenverkehr nicht um ein Prozent zurückgegangen sind? Sind Sie weiter bereit, zur Kenntnis zu nehmen, welche Vorgeschichte für den Bau dieses neuen Postamtes, das vier Jahre steht, es gegeben hat, und wie schwierig es war, überhaupt dieses Postamt dort hinzusetzen? Sind Sie bereit, auch zur Kenntnis zu nehmen, daß die Bürger und Bürgerinnen in Obervielnd, die sich sehr kooperativ verhalten, wenn es darum geht, 1 500 Wohneinheiten in dieses Gebiet hineinzubringen, von dieser Kooperation ein Stück zurückgehen könnten, wenn man so mit ihnen umgeht und über ihre Köpfe hinweg handelt?

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Braun** (FDP): Frau Kollegin Busboom, ich hatte ja gesagt, man muß hier unterscheiden zwischen einer inhaltlichen Diskussion über die Zukunft der Post und Verfahrensmängeln. Ich halte das, was Herr Töpfer hier beschrieben hat, eindeutig für den falschen Weg. Ich sage das einmal so überspitzt: Das halte ich genau für die Behördenmentalität, die wir nicht brauchen, die wir ja letztlich durch die Privatisierung ändern wollen.

(Beifall bei der FDP)

Ich meine, es muß in der Auseinandersetzung um die Schließung von Postämtern Gespräche geben mit Beiräten. Ich will mich hier nicht wiederholen, Frau Busboom, aber am Ende wird eine Entscheidung stehen. Am Ende wird auch eine Entscheidung stehen, die wir Politiker dann nach außen hin zu vertreten haben und die wir gegenüber den Bürgern auch deutlich machen müssen. Nur, wichtig ist, diese Entschei-

(A) dungskriterien müssen für den Bürger nachvollziehbar sein, und er muß dann erkennen können, daß hier das Versorgungsnetz, das die Post einmal angeboten hat, betriebswirtschaftlich letztlich nicht mehr darstellbar ist.

Meine Damen und Herren, laut Oberpostdirektion Bremen sollen von den 38 Postämtern im stadtbremischen Gebiet, ich klammere einmal Bremen-Nord aus, acht geschlossen werden. Hier muß man natürlich auch Vergleichszahlen anführen. Wenn man einmal den Stadtstaat Hamburg zugrunde legt, dort existieren 140 Postämter, und es sollen 42 geschlossen werden, also nahezu ein Drittel. In Bremen beschränkt sich das auf 20 Prozent.

Ich heiße das nicht gut, ich sage nur, daß im Rahmen einer Gesamtkonzeption natürlich partikuläre Härten entstehen, die müssen überprüft werden, die müssen diskutiert werden, und die müssen dann, wenn es notwendig ist, auch hingenommen werden, ich wiederhole mich noch einmal, um auch hinsichtlich der Gebührenstruktur letztlich dem Bürger keine zusätzlichen sozialen Härten zuzumuten.

Meine Damen und Herren, in dieser Diskussion vermissem ich auch, daß die Frage von Alternativen geprüft wird. Welche Möglichkeiten gibt es, das Postangebot bürgernah, vielleicht auch von bisherigen Strukturen weit entfernt, zu definieren? Da gibt es Überlegungen, die ich durchaus für realistisch halte, zum Beispiel Postagenturen einzurichten, die also quasi wie die Lotto- und Totoannahmestellen bürgernahe Dienste erbringen und letztlich damit also auch eine Kompensation zur bisherigen Struktur gewährleisten.

(B) Ich glaube, hier ist mehr Kreativität angesagt. Wenn diese Kreativität von der Post selbst nicht aufgebracht wird, müssen wir ihr einfach helfen und müssen auch, und da, Frau Busboom, stimme ich Ihnen zu, über Beiräte, über Bürger Vorschläge einbringen, um die Post in einen gewissen Rechtfertigungszwang zu setzen, um sich dort flexibel zu präsentieren.

Letztlich glaube ich, daß durch die breite Privatisierungsdiskussion bei der Post speziell hier Möglichkeiten sind, neue Potentiale zu erschließen und vielleicht dann auch am Ende der Post die Möglichkeit einzuräumen, die wir ihr einräumen wollen, daß sie ein bürgernahes und auch kostengünstiges Angebot macht. Auf keinen Fall, und das muß ich in aller Deutlichkeit sagen, können wir eine abstrakte Privatisierungsdiskussion führen und letztlich der Post nicht die Rahmenbedingungen einräumen, sich zu privatisieren, zu entwickeln. Ich glaube, hier müssen wir auch ein Stück Ehrlichkeit in die Diskussion einbringen. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

(C) Abg. **Röwekamp** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Eine Bemerkung nur kurz zu Herrn Braun: Wir haben die erfreuliche Lage, hier nicht nur argumentieren zu können, wie es vernünftig ist, sondern wir können glücklicherweise auch die richtigen Schlußfolgerungen daraus ziehen. Herr Braun, wir brauchen uns als innere Opposition einer Koalition nicht so zu verbiegen wie Sie und Anträge zu unterschreiben, bei denen Sie selbst davon überzeugt sind, daß erstens das Parlament nicht zuständig und zweitens inhaltlich das in allen Punkten auch nicht gerechtfertigt ist. Das freut uns jedes Mal, wenn Sie hier versuchen, eine Oppositionsrolle und den Marktwirtschaftler heraushängen zu lassen, aber dann doch Ihre Unterschrift unter Anträge setzen, die diesem Anspruch, den Sie verbal erheben, nicht gerecht werden.

(Beifall bei der CDU)

Was ist, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, Fakt? Fakt ist, Herr Braun, daß die Direktion Postdienst eine unternehmerische Entscheidung getroffen hat, nach der Poststellen und Postämter bundesweit, auch in Bremen und Bremerhaven, geschlossen werden sollen. Sie begründet dies, und das wird Ihnen, Herr Braun, ja auch zugänglich sein von Ihrem beruflichen Werdegang her, mit Einzeltransaktionskosten beispielsweise, die bis zu 100 Prozent über dem Durchschnitt europäischer Vergleichsinstitutionen liegen. Sie begründet dies mit einem Gesamtnachfragerückgang von 30 Prozent in den Jahren von 1988 bis 1990. Sie begründet dies für Bremen mit einem Kundenrückgang von pro Tag, auch in den Jahren 1990 bis 1993, 25 Prozent, in absoluten Zahlen von 20 850 auf 15 650. Sie begründet dies, insbesondere auf die Stellen bezogen, die geschlossen werden sollen, meine Damen und Herren, mit einem konkreten Nachfragerückgang von bis zu 38 Prozent in den zu schließenden Poststellen.

Meine Damen und Herren, sie verkennt nicht, aber sie berücksichtigt auch, daß bei der Schließung dieser 13 Filialen in Bremerhaven und Bremen insgesamt 1 200 Kunden, also 7,7 Prozent des Gesamtkundenpotentials, betroffen sind, die in Zukunft längere Wege zurücklegen müssen.

Meine Damen und Herren, wer sich diese betriebswirtschaftlichen Daten und Begründungen vor Augen hält, kann eine unternehmerische Entscheidung der Direktion Postdienst, meine ich, aus betriebswirtschaftlichen Gründen nur verstehen. Dies insbesondere, meine Damen und Herren, wenn man berücksichtigt, daß die Deutsche Bundespost ab 1997, wie wir es alle gewollt haben, auch im Bereich Postdienst nicht mehr Monopolstellung haben soll, haben wird, sondern Marktteilnehmer ist, ein Marktteilnehmer, der sich dem Wettbewerb mit anderen Unternehmen stellen muß, die effektiver und preisgünstiger Dienstleistungen anbieten können.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen jetzt voraus: In dieser Struktur, in der die Deutsche Bundes-

(A) post sich jetzt befindet, ist sie diesem Wettbewerb nicht gewachsen, ist sie auf diesem Wettbewerbsfeld nicht marktfähig. Die Zeit der Dinosauriermonopole, und das wissen wir nicht erst seit dem Dinosaurierboom, ist vorbei. Monopolistische Dinosaurier passen nicht mehr in die Zeit flexibler Märkte. Nicht eine Behörde, sondern angebotsorientierte Dienstleistungen, die flexibel sind, sind gefordert.

Meine Damen und Herren, deshalb kann ich auch nicht verstehen, daß Herr Töpfer hier mit Daten argumentiert, als ginge es da um A-9-Stellen, A-8-Stellen und A-11-Stellen, und da sollen Stellen abgebaut werden. Meine Damen und Herren, ich sage ganz deutlich, die Post wird sich privatwirtschaftlich organisieren müssen, um überleben zu können und um Gebührenerhöhungen, die in der Tat unbillige Härten wären, vermeiden zu können.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, einhergehen soll gerade unter diesem Aspekt bei der Deutschen Bundespost ein verbesserter Firmendienst, und deshalb kann ich die Kritik an diesem besonderen Postamt, das übrigens auch für mich zuständig ist und geschlossen wird, in der Rickmersstraße nicht verstehen.

Herr Töpfer, dieses Postamt hat nicht einmal Schließfächer für seine Firmenkunden und soll geschlossen werden. Es wird gerade für den Hafen — Sie sagen ja, da wird der Radius von zwei Kilometern nicht eingehalten, Herr Töpfer, in zwei Kilometern Umfeld ist soviel Wohnbebauung nicht, wie Sie gesagt haben — folgendes von Bedeutung sein: Was die Firmenkunden betrifft, das werden Sie ja auch wissen, wird die Deutsche Bundespost eine erhebliche Verbesserung herbeiführen, nämlich indem sie Firmenkunden in Zukunft besser beliefert und die Post abholt, die versandt werden soll. Firmenkunden, meine Damen und Herren, werden in Zukunft auf Poststellen nicht zurückgreifen müssen. Daher ist das ein schlechtes Argument.

Aber es wird auch stationäre Verkaufsstellen und mobilen Einsatz geben. Die Post wird sich an Orten präsentieren, wo sie bisher nicht ansässig ist. Sie wird dadurch den Radius zwar nicht mit Postämtern, aber mit Dienstleistungen, die die Bürger in Anspruch nehmen wollen, verkleinern können. Herr Töpfer, ich kann zwar verstehen, daß Sie vielleicht persönlich Probleme hatten, an Daten, Fakten und Begründungen heranzukommen, und wenn Sie von einer Institution zur anderen geschickt worden sind, spricht das übrigens auch für die Privatisierung, daß niemand zuständig ist und keiner Bescheid weiß. Aber ich kann Ihnen sagen, wenn Sie es gemacht hätten wie die CDU, wenn Sie sich Vertreter der Deutschen Bundespost in einen Fraktionsausschuß geholt hätten, dann hätten die da schon, Herr Töpfer, Rede und Antwort gestanden. Sie hätten Ihnen auch auf Ihre Fragen Antworten gegeben.

(Abg. Töpfer [SPD]: Warum wollten Sie denn nicht heute morgen debattieren?)

(C) Es ist immer die Frage, Herr Töpfer, welchen Weg man geht. Ich glaube, da müssen Sie noch ein bißchen dazulernen, was solche Gespräche betrifft. Sie müssen sich nicht zum Weltmeister im Briefeschreiben machen, Herr Töpfer, sondern Sie müssen versuchen, Gespräche zu führen und dadurch Verbesserungen herbeizuführen.

(Beifall bei der CDU)

Aber es war ja nicht das Anliegen von Herrn Töpfer, der Post einen Profit zu verschaffen. Meine Damen und Herren, richtig ist — —.

(Zuruf des Abg. Töpfer [SPD])

Herr Töpfer, hören Sie doch einmal zu, das bekommt Ihnen ja vielleicht ganz gut!

(Abg. Töpfer [SPD]: Nein, diese Scheinheiligkeit, die kann ich nicht ab!)

Ich sage zur Scheinheiligkeit gleich noch etwas, Herr Töpfer!

Richtig ist, meine Damen und Herren, daß in dieser Entscheidung, und das verkennen wir nicht, unbillige Härten liegen können, insbesondere für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das ist völlig klar. 1 200 Kunden sind betroffen, das sind zwar nur 7,7 Prozent, aber für jeden einzelnen bedeutet das eine unbillige Härte, wenn er in Zukunft weitere Strecken zum Postamt zurücklegen muß.

(D) Meine Damen und Herren, ich bin der Ansicht, daß es in Einzelfällen noch dazu kommen muß, daß Gespräche geführt werden, nur diesen ganzen Popanz, den Sie hier aufbauen,

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: 7,7 Prozent alte Menschen sind ein Popanz?)

die Landesregierung aufzufordern, mit der Bundesregierung in Verhandlung zu treten — —. Labern Sie doch nicht immer dazwischen, wenn Sie etwas zu sagen haben, melden Sie sich zu Wort!

(Beifall bei der CDU)

Entschuldigung, Frau Kollegin, wollten Sie jetzt etwas sagen?

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Ja, kleiner Wadenbeißer, das wollte ich zu Ihnen sagen!)

Ja, aber wissen Sie, der Vorteil der CDU-Fraktion ist, daß sie solche kleinen Wadenbeißer erträgt, insbesondere jüngere Leute in ihrer Fraktion hat und nicht nach irgendwelchen Quoten rufen muß, sondern bei uns kommen sie von selbst!

(Lachen bei der SPD)

(A) Sie werden ja vielleicht, Frau Kollegin, in zwei Jahren auch die Gelegenheit haben, sich mit innerfraktionären Wadenbeißern auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Herr Röwekamp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schreiber?

Abg. **Röwekamp** (CDU): Ja, bitte! Das ist vielleicht auch ein Wadenbeißer-Kollege!

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Bitte, Herr Schreiber!

Abg. **Schreiber** (SPD): Habe ich Sie richtig verstanden, Ihre Kunstformel lautet Privatisierung, und das steht für Wettbewerbsfähigkeit, Leistungsfähigkeit, Service? Wenn ich das zu Ende denke, können Sie mir dann folgen, daß der höchste Grad erreicht werden würde analog zu Spanien, wo wir eine hundertprozentige Privatisierung haben, wo sich der Bürger in der Zeit von Oktober bis Juni selbst die Post abholen muß?

(Heiterkeit bei der SPD)

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Kollege, es wird Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, daß die Zustellung von Postsendungen von dieser ganzen Maßnahme nicht betroffen ist.

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Daher kann ich das zwar taktisch verstehen, daß Sie nun der Ansicht sind, die Bundesregierung beschimpfen zu müssen, weil sie Ihnen den Postboten wegnehmen will, aber, lieber Herr Kollege, das ist wirklich nicht Sinn dieser Maßnahme. Lassen Sie mich das eben zu Ende führen, dann werde ich Ihnen auch sagen, worin eigentlich der Widerspruch in Ihrem Antrag besteht!

Meine Damen und Herren, wir sind der Ansicht, daß diese Landesregierung andere Aufgaben hat, als sich mit der Bundesregierung über das Postamt in der Langenstraße zu unterhalten. Das ist nicht Aufgabe dieser Landesregierung, womöglich würden Sie sich darüber auch noch in die Wolle geraten, was nicht gerade zur Handlungsfähigkeit im Außenverhältnis beitragen würde.

Aufgefordert, meine Damen und Herren, auch Frau Busboom, die ja offensichtlich eine große persönliche Betroffenheit hat, sind wir alle. In den Fällen, wo unbillige Härten sind, sind die Beiräte, die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven, die lokalen Abgeordneten, Beiratsmitglieder und Stadtverordneten aufgefordert, sich im Einzelfall dafür einzusetzen. Aber, meine Damen und Herren, wenn ein Landesparlament die Landesregierung auffordert, die Bundesregierung mit einzelnen Postamts-

schließungen zu überziehen, ich denke, daß das ein wenig über das Ziel hinausschießt. (C)

(Beifall bei der CDU — Glocke)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Herr Röwekamp, nehmen Sie noch eine Zwischenfrage an?

Abg. **Röwekamp** (CDU): Ja, es leuchtet hier noch nichts, ich nehme gern noch eine Zwischenfrage an.

(Abg. Frau **Hammerström** [SPD]: Ja, da leuchtet wirklich nichts!)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Bitte, Frau Busboom!

Abg. Frau **Busboom** (SPD): Meinen Sie nicht, Herr Abgeordneter, daß eine Landesregierung und ein Landesparlament sich sehr wohl für die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger einzusetzen haben?

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich schätze Ihren Einsatz in dieser Frage sehr. Ich würde mir wünschen, daß Sie sich in vielen anderen Fragen genauso intensiv einsetzen würden für die Belange des Landes und der Bürger wie bei diesem Postamt!

(Beifall bei der CDU — Abg. **Schmurr** [SPD]: Seien Sie beruhigt, das tut sie!)

Ich habe das allerdings zum ersten Mal erlebt, daß Sie sich eingesetzt haben für eine Sache hier im Parlament! (D)

(Unruhe bei der SPD — Abg. **Töpfer** [SPD]: Schnösel!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie doch einmal wieder ein wenig Ruhe einkehren!

(Glocke)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Etwas mehr Ruhe für den Redner!

Abg. **Röwekamp** (CDU): Es hat ja keinen Zweck, daß Herr Töpfer hier beschwört, er würde Schärfen herauslassen, und Sie holen die dann in der Debatte nach durch widerliche Zwischenrufe.

(Abg. **Töpfer** [SPD]: Das ist die Schule von Teiser!)

Meine Damen und Herren, ich kann die Aufregung ja verstehen, insbesondere wenn es um die Scheinheiligkeit geht, Herr Töpfer. Ich möchte Ihnen zitieren, das kennen Sie doch bestimmt auch, einen Artikel aus der „Norddeutschen Zeitung“, der sich mit diesem Thema der Postamtsschließungen befaßt. Da wird ja ein geschätzter Kollege von Ihnen zitiert.

(Abg. **Schmurr** [SPD]: Der ist nicht geschätzt! Das können Sie einmal zur Kenntnis nehmen!)

(A) Mit der Erlaubnis der Präsidentin würde ich das ganz gern einmal vorlesen. Da heißt es unter anderem:

„Aus der notwendigen Einschränkung das Beste gemacht zu haben, attestierte der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion“ — Sozialdemokratische Partei Deutschlands, der gehören Sie auch an, Herr Töpfer — „für Post und Telekommunikation, Arne Börnsen, der Post.“ Er sagt weiter: „Die Schließung der Postämter Lindenstraße und Oberreihe ist schmerzhaft für die im Umfeld wohnenden Bürger, kann aber unter den gegebenen Umständen hingenommen werden.“

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Der spinnt genauso wie Sie!)

Börnsen ließ keinen Zweifel daran, daß er die Notwendigkeit zu Einsparungen anerkennt. Der Rückgang der Kundennachfrage bei den Postämtern zwingt die Bundespost, die Zahl der Postämter zu überprüfen. Der Infrastrukturrat der Deutschen Bundespost, dem ich angehöre, hat dies grundsätzlich akzeptiert.“

Meine Damen und Herren, ich finde es unerträglich, wie Sie auf der Bundesebene immer wieder versuchen, wichtige Entscheidungen zu transportieren und dann in jedem Parlament, in jeder Kommune, an jedem Ort solche Beschlüsse bekämpfen. Meine Damen und Herren, das ist kein Beweis von politischer Glaubwürdigkeit!

(B) (Beifall bei der CDU — Abg. T ö p f e r [SPD]: Warum habt ihr dann in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag mitgemacht?)

Wenn Sie zu den Beschlüssen stehen, die Sie gefaßt haben, dann kann es aber im Endeffekt nicht zu einem solchen Antrag hier im Landesparlament kommen.

Kurzum, ich komme zum Schluß, das Anliegen, das Sie verfolgen, habe ich nicht in Abrede gestellt, trotz der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit, unbillige Härten im Einzelfall zu vermeiden, das ist richtig und vernünftig. Es gehört nicht ins Landesparlament, es gehört nicht in die Landesregierung, und, mit Verlaub, es gehört nicht in die Bundesregierung. Kümmern Sie sich lieber vor Ort darum, da können Sie mehr bewirken, mehr Gespräche führen, als wenn Sie sich hier populistisch in die Bürgerschaft stellen! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Beck.

Abg. Frau Beck (DIE GRÜNEN)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, manchmal bin ich etwas verwirrt über den Zustand Ihrer Fraktion. Wenn Herr Dr. Schrörs diskutiert,

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

vermittelt er mir fast den Eindruck, als ob die Stamokap in Ihren Reihen sitzen würde, denn er fordert ständig den Senat auf, hier die Wirtschaftspolitik zu machen, als ob es hier um eine Stamokappolitik gehen würde, und jetzt, wo es um Fragen von Daseinsvorsorge geht, werfen Sie auf einmal dem Parlament und unseren Fraktionen vor, wir würden uns um die Belange der Stadt zu sehr kümmern. Ich finde das etwas widersprüchlich!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD — Abg. B r a u n [FDP]: Was ist denn Stamokap?)

Das können Sie doch bitte draußen in der Lobby erklären!

Ich möchte noch eine Vorbemerkung machen! Eben ist das auch in den Zwischenfragen schon angeklungen. Wir selbst geben ja zu, daß Privatisierung auch für Teile des öffentlichen Dienstes, wo Apparate immer schwerfälliger und damit auch immer teurer geworden sind und den Bürgern und Bürgerinnen nicht mehr so dienen, wie sie es tun sollten, nicht grundsätzlich abzulehnen ist.

Wenn aber der Erfolg der Privatisierung bedeutet, daß schlichtweg Dienstleistungen abgebaut werden und wieder zuungunsten des schwächeren Teils der Bevölkerung, darauf möchte ich gleich noch kommen, dann kann man Privatisierung nicht mit Fug und Recht fordern und vertreten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn man sich überlegt, daß sich jahrelang in Bremen die größte und teuerste Baustelle in Bahnhofsnähe bei der Post befunden hat, wenn ich richtig erinnere, mit Kosten von etwa 180 Millionen DM, wenn wir gleichzeitig hören, daß diese Investition nicht länger als fünf Jahre Bestand hat, und wenn man das in Zusammenhang setzt damit, daß jetzt Postämter geschlossen werden müssen, haben natürlich die Bürger das Recht, sich zu fragen, was da in der Post eigentlich los gewesen ist. Daß sie das Gefühl haben, hier werden Millionen in den Sand gesetzt, und sie werden jetzt dazu gezwungen, mit dem Bus oder überhaupt nicht mehr die Post zu erreichen, weil die Poststellen, die für sie erreichbar waren hier vor der Tür, zugemacht werden müssen, den Zusammenhang kann man ja auch nicht ganz bestreiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich frage mich immer, wer eigentlich jemals in der Post für diese Fehlinvestition zur Rechenschaft gezogen wird, wahrscheinlich niemand. Das ist dann wieder ein Problem von öffentlich-rechtlichen Institutionen, aber das ist eigentlich unglaublich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP — Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Sie sind ja eine richtige Privatisiererin!)

(C)

(D)

(A) Jetzt zur Frage der Privatisierung der Post! Herr Braun, Sie haben sehr stark den betriebswirtschaftlichen Teil hervorgehoben, aber, und ich finde, darauf müssen wir bestehen, und Sie haben das in dem Antrag ja auch mit bezeugt, es geht nicht nur um Betriebswirtschaft, sondern die Post hat auch einen Infrastrukturauftrag, und um den geht es.

Es kann also nicht darum gehen, solche betriebswirtschaftlich motivierten und nicht zu bestreitenden Tatsachen jetzt in dieser Form auszuführen, daß man einen Zirkel in die Hand nimmt, den ansetzt und einen Radius von zwei Kilometern zu schlagen. Es scheint ja tatsächlich so gemacht worden zu sein, wenn man sich die Karten ansieht, statt zu überlegen, was sind das für Wohngebiete, wie sind die besiedelt, was für eine Bevölkerungsstruktur befindet sich in diesen Wohngebieten, welche Ausweichmöglichkeiten gäbe es bei einer Schließung, mittels eines leicht zu erreichenden Busses oder einer Straßenbahn die nächste Postdienststelle zu erreichen.

Wenn diese Überlegungen nicht vorgenommen werden, sondern mit einem technischen und mechanischen Verfahren mittels des Zirkels jetzt die Stellen ausgewählt werden, die geschlossen werden, ist das kein guter Privatisierungseinstieg,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

denn wir erhoffen uns ja mit Privatisierung immer intelligente Lösungen, von denen so oft geredet wird. Das ist kein guter Einstand gewesen, würde ich sagen.

(B) Jetzt noch einmal zu der Frage, wer wird betroffen! Das scheint mir wirklich eines der Hauptprobleme von Privatisierungen zu sein, daß immer der schwächere Teil der Bevölkerung unten durchzurutschen droht, weil die betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnungen voll durch- und zuschlagen. So auch wohl bei der Post!

Ich habe mir erklären lassen, daß etwa 70 Prozent aller Postleistungen Bankleistungen sind. Wenn diese Postdienststellen geschlossen werden, wird vor allen Dingen dieser Kundenkreis betroffen. Das sind nicht die gut Betuchten, die ihr Sparbuch und ihr Girokonto bei der Post haben, die gehen nämlich zur Deutschen Bank oder zur Dresdner Bank oder sonstwohin, sondern es sind schwerpunktmäßig die Menschen mit kleinen Einkommen, die Rentner, auch die Sozialhilfeempfänger, die ja von den privaten Banken nicht gut behandelt werden, wie wir wissen. Das sind diejenigen, die mit ihren Postdienstleistungen betroffen werden, die ihnen vorenthalten werden, wenn die Post schließt.

Ich will das ruhig einmal weiterspinnen. Dann sagen wir, das ist ja überhaupt kein Problem, sollen sie sich doch in die Straßenbahn setzen und zur nächsten Postdienststelle fahren! Aber wir wissen, daß Sozialhilfeempfänger, wenn nicht unsere Karte erhalten bleibt, wofür wir ja stark kämpfen,

(Beifall bei der SPD)

dann genau rechnen müssen: Kann ich mir die zwei DM hin und zwei DM zurück, also vier DM, die ich dann quasi schon der Abhebung meines Geldes zuschlagen muß, leisten? (C)

Das sind die Aspekte, die, bitte schön, bei einer Reorganisation der Angebotsstrukturen der Post berücksichtigt werden müssen. Alles deutet darauf hin, daß das nicht geschehen ist bei dem jetzt vorgelegten Konzept,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

und insofern ist es richtig, hier die Landesregierung zu bitten, sich einzuschalten und ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen, nicht die betriebswirtschaftliche Sicherung, sondern die Sicherung von Infrastrukturangeboten, die wir in dieser Stadt bitter nötig brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Jäger.

**Bürgermeister Jäger, Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir geht es hier heute nachmittag so ähnlich wie dem Kollegen Arne Börnsen. Kollegen kann ich deshalb sagen, weil der Bundestagsabgeordnete Börnsen gemeinsam mit mir im Infrastrukturrat der Deutschen Bundespost sitzt. Mir geht es so ähnlich, weil ich mich wie er den Argumenten, die für die Gesamtkonzeption der Post — nicht für den Einzelfall, dazu komme ich noch — vortragen worden sind, nicht verschließen konnte und auch immer noch nicht kann. (D)

Weil das eine eminent wichtige politische Frage ist, die auch in ein Landesparlament gehört, selbstverständlich gehört sie da hinein, debattieren wir darüber sicher auch zu Recht. Daß wir uns gelegentlich, das haben wir gestern schon gemacht, auch einmal in die unmittelbare Örtlichkeit hineinbegeben, ist vielleicht kein Nachteil.

Zunächst zu den allgemeinen Fragen! Es geht um zwei Staatsunternehmen, die übrigens Staatsunternehmen sind, weil das historisch so gewachsen ist. Es ist überhaupt nicht ausgemacht, daß man eine Postbeförderungsdienstleistung beziehungsweise eine Beförderung mit der Bahn auf Schienen öffentlich-rechtlich erbringen muß. Das muß überhaupt nicht so sein!

In Deutschland ist es historisch so: Es gibt die Post seit Generalpostmeister Stephan, und es gibt eine deutsche Bahn. Wir haben jetzt erkennen müssen, daß diese staatlichen Strukturen — sie sind zwar selbstständige Vermögen, sind also insofern nicht unmittelbare Behörden — in ihrem Aufbau, in ihrem Verhalten so sehr Behördenstrukturen ähnlich sind, daß sie den Wettbewerb des Jahres 1993 und der folgenden Jahre nicht mehr bestehen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

(A) Weil diese Erkenntnis aber, so schmerzlich das für viele ist, über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg vorhanden war und auch noch ist, gibt es hinsichtlich des Grundsatzes der Entstaatlichung, der Selbstständigkeit, des Öffnens gegenüber dem Markt zwischen den Parteien keinen Dissens, im Einzelfall ja, aber im Grundsatz nicht.

Ich will das einmal an einigen Beispielen unterstreichen. Warum ist denn bei der Deutschen Bundespost, Sie haben das alle vorgetragen, die Inanspruchnahme ihrer Dienstleistung in den Jahren 1987 bis 1992 zum Teil um weit über 40 Prozent zurückgegangen? Sehen wir uns doch einmal alle selbst an! Wer von Ihnen hat zu Hause ein Telefaxgerät? Eine ganze Reihe hat das!

(Abg. Frau Beck [DIE GRÜNEN]: Aber die Rentnerinnen haben keines!)

Rentnerinnen, Frau Beck, dazu komme ich gleich noch! Wir haben durch die flächendeckende Versorgung aller mit Telefoneinrichtungen praktisch überhaupt keine Ferngespräche von Postämtern mehr. Wir haben, weil die Bundespost die Struktur hat, die sie eben schwerfällig macht, eine rasante Zunahme der Dienstleistungen von UPS und DPD mit ständig wachsender Tendenz. Wir haben im Telefonverkehr eine enorme Herausforderung der Post durch Manesmann.

(B) Die Post ist auf vielen Gebieten in einer unerhört schwierigen Wettbewerbssituation. Eine einzige Schalterleistung, die Ausgabe eines Briefes, der Verkauf einer Briefmarke, die Annahme eines Einschreibens kostet 2,90 DM pro Leistung. Dies bekommt die Post in der Regel überhaupt nicht mehr herein. Wenn man ihr die Verpflichtung, diese Leistungen vorzuhalten, die der Nachfrage nicht entsprechen, nicht abnimmt, werden ihre Kosten immer weiter wachsen. Ihre Wettbewerbssituation zu den Privatanbietern wird verschlechtert mit der Folge: Was soll sie denn machen, damit sie vom Staat, denn noch ist sie ja staatlich, subventioniert werden muß? Das ist doch die unausweichliche Folge! Das haben wir bei der Bundesbahn in exakt derselben Weise.

Nun sehen wir uns einmal an, welches Angebot die Post denn vorhält! Die Zahl der Poststellen in Bremen ist benannt worden, über 40, Bremen und Bremerhaven zusammengenommen. Nahezu jeder Deutsche war ja inzwischen einmal in den USA, jedenfalls die, die hier sitzen.

(Widerspruch bei der SPD)

Gut, dann lassen Sie es sich sagen: In amerikanischen Städten gibt es, und zwar bei Städten, die die Größe von Delmenhorst erreichen, ein einziges Postamt im Zentrum. Das ist in anderen Ländern ähnlich.

(Zuruf des Abg. Töpfer [SPD])

(C) Da gibt es aber auch zum Teil sehr gute ÖPNV-Systeme, nicht überall, aber zum Teil gibt es sehr gute.

(Abg. Röwekamp [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Herr Röwekamp, lassen Sie mich den Gedanken zu Ende führen, machen Sie das nachher bitte!

Deutschland leistet sich — ich finde das ja in Ordnung, wenn wir es uns leisten können — eine Versorgungsinfrastruktur mit der Post, wie sie beispiellos ist gegenüber jedem anderen Land.

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Herr Bürgermeister, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

**Bürgermeister Jäger:** Bitte, Herr Röwekamp!

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Senator, nur eine kurze Nachfrage, weil ich das in dem Zusammenhang noch nicht ganz nachvollziehen kann: Was halten Sie denn im konkreten Fall von dem Antrag, den Ihre Fraktion unterschrieben hat?

**Bürgermeister Jäger:** Darauf komme ich doch! Nun nehmen Sie mir die Zeit weg, indem ich darauf eingehen soll! Was soll denn so etwas?

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Nein, Herr Bürgermeister, die wird verrechnet! (D)

**Bürgermeister Jäger:** In Ordnung! Ob Sie das dürfen, weiß ich nicht, Frau Präsidentin, aber ich bin dankbar für soviel Entgegenkommen!

Wir haben die Situation, das Angebot in Deutschland ist immer noch beispielhaft günstig, auch wenn dies gemacht wird, und wir haben einen enormen Kostendruck von außen, dem man einfach anders nicht begegnen kann.

Jetzt zur speziellen Situation, was die Vorschläge angeht! Ich darf hier sagen, die Deutsche Bundespost hat, was ich völlig korrekt finde, sich mit dem Mitglied des Senats, das für diesen Bereich zuständig ist, auch unterhalten. Bremen hat ja nur einen Bundsratsausschußvorsitz, das ist der für Verkehr und Post. Ich habe das Vergnügen, Vorsitzender dieses Gremiums zu sein, und kann mich deshalb, da bitte ich Sie in aller Bescheidenheit um Verständnis, nicht schizophoren verhalten, ich kann nicht als Mitglied von Bundesgremien in einer Verantwortung des Bundes für Post und Bahn — es gibt nämlich eine Verantwortung des Bundes für diese Unternehmen — sagen, sie müssen sich anpassen, sie können nicht Strukturen aufrechterhalten, die nicht gefragt und nicht bezahlbar sind, und gleichzeitig vor Ort, weil ich vielleicht Schwierigkeiten habe, das auszuhalten, das kritisieren. Das bringe ich nicht fertig, deshalb habe ich es auch nicht gemacht.

(A) Ich habe mir sagen lassen, welche konkreten Vorschläge gemacht werden, habe mir erläutern lassen, wie sind die Radien, stimmt das mit den zwei Kilometern, wo überlappt sich das, und habe in zwei Punkten die Absichten der Post in Frage gestellt. Der erste Fall war, das werden Sie mir sicher auch zugute halten, daß die Absicht bestand, am Flughafen, einer für die Infrastruktur unerhört wichtigen, beinahe in der Funktion dem Bahnhof vergleichbaren Einrichtung, diese Poststelle zu schließen. Da habe ich gesagt, das kommt überhaupt nicht in Frage aus unserer Sicht, ich halte das für unverträglich. Es gab da ein Problem wegen der Kosten, die eine neue Poststelle in den neuen Räumen verursachen würde. Es ist so: Die Post zieht in diesen neuen Terminal ein, Sie können das sehen.

Der zweite Fall war in Bremen-Nord. Da gab es die Situation, daß in der Oberreihe oder in Friedehorst ein Postamt oder sogar beide geschlossen werden sollten. Da muß man sagen, eigentlich hätte das Postamt Friedehorst geschlossen werden müssen, weil die Nachfrage zu gering ist. Frau Beck, ich komme zu den Rentnern und Behinderten! Eigentlich hätte man das schließen müssen.

Das Postamt Oberreihe ist mein unmittelbarer Wohnbereich. Ich kann mich der Argumentation nicht verschließen, daß dort einfach die Nachfrage dramatisch zurückgegangen ist, da hat Arne Börnsen wirklich völlig recht. Das ist nicht aufrechtzuerhalten, und es hätte dann gedroht, daß beide Ämter geschlossen werden. Wir haben übrigens in Bremen-Nord in St. Magnus vor Jahren schon eine Schließung gehabt, die auch akzeptiert wurde. So ist im Sinne der Sozialverpflichtung, obwohl auch da die Nachfrage nicht dem Aufwand entspricht, Friedehorst, so sagt die Post, beibehalten worden.

(B) Allerdings, und da wird ja häufig sehr verkürzt argumentiert: Die Tatsache, daß irgendwo eine Poststelle ist, bedeutet ja noch nicht, daß da auch wirklich eine Dienstleistung so vorgehalten wird, daß man sie als eine solche verstehen kann. Die Post hat doch die Öffnungszeiten zurückgenommen. Mir ist es jedenfalls vielfach so gegangen, daß ich vor verschlossener Tür stand, und dann bin ich gleich nach Vegesack gefahren oder zum Postamt Bahnhof, und das machen viele andere übrigens auch, was wiederum dazu führt, daß bei diesen Ämtern die Nachfrage zurückgeht.

Ich kann auch Sie, Frau Busboom, nur herzlich bitten, weil ich die Leute der Post nicht so kennengelernt habe, daß sie sich vernünftigen Argumenten verschließen: Wenn die Situation in Arsten so ist — ich übersehe nicht genau genug, wie da die Einzugsbereiche sind, mir schien es auf dem Plan einleuchtend zu sein, daß da eines geschlossen wird —, daß das mit guten Argumenten widerlegt werden kann, sollten Sie der Post diese Hinweise geben.

Es wurde gesagt, die Post kennt nicht die städtischen Bebauungspläne im Detail. Woher denn auch? Woher sollen sie in Bonn denn wissen, wo wir in Bre-

men demnächst Wohnungen bauen? Das müssen wir ihnen bitte schon selbst sagen. Da sind sie auch bereit, sich der Diskussion in Beiräten, auch mit dem Senat selbstverständlich, zu stellen und sich auch guten Argumenten zu öffnen.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal in aller Deutlichkeit unterstreichen: Auch mit dieser Reduzierung des Dienstleistungsangebots wird die Post die Wettbewerbssituation mit Privat Anbietern auf allen Feldern, auf denen sie bis vor wenigen Jahren ein Monopol hatte, möglicherweise nicht bestehen können. Wir werden uns darauf einzustellen haben, daß wir, soweit es politische Entscheidungen erfordert, bereit sind, das auch mitzutragen, daß wir in Deutschland eine Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen der Post behalten, die immer noch besser ist als anderswo.

Dieser Antrag regt in Ziffer 4 etwas, wie ich finde, sehr Vernünftiges an, und zwar einmal darüber nachzudenken, ob man nicht der Post eine Entlastung angedeihen läßt, indem man sagt, die Post muß kein Amt sein, das Mieten kostet, das Investitionen kostet, das Inventar kostet, sondern statt dessen sagt — wie es übrigens in allen Mittelmeerländern üblich ist, in Frankreich können Sie in jedem Tabakladen Briefmarken kaufen, es werden in vielen Ländern auch Briefe entgegengenommen —, wenn ich irgendwo die Dienstleistung kaufen kann und einen Brief abgeben kann, reicht uns das auch, dann ist das ein sehr konstruktiver Beitrag dazu,

(Beifall bei der FDP)

diese Diskussion nicht immer in Zeitabständen erneut zu führen und letztlich dabei hinter der Entwicklung herzulaufen. — Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken!

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 13/640 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, DIE GRÜNEN, FDP, DVU und NK)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmhaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz. — Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir wollten jetzt zurückkommen zu dem Punkt, der uns heute vormittag schon beschäftigt hat. Ich rufe auf:

**Benennung der bremischen Vertreter für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Gemeinschaften (AdR)**

Mitteilung des Senats vom 14. September 1993  
(Drucksache 13/639)

— Fortsetzung der Aussprache —

Sind Sie einverstanden, daß wir jetzt diesen Punkt zur Beratung stellen? — Ich stelle Einverständnis fest.

Meine Damen und Herren, die Bremische Bürgerschaft hat vor einem halben Jahr beschlossen, bei der Feststellung der Vertreter für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Gemeinschaft von Bremen aus nicht unbeteiligt zu bleiben, und das hat heute auch insbesondere die CDU-Fraktion bekräftigt.

Dann gab es unterschiedliche Meinungen: Einige meinten, Kenntnisnahme sei ausreichend, andere haben gesagt, wir wollen eine Beteiligung, und daraufhin wurde der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß einberufen.

(B) Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß hat die Meinung vertreten, daß bei der Benennung dieser Vertreter das Parlament mitzuwirken hat, das heißt, daß eine Abstimmung über die Benennungsvorschläge erfolgen soll. Es wurde allerdings mehrheitlich beantragt, die beiden Personenvorschläge getrennt zu behandeln, also nicht einheitlich, sondern eine getrennte Behandlung dieser beiden Namen. — Bitte sehr!

Abg. **Metz** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist so, wie der Präsident eben dargelegt hat, aber an dieser Stelle möchte ich dem Änderungsvorschlag, der ja praktisch in der Sitzung eingebracht worden ist, ausdrücklich für die CDU-Fraktion widersprechen. Wir wollen keine getrennte Behandlung des Stellvertreters Bremens und der zweiten Position haben. Wir widersprechen, weil dieser Änderungsantrag nicht logisch ist.

Aus Termingründen benennen wir das Mitglied Bremens im Ausschuß der Regionen jetzt. Dieselben Termingründe gelten natürlich auch für die Benennung des Stellvertreters. Ich wünsche dem Bürgermeister ja, daß er Bremen gesund und munter vertritt, aber, meine Damen und Herren, wir können hier nicht beschließen, daß ein Stellvertreterfall nicht eintritt. Das können wir nun wirklich nicht! Das heißt, Sie müssen schließlich doch einen Vertreter benennen, Sie wollen ihn heute deswegen nicht

\*) Vom Redner nicht überprüft.

benennen, weil Sie sich innerhalb der Ampel streiten. (C)

(Zuruf von der SPD: Nein, wir streiten uns nie! — Heiterkeit bei der CDU)

Selbstverständlich! Die einen wollen Herrn Dr. Fuchs benennen, die nächsten wollen lieber Herrn Jäger benennen, und die dritten wollen lieber einen Abgeordneten benennen. Das ist die wirkliche Lage, und deswegen wollen Sie heute überhaupt keinen benennen.

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. **Ziegler** [FDP]: Wen hätten Sie denn gern?)

Wenn nun schon der Senat das Parlament — —.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Wir stimmen dem Vorschlag zu, der hier auf dem Tisch liegt. Sehen Sie einmal, wenn der Senat das Parlament aus guten Gründen schon um dringliche Behandlung bittet, dann sollten die Fraktionen, die den Senat tragen, sich wenigstens bemühen, auch rechtzeitig die entsprechenden Entscheidungen zu fällen.

(Beifall bei der CDU)

(D) Bei aller Freundlichkeit, aber Ihre Entscheidungsschwäche ist doch sowieso Ihre Achillesferse! Nun bringen Sie es noch nicht einmal fertig, den obersten Beamten des Rathauses als Stellvertreter des Bürgermeisters zu benennen. Lieber Gott, das ist doch nun wirklich ein schwaches Bild! Bremen ist sowieso schon das letzte Land, das einzige Land, das in Bonn noch nicht bei der Bundesregierung angemeldet hat. Finden Sie nicht auch, daß Sie in dieser Frage ein schwaches Bild abgeben, meine Damen und Herren?

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie sollten sich bemühen, wenigstens in den Fällen Entscheidungen herbeizuführen, die der Senat selbst als dringlich empfiehlt. Wenn er das Parlament schon bittet, sollten sich auch die Fraktionen, die den Senat tragen, darauf einlassen. Also, tun Sie mir den Gefallen, und entscheiden Sie sich endlich! Sie machen sonst Bremen lächerlich, das als einziges Bundesland noch nicht angemeldet hat. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, es ist geschäftsordnungsmäßig ein Änderungsantrag zu dem Vorschlag, der mehrheitlich — —. Wie wollen wir verfahren? Ich glaube, Sie wollen noch einmal einen anderen Aspekt ansprechen.

Herr Adamietz, dazu? — Bitte sehr!

(A) Abg. **Adamietz** (FDP \*): Meine Damen und Herren, wir wollen ja eine Beteiligung dieses Parlaments, und wir wollen eine verfahrensmäßig seriöse und korrekte Beteiligung, und, selbstverständlich, wenn der Senat beantragt, das dringlich zu behandeln, behandeln wir es auch dringlich. Die dringliche Behandlung war ja auch hier in der Vorlage, die, glaube ich, am Dienstag beschlossen worden ist. Deswegen, denke ich, ist es aber auch durchaus damit vereinbar, daß wir den Senat tragen, wenn wir sagen, wir beraten dies gründlich.

(Unruhe bei der CDU)

Da wir uns in einem Punkt völlig einig sind — —.

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. **Pflug-radt** [CDU]: Er ist ein richtiger Kasper!)

Ja, meine Damen und Herren, so ist das nun einmal! Da wir uns in einem Punkt ja einig sind und, ich glaube, auch mit der Opposition einig sind, daß das Mitglied in dem Ausschuß der Regionen für Bremen, das dem Bundeskanzler oder der Bundesregierung zu benennen ist, der Bürgermeister und Präsident des Senats, Herr Wedemeier, sein soll, denke ich, ist es völlig richtig, daß wir diese Entscheidung auch heute hier billigen, und vor allen Dingen, daß diese Benennung auch sofort fristgerecht und dringlich erfolgen kann, auch mit den Stimmen der Opposition.

(B) Eine ganz andere Frage ist, ob der Stellvertreter für den Fall, daß unser Mitglied, Herr Bürgermeister Wedemeier, verhindert ist, auch jemand ist, der von der Senatsseite nicht nur benannt, sondern auch in die Senatsseite eingebunden ist, nämlich als Staatsrat, oder ob dies ein Parlamentarier etwa zu sein hat, und die gehört in dieses Haus. Sie werden mir doch zugeben, ich habe es heute morgen schon einmal betont, insbesondere auch im Hinblick darauf, daß der Ihnen angehörende Vizepräsident Vorsitzender des zuständigen Ausschusses ist, daß diese Frage eben nicht im Parlament geklärt, weder — —.

(Abg. **Teiser** [CDU]: Das haben wir im Ausschuß ausgiebig beraten!)

Ausgiebig beraten! Wo ist denn dann Ihre Vorlage für diesen Punkt, Herr Teiser? Die ist ja nicht da!

(Abg. **Teiser** [CDU]: Dann müssen Sie Ihr Mitglied im Ausschuß befragen!)

Gerade, um dies deutlich zu machen und um auch deutlich zu machen,

(Abg. **Teiser** [CDU]: Außer Herrn Dr. Fuchs hat doch keiner etwas gesagt!)

daß wir diese neue verfassungsrechtliche Lage und Frage noch gar nicht geklärt haben, haben wir auch

\*) Vom Redner nicht überprüft.

heute im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß getagt, und wir sehen auch genau diesen Beratungsbedarf. (C)

Deswegen ist nicht nur der Antrag, daß wir gleich getrennt über den Benennungsvorschlag abstimmen, sondern auch, daß wir die Benennung des Stellvertreters von Herrn Wedemeier für heute aussetzen, gerade um deutlich zu machen, hier ist durchaus ein Dissens. Dies ist kein Dissens — das möchte ich noch einmal betonen — zwischen Opposition und Regierung, sondern offensichtlich — —.

(Zuruf von der CDU: Innerhalb der Regierung!)

Nein, nicht innerhalb der Regierung, sondern, und das ist das Bemerkenswerte — —.

(Abg. **Kudella** [CDU]: Wir sollten vielleicht Herrn Jäger einmal dazu hören!)

Dann will ich doch jetzt einmal grundsätzlich werden, wenn Sie mich provozieren und dies nicht nur ein Geschäftsordnungsbeitrag ist, sondern ein Sachbeitrag! Ich möchte noch einmal den Punkt deutlich machen: Die Opposition ist doch hier diejenige, die meint, sie könne, nur weil sie der Ampel eine Spaltung nachweisen will, weil sie dort glaubt, etwas fischen zu können, diese Position vertritt. Hier geht es um Parlamentsrechte,

(Unruhe bei der CDU)

gegen Parlamentsrechte im Verhältnis zu einer Landesregierung. (D)

(Beifall bei der FDP)

Der Senat, und das ist sein gutes Recht, das bestreite ich ihm nämlich gar nicht, hat einstimmig gesagt, wir vertreten eine bestimmte Rechtsauffassung, mit der müssen wir uns auseinandersetzen. Was Sie jedoch machen, ist, daß Sie daran vorbeigehen und sagen — ich will gar nicht sagen, aus opportunistischen Gründen, aber aus leicht durchsichtigen Gründen, hier eines Effektes in der heutigen Sitzung wegen —, Sie wollen hier wählen.

(Unruhe bei der CDU)

Sie als Opposition wären doch die ersten, die in der heutigen, wie es so schön heißt, neuen Frontstellung zwischen Regierung und Opposition nach der Verfassungsrechtslage die Rechte des Parlaments zu verteidigen haben. Jetzt sind wir es doch, die in der Regierung sitzen und nun einmal die Rechte des Parlaments zu verteidigen haben. Wir müssen doch beides tun!

(Beifall bei der FDP — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer Geschäftsordnungsde-

- (A) batte, und ich würde sagen, wir sollten nicht die Debatte von heute morgen wiederholen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Abg. **Adamietz** (FDP): Es ist überhaupt keine Frage, daß dies eine schwierige Gefechtslage ist,

(Unruhe bei der CDU)

aber das, was wir da zu tun haben, ist doch, daß wir dieses Recht für das Parlament reklamieren wollen. Deswegen sagen wir: Da, wo wir uns einig sind, wo in diesem Parlament politisch rechtlich in allen Punkten Übereinstimmung herrscht, nämlich darüber, daß Herr Präsident Wedemeier als Präsident des Senats Bremen dort vertreten soll, das wollen wir hier politisch artikulieren, und die Rechtsfrage klären wir. Dann werden wir auch klären, wie wir mit dem zweiten, mit dem Stellvertreteramt, umgehen können. Deswegen beantragen wir die getrennte Abstimmung und die Aussetzung über die Benennung des Vertreters.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Sie haben gleich den Geschäftsordnungsantrag gestellt und begründet, dann werde ich ihn nachher aufrufen.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

(B)

Abg. **Dr. Kuhn** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Metz, ich bedauere es eigentlich, daß Sie diese Frage weggebracht haben von dem, was es ist, nämlich eine Auseinandersetzung um Rechte des Parlaments gegenüber der Exekutive, eine Einigung beider Institutionen darüber, wie sie gemeinsam die Interessen Bremens wahrnehmen. Sie haben das zur Koalitionsfrage gemacht, das ist es aber nicht. Ich bedauere sehr, daß Sie das jetzt mit parteipolitischen Dingen vermischen. In erster Linie ist es das nicht.

Die Lösung, die jetzt hier vorgeschlagen wurde, die der Kollege Adamietz begründet hat, ist keine Lösung der reinen Lehre. Das gebe ich Ihnen gern zu. Da haben Sie vollkommen recht. Es ist eine pragmatische Lösung, die einerseits davon ausgeht, daß jetzt gehandelt werden muß gegenüber den Gremien, das ist richtig, die andererseits das jetzt — seit heute vormittag — nachvollzieht, was wir eigentlich gedacht haben, daß es im Vorfeld geschehen würde, nämlich daß Parlament und Senat sich einvernehmlich einigen. Diesen Prozeß müssen wir jetzt hier sozusagen offen vorführen. Das ist nicht so angenehm, das ist nicht so schön, aber wir werden das dennoch so machen. Deswegen, wie gesagt, es ist keine logisch einwandfreie, lupenreine Lösung, das ist eine pragmatische Lösung, die versucht, beiden Seiten in irgendeiner Weise gerecht zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser. (C)

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Kuhn, Sie haben aus der entscheidenden Ausschußsitzung nicht ganz richtig wiedergegeben, wie der Verlauf ist, und Sie sind deswegen hier zu Schlußfolgerungen gekommen, die einfach unzutreffend sind. Sie wissen sehr wohl, daß die Auseinandersetzungen ausschließlich in der Sache geführt worden sind und nicht um die Person.

(Abg. Dr. Kuhn [DIE GRÜNEN]: Das ist nicht richtig!)

Das, was Sie hier unterstellen, daß wir die Koalitionsfrage hier hochspielen, ist völlig absurd. Sie waren dafür, daß der Präsident der Bürgerschaft das macht aus formalen Gründen des Parlaments.

(Abg. Dr. Kuhn [DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Wir haben inhaltlich argumentiert, wie die Arbeit durchgeführt werden muß und kann. Das hat zum Schluß zur großen Einsichtsfähigkeit der Mehrheit im Ausschuß außer bei Ihnen geführt. Daß die FDP jetzt wieder davon abgerückt ist, ist hier eine ganz andere Frage. Aber die Unterstellungen, die Sie hier treffen, daß wir erst seit heute mittag hier uns überlegt haben, man könnte mit Herrn Dr. Fuchs irgend etwas in Ihrer Koalition machen!

Der Zustand Ihrer Koalition interessiert uns in diesem Punkt wirklich sehr wenig. Hier geht es darum, daß, wenn Herr Wedemeier darin sitzt, Herr Fuchs aus der Arbeitsaufteilung und aus dem Ablauf dessen, was für Bremen erforderlich ist, zwangsläufig darin sitzen muß. Das war der Grund, warum wir im Ausschuß zu diesem Ergebnis gekommen sind. (D)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Geschäftsordnungsdebatte ist geschlossen.

Es ist hier ein Geschäftsordnungsantrag gestellt worden. Sind Sie einverstanden, weil ich zunächst einmal vorgetragen habe, daß getrennte Behandlung vorgesehen ist, dazu ist eine Änderung vom Abgeordneten Metz vorgetragen worden, der sagt, nicht getrennte Behandlung, sondern einheitliche Behandlung? Das ist der Änderungsantrag.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DVU und NK)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

Stimmhaltungen?

Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir werden eine getrennte Behandlung vornehmen.

(A) Es ist jetzt vom Abgeordneten Adamietz beantragt worden, zunächst einmal eine Abstimmung über den Benennungsvorschlag von Bürgermeister Wedemeier vorzunehmen und dann über die Benennung des Staatsrats Dr. Andreas Fuchs in eine Aussetzung einzutreten, das heißt zu vertagen. Das ist die Geschäftsordnungslage.

Über diese beiden Anträge werde ich jetzt abstimmen lassen.

Wer dafür ist, daß als Mitglied für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Gemeinschaften der Präsident des Senats, Bürgermeister Klaus Wedemeier, benannt wird, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle einstimmige Benennung fest.

Das war meine Prognose von Anfang an.

(Heiterkeit)

Jetzt kommen wir zu dem Vertagungsantrag, daß wir uns über den Stellvertreter für dieses Mitglied, das heißt den Stellvertreter von Bürgermeister Klaus Wedemeier, später unterhalten.

Wer dafür ist, daß wir das heute aussetzen, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DVU und NK)

Stimmhaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

#### **Ausbau der Eisenbahnstrecke Bremen—Langwedel—Soltau—Uelzen—Stendal**

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN,  
der FDP und der CDU  
vom 14. September 1993  
(Drucksache 13/641)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die derzeitige Eisenbahninfrastruktur ist nicht in der Lage, die schon in den nächsten Jahren erwarteten Mehrverkehre besonders im Güterverkehr, aber auch im Personenverkehr aufzunehmen. Deshalb hat Bremen sich für rasche Erweiterungen des Eisenbahnnetzes eingesetzt. An erster Stelle stand der Ausbau der Verbindung von Bremen über Langwedel, Uelzen, Stendal, Salzwedel nach Berlin und zu den Wirtschaftszentren im Süden der neuen Bundesländer.

(C) Gemeinsamer Druck der Länder Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, der norddeutschen Handelskammern, vieler norddeutscher Politiker, auch dieser Bürgerschaft, hat dazu geführt, daß der Streckenabschnitt Uelzen—Stendal als einer der Eisenbahnmaßnahmen in den Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ von der Bundesregierung beschlossen wurde.

In den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 1992 hat das Kabinett in Bonn auch den Streckenabschnitt von Langwedel nach Uelzen als Ausbaumaßnahme aufgenommen. Für diesen Abschnitt hatten Bremen und Niedersachsen unter Umständen eine Kostenbeteiligung signalisiert. Konkret bedeutet das: Der Abschnitt von Uelzen nach Stendal war für einen zweigleisigen und elektrifizierten Ausbau beschlossen, für 160 Kilometer Stundengeschwindigkeit,

(Vizepräsidentin Bernbacher übernimmt den Vorsitz.)

der Abschnitt von Langwedel nach Uelzen eingleisig wie bisher, füge ich hinzu, allerdings mit Ausweichgleisen, dazu elektrifiziert mit 120 Kilometer Stundengeschwindigkeit. Soweit der Sachverhalt, der bis zur Sommerpause zwischen Bundesbahn, Reichsbahn, Bundesregierung und den Ländern unstrittig war!

(D) Nun erreichten uns vor ein paar Wochen Meldungen, wonach es Überlegungen bei der Bahn geben würde, den Abschnitt von Uelzen nach Stendal nur eingleisig auszubauen, auch nicht zu elektrifizieren, und nur für den Dieselzugverkehr vorzusehen. Dieses Vorhaben können wir aus bremischer Sicht nicht hinnehmen.

Wir begrüßen es, daß Bürgermeister Wedemeier, die Senatoren Jäger und Beckmeyer dagegen sofort protestiert haben. Auch Kollege Dr. Weichelt und ich haben für die SPD-Fraktion diese Absicht zurückgewiesen. Für Bremen und für die Häfen ist diese Verbindung von großer wirtschaftspolitischer Bedeutung.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Wir erkennen positiv, daß der Bundesverkehrsminister und auch beide Eisenbahnvorstände an beiden Ausbauvorhaben nunmehr doch festhalten. Trotzdem können wir nicht zur Tagesordnung übergehen, wir müssen hellwach bleiben. Diese Bürgerschaft muß durch Beschluß eindrucksvoll bestätigen, daß wir uns diese Berliner Verbindung nicht kippen lassen wollen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Darum begrüßen wir es außerordentlich, daß auch die CDU den Koalitionsantrag mit unterschrieben hat.

(A) Was sind nun die Gründe für unsere Hartnäckigkeit? Wir wissen alle, daß der Güterverkehr enorm zunehmen wird und es jetzt schon Engpässe im Eisenbahngüterverkehr gibt, hier besonders in den Räumen Hannover und Hamburg. Uns ist aber auch bekannt, daß diese direkte Verbindung, deshalb ja auch Berliner Linie, infolge des zweiten Weltkriegs unterbrochen worden ist. Außerdem ist sie auf früherem DDR-Gebiet und in Westdeutschland zurückgebaut worden, teilweise auf Eingleisigkeit, zuletzt noch bis kurz vor der Wende.

Das bremische Interesse an diesem vollen Lückenschluß einschließlich Elektrifizierung ist mehrfach deutlich geworden. Das kann eindrucksvoll untermauert werden durch zwei Gutachten, die der Hafensenator Konrad Kunick in der letzten Legislaturperiode in Auftrag gegeben hat. Das eine war das Gutachten über die Auswirkung der deutschen Vereinigung auf die bremischen Häfen mit enormen Zuwachsprognosen, das andere war ein Gutachten gemeinsam mit Niedersachsen über die Bahnverbindung zwischen Norddeutschland und Ostdeutschland.

Die Gutachter haben dazu festgestellt, daß die Transporte bei dem Weg über Hamburg oder Hannover im Abschnitt Maschen—Uelzen beziehungsweise im Großraum Hannover überlastete Strecken nutzen müssen. Sie haben sich für eine Beseitigung der Engpässe ausgesprochen und daher empfohlen, den Ausbau mit begrenztem Aufwand, unter 200 Millionen DM, für den Bereich von Langwedel nach Uelzen vorzunehmen sowie zeitgleiche Fertigstellung mit der Neubaustrecke Hannover—Stendal—Berlin in 1997, kurze, schnelle und leistungsfähige Verbindung Bremen/Nordwestniedersachsen nach Ostdeutschland und hohe Angebotsqualität im Güterverkehr mit Nachsprungverbindungen gegenüber dem Güterverkehr auf der Straße.

In den Gesprächen im Sommer 1991 mit dem DB-Vorstandsvorsitzenden Dürr haben die Senatoren Grobecker und Kunick eine bremische Mitfinanzierung angedeutet und die oberste Priorität auch für das Teilstück Bremen—Langwedel—Uelzen verdeutlicht. Genauso bewerten wir die Teilnahme von Bürgermeister Jäger am symbolischen Spatenstich beim Abschnitt Uelzen—Stendal. Das war, glaube ich, im April dieses Jahres. Damit wurde noch einmal von Bremen die Wichtigkeit dieses Ausbaues unterstrichen.

Lassen Sie mich aber auch auf die Historie eingehen und sie auch mit zur Begründung des Ausbaues heranziehen!

(Abg. Neujahr [FDP]: Das kann nie schaden!)

Am 15. April 1873 wurden die Abschnitte Salzwedel—Uelzen, 50,3 Kilometer, und Uelzen—Langwedel, 97,4 Kilometer, in Betrieb genommen. Obwohl Bremen damals noch keinen Eisenbahnan-

schluß hatte, der kam erst ein paar Monate später, wurden auf Bremer Rechnung diese Abschnitte gebaut. Ich finde, das war ein historischer Weitblick der damaligen Politiker. Ein klein wenig historische Züge trägt auch unser Eisenbahnforderungskatalog der SPD-Fraktion aus dem Sommer 1989, der hier angenommen worden ist. In einer Zeit, als die Wende noch nicht erkennbar war, haben wir hier wegen der Verkehrsengpaßsituation schon die Wiederherstellung dieser traditionellen Eisenbahnverbindung gefordert und sind dafür eingetreten. Ich sage mit Stolz, als erste hier in Bremen, auch wir haben Weitblick bewiesen.

Nun stellen wir fest, daß teilweise schon Lückenschlüsse zwischen West und Ost erfolgt sind beziehungsweise demnächst anstehen. Ich brauche nur auf die Zeitung „Blickpunkt“ der DB hinzuweisen, September 1990: „Zweigleisige Strecke im Werratal wird wieder hergestellt, Frankfurt und Berlin über alte Linie“. Wir pochen das gleiche Recht ein, Bremen—Berlin über die alte Linie!

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist wichtig, daß 1997 dieses Ausbauprojekt abgeschlossen ist, weil dann auch die Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Hannover über Stendal nach Berlin in Betrieb genommen wird. Bis dahin muß ein Anschluß von Bremen an diese leistungsfähige Strecke hergestellt werden. Das haben wir kürzlich bei einem Besuch der Parlamentariergruppe „Bahn“ dieses Hauses Präsident Pohl von der DB-Direktion in Hannover noch einmal deutlich gemacht, der erfreulicherweise unsere Meinung geteilt hat, was ich hier besonders herausstreichen möchte.

Nun bieten wir in unserem Antrag eine Auffanglösung an, falls der Bund aus Haushaltsgründen tatsächlich einen stufenweisen Ausbau für diesen Abschnitt vornehmen will. Weiter lassen wir mit uns aber nicht handeln. Das bedeutet, eventueller eingleisiger Ausbau zwischen Uelzen und Stendal, wo wir besonders Wert legen auf die Elektrifizierung, weil dann wesentlich mehr Güterverkehr abzuwickeln ist als bei Diesellokomotivenbetrieb, und natürlich, was man nicht vergessen darf, nach wie vor auf den Ausbau des Abschnitts von Bremen über Langwedel nach Uelzen, ebenfalls für E-Lokomotiven geeignet. Beides muß bis 1997 verwirklicht werden.

Ich sage noch einmal, wir halten fest an den Zusagen, wie sie in den Projekten „Deutsche Einheit“ und im Bundesverkehrswegeplan 1992 festgeschrieben worden sind. Das ist für uns die vernünftigste und verkehrspolitische Lösung. Den Kräften aber, die dieses wichtige Ausbauprojekt torpedieren oder streichen wollen, rufe ich mit der Aussage des CDU-Bundestagsabgeordneten Hedrich vom 23.6.1993 zu: Wir lassen uns die Amerika-Linie nicht kaputt machen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

- (A) Dem ist nichts hinzuzufügen. Ich gehe davon aus, daß dieses Haus dem Antrag einstimmig zustimmen wird.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Braun.

Abg. **Braun** (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den betroffenen Bundesländern Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt hat sich erfreulicherweise eine konzertierte Aktion parteiübergreifend bei den Gebietskörperschaften und bei allen Interessengruppen gebildet, die gegen diese Tendenzen, die Herr Töpfer eben ausführlich beschrieben hat hinsichtlich der Reduzierung dieser für Bremen so wichtigen Linie, vorgehen.

Wir müssen aus diesem Hause einen dringenden Appell an den Verkehrsminister richten, diese Ausbausituation zu gewährleisten, das heißt, daß die Linie bis 1997 zeitgerecht entwickelt wird.

Die nicht offen, aber informell zu hörenden Überlegungen, diese so wichtige Linie nur auf einen Lückenschluß zwischen Nienbergen und Salzwedel ohne Elektrifizierung und zweigleisigen Ausbau zu realisieren, können wir aus Bremer Sicht, können wir sicherlich auch aus Sicht Niedersachsens, Sachsen-Anhalts nicht hinnehmen.

- (B) Die besondere Sorge, die wir hinsichtlich dieser Entwicklung haben, kommt auch zum Ausdruck in der Antwort des Staatssekretärs Dr. Knittel vom Verkehrsministerium, der auf eine parlamentarische Anfrage im Bundestag von Manfred Richter, dem FDP-Bundestagsabgeordneten, der sich massiv für den Ausbau dieser Linie eingesetzt hat, vor allen Dingen auch hinsichtlich der Integration in den Bundesverkehrswegeplan, antwortet auf die Frage, wie sich die Ausbausituation darstellt, mit den Worten:

„Zur Zeit untersucht die Deutsche Bundesbahn angesichts der stark rückläufigen Nachfrage nach Schienenverkehrsleistung und der sehr kritisch werdenden Entwicklung des Eisenbahngüterverkehrs in den nächsten Jahren, inwieweit das Projekt in zeitlich abgegrenzten und funktionstüchtigen Ausbaustufen den Verkehrsbedürfnissen angepaßt und realisiert werden kann. Eine konkrete Aussage über den Fertigstellungstermin ist derzeit nicht möglich, da dies unter anderem auch von der weiteren Entwicklung des Eisenbahngüterverkehrs in dieser Region abhängig ist.“

In der Unverbindlichkeit dieser Antwort, und das muß offen zugestanden werden, liegt die Gefahr für Bremen und die angesprochenen Bundesländer Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Meine Damen und Herren, die verkehrspolitische Zielsetzung, die völlig unbestritten ist, sieht vor, mit der Wiederherstellung dieser nach 1945 unterbrochenen Strecke die Nordseehäfen über die Knoten Uelzen und Stendal mit den Wirtschaftsräumen

Berlin und, man kann sagen, Mitteldeutschland, Halle, Leipzig direkt zu verbinden. Dies ist ein Anliegen, das jetzt durch die neuerliche Diskussion nicht in Frage gestellt werden darf.

(C)

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Es ist einfach widersinnig, ständig von einer Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene zu reden und eine leistungsfähige Strecke, die mit einem vergleichsweise geringen Aufwand für den Bedarf des Güterverkehrs hergerichtet werden kann, in der Ausbauplanung so weit zu reduzieren, daß sie möglicherweise gar nicht mehr wettbewerbsfähig ist, was natürlich heißt, daß die anvisierten beiden weiteren Ausbaustufen dann auch nicht mehr realisiert würden.

Neben den negativen wirtschaftlichen Auswirkungen — und die ganze wirtschaftspolitische und verkehrspolitische Tragweite kommt ja in den Protesten im Moment zum Ausdruck — sind natürlich auch die ökologischen Folgen fatal, da die Ausweichstrecken über die Knoten Hannover oder Hamburg-Maschen bereits jetzt praktisch ausgelastet sind. So müßte der Wirtschaftsverkehr per Lkw wieder über die Straße abgewickelt werden. Angesichts aller Bemühungen, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, wäre diese informell diskutierte Sparversion geradezu kontraproduktiv.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

(D)

Es ist auch nicht ersichtlich in der Begründung der Bundesbahn, mit rückläufigen Zahlen dieses Ausbauprojekt in Frage zu stellen, denn gerade ein offenes, überzeugendes Leistungsangebot im Streckenbereich kann nur dazu führen, daß die Entscheidungsträger im Bereich Verladung sich mehr zur Schiene hin orientieren und die Straße verstärkt meiden.

Meine Damen und Herren, darauf muß man doch deutlich aus Bremer Sicht hinweisen, diese verringerte Ausbaustufe wäre eine totale Abkoppelung großer Bevölkerungsteile vom Ost-West-Verkehr, es wären vehemente wirtschaftliche Konsequenzen für die Region zwischen den Nordseehäfen und Berlin die Folge. Der Lückenschluß Stendal—Uelzen ist Bestandteil der Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“, und damit kommt ihm nationale Bedeutung zu, und er darf in der Realisierungsphase nicht in Frage gestellt werden.

Abschließend möchte ich kurz auf eine Resolution der Handelskammern der betroffenen Bundesländer Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Bremen hinweisen, die meines Erachtens die ganze Dimension der Diskussion verdeutlicht. Dort heißt es: „Hier sind die Überlegungen, den kompletten Ausbau nicht zu realisieren, zu verbinden mit der Frage nach der grundsätzlichen Glaubwürdigkeit staatlicher Infrastrukturpolitik im Rahmen der Wiedervereinigung sowie auch insbesondere nach der Verbindlichkeit politischer Beschlüsse.“

(A) Kollege Töpfer hat darauf hingewiesen, hier liegen verbindliche Zusagen vor, die Infrastruktur hat sich darauf einzustellen, die politisch Handelnden in den betroffenen Bundesländern haben sich darauf einzustellen, und es kann einfach nicht sein, daß im Laufe der Diskussion dann eine Reduzierung anvisiert wird, die elementare Bestandteile dieses Ausbauprojektes in Frage stellt.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir gehen davon aus, daß die dringenden Appelle aus den Bundesländern auch Gehör finden in Bonn. Wir wünschen und appellieren noch einmal dringlich an den Bundesverkehrsminister, die Sachargumente, die ja nicht zu widerlegen sind, einzubeziehen in seine Überlegungen und letztlich bei dem zu bleiben, was im Bundesverkehrswegeplan von Fachleuten fixiert worden ist, nämlich dem kompletten Ausbau dieser Strecke. — Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Meier-Hedde.

(B) Abg. **Dr. Meier-Hedde** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der hier zu behandelnde Antrag aus der Drucksache 13/611 betrifft ein Eisenbahnprojekt, das schon alsbald nach der Wiedervereinigung in den Katalog der 17 besonders vorrangig zu behandelnden Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ aufgenommen worden ist.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Die Vorredner haben bereits darauf hingewiesen. Diese 17 Projekte haben das erklärte Ziel, so schnell wie irgend möglich eine Verklammerung der neuen Bundesländer mit den wichtigsten Wirtschaftszentren der alten Bundesrepublik zu erreichen, um dadurch das Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern nachhaltig anzuregen. Dabei war von Anfang an für die Eisenbahnstrecke Bremen—Langwedel—Uelzen—Stendal vorgesehen, daß sie zweispurig, vollelektrifiziert und für hohe Geschwindigkeiten ausgebaut werden soll, und, das war eben besonders wichtig, bis 1997 sollte alles fertig sein.

Meine Damen und Herren, alle Gründe, die seinerzeit dazu führten, diese 17 Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ zu initiieren, sind nach wie vor ohne Abstriche gültig. Deshalb ist es auch völlig inakzeptabel, wenn die Bundesbahn nunmehr erklärt, sie wolle zwar den Bau der eben beschriebenen Eisenbahnstrecke unverändert durchführen, aber der Zeitrahmen solle eben modifiziert, gestreckt werden. Die Teilstrecke Uelzen—Stendal soll nach diesen neuerlichen Plänen bis 1997 nur eingeleist

gebaut werden, der zweigleisige Ausbau soll dann irgendwann „danach“ geschehen, wobei keiner so richtig weiß, wann „danach“ ist. Wiederum irgendwann „danach“ sollen die Elektrifizierung und der Ausbau für Spitzengeschwindigkeiten stattfinden.

Meine Damen und Herren, ich will die Finanznot der öffentlichen Hand nicht verkennen, ganz gewiß nicht, dennoch gibt es bei diesem Projekt zum ursprünglichen Zeitrahmen 1997 keine Alternative!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Wir wissen doch inzwischen, daß am Tag der Wiedervereinigung die Produktivität der DDR-Wirtschaft und damit auch der Lebensstandard der dortigen Bevölkerung bei weniger als 40 Prozent des westlichen Standards lag. Wir haben nach Durchleuchtung der dortigen Betriebe lernen müssen, daß es am Tag der Wiedervereinigung so gut wie keinen Betrieb in der ehemaligen DDR, jedenfalls keinen von einigem Gewicht, gab, der nach westlichen Maßstäben wirklich wettbewerbsfähig gewesen wäre. Meine Damen und Herren, weil wir das inzwischen alles wissen und die bittere Wahrheit auf dem Tisch liegt, ist eines auch klar: Wir haben keine Zeit mehr, jeder Tag ist wichtig! Irgendwelche Verzögerungen beim Bau von Ost-West-Verkehrsachsen sind völlig unannehmbar!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Ein weiterer Punkt kommt hinzu: Ich meine, und das ist auch schon angesprochen worden, und zwar sehr zu Recht, die speziell bremische Interessenlage bei dieser Eisenbahnverbindung! Die Strecke Bremen—Uelzen—Stendal ist eine Hinterlandverbindung par excellence, die für die weitere Entwicklung der bremischen Häfen, aber im übrigen auch der niedersächsischen Häfen an der Weser und in Ostfriesland, von höchster Bedeutung ist. Auch hier ist gerade der zeitliche Rahmen besonders wichtig. Unser großer Wettbewerber an der Elbe hat bereits eine Verbindung in den Süden der neuen Bundesländer, nämlich über Büchen—Schwanheide—Ludwigslust—Wittenberge—Stendal. Auch gerade unter diesem Aspekt ist Eile geboten, denn wenn sich erst einmal bestimmte Wirtschaftsverbindungen für einen längeren Zeitraum eingespielt haben, ist es für Bremen schwer, nachträglich neu Fuß zu fassen.

Was auf dem Spiel steht, läßt sich bestens illustrieren durch einen vor gerade einer Woche in einer Hamburger Tageszeitung erschienenen umfangreichen Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß Hamburg nach Rostock inzwischen der zweitwichtigste Außenhandelshafen für die neuen Bundesländer ist mit einem Umschlagsanteil von immerhin 40 Prozent. Mit deutlichem Seitenblick auf andere Häfen, auf uns nämlich, heißt es, daß Hamburg, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, „im Konkurrenzkampf mit

(A) den anderen Nordseehäfen eindeutig die Nase vorn" habe. Fast triumphierend wird dann hinzugefügt, daß der Hamburger Hafen 1992, ich zitiere noch einmal, „zehnmal soviel Ware für die neuen Bundesländer abgefertigt hat wie die bremischen Häfen zusammen". Das, meine Damen und Herren, ist exakt der Punkt, um den es geht!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun ist diese Interessenlage natürlich nicht neu, die Finanznot des Bundes ist es leider auch nicht. Die Gefahr, daß Mittel gestreckt und Großprojekte zeitlich verschoben werden, ist latent wohl immer vorhanden gewesen. Was soll der Bund auch tun, wenn kein Geld da ist? Ich hätte deshalb erwartet, daß der Senat von Anfang an näher am Ball geblieben wäre, daß er verhindert, daß nun ausgerechnet ein für Bremen wichtiges Projekt teilweise in die fernere Zukunft verlegt werden soll, und nicht zur Abwechslung einmal ein Projekt aus dem Hamburger Interessenbereich oder dem Interessenbereich irgendeines anderen Bundeslandes, wenn denn schon gestreckt werden muß.

Warnzeichen hat es gegeben: Als klar wurde, und zwar schon unter Verkehrsminister Krause, daß die ICE-Verbindung Hamburg—Berlin über die Nordroute geführt wird und eben nicht über Uelzen—Stendal, war höchste Alarmstufe angesagt. Von da an hätte, so meine ich, vorbeugend Einfluß genommen werden müssen, nicht als Einzelkämpfer, sondern gemeinsam mit der niedersächsischen Landesregierung, deren Interessenlage sich in diesem Punkt mit der unseren völlig deckt. Nun hinterherzuklappern

(B)

(Zuruf des Abg. T ö p f e r [SPD])

ist eine für uns alle höchst unglückliche Situation. Meine Fraktion erwartet deshalb, daß der Senat, wenn ich das einmal so sagen darf, jetzt richtig rangeht. Was uns betrifft, die Bremer CDU, werden wir in dieser für Bremen wichtigen Angelegenheit jedenfalls unseren bescheidenen Einfluß in Bonn nach Kräften geltend machen. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Jäger.

**Bürgermeister Jäger, Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich mit Herrn Meier-Hedde beginne!

Das irritiert mich nun wieder, Herr Meier-Hedde. In der letzten Bürgerschaftssitzung hatten wir diese Thematik in der Fragestunde, und da hat die CDU, weil sie glaubte, bei der Demonstration der Gemeinsamkeit aller Bremer für dieses Projekt nicht aus-

reichend berücksichtigt zu werden, in einer nicht sehr gelungenen Weise in der Fragestunde versucht, den Anschluß zu finden, weil sie offensichtlich der Meinung war, der Senat und die Fraktionen der Koalition seien hier auf einem guten Weg, was in der Tat richtig ist. Ich hoffe, ich habe es Ihnen ein wenig erleichtert, daß Sie dann doch Tritt gefaßt haben und dies durch diesen gemeinsamen Antrag noch demonstrieren. Weil Ihnen das nun offenbar wieder zu weit geht bei der Gemeinsamkeit, mußten Sie doch zum Ende Ihres Beitrages ein bißchen „Äbäbä" machen. Das muß ich wirklich einmal so sagen.

Herr Meier-Hedde, wir Bremer — und weil ja bei erfolgreichem Bemühen jeder gern Vater ist, schließe ich mich natürlich in der Reihe an —

(Zuruf des Abg. T ö p f e r [SPD])

haben uns bei dem Projekt Langwedel—Uelzen gemeinsam mit Niedersachsen und den Kammern dieses Gebietes in einer Weise vernünftig zielgerichtet und letztlich erfolgreich verhalten, wie es nur bei sehr wenigen Beispielen gelingt.

Es ist zu differenzieren bei dieser Strecke der Amerika-Linie — der alten Verbindung von Berlin an die Columbus-Kaje, deshalb ja Amerika-Linie —, in diesem Jahr jedenfalls, zwischen dem Streckenabschnitt Berlin—Uelzen mit Anschluß Hamburg—Hannover und der Weiterführung Uelzen—Langwedel. Die Strecke bis Uelzen — weil davon ja nicht nur Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bremen, sondern auch Hamburg profitiert — hat Eingang gefunden in die Prioritätensetzung der Projekte „Deutsche Einheit" als Projekt Nummer 17. Der Anschluß an die Nordseeküste, also nach Bremen und Wilhelmshaven, war überhaupt nicht vorgesehen.

Wir haben uns in der Landesvertretung von Niedersachsen mit dem Bundesverkehrsminister Krause, der Deutschen Bundesbahn und allen Kammern getroffen, und dann ist es uns in dieser Sitzung gelungen, allerdings nur mit der Bestätigung, daß Bremen und Niedersachsen sich notfalls mit 50 Millionen DM Eigenmitteln beteiligen, ich sage einmal, höchst ungewöhnlich, daß sich Bundesländer an Infrastrukturmaßnahmen im Bundesverkehrswegeplan beteiligen, aber wir haben diese Zusage, uns notfalls mit je 50 Millionen DM zu beteiligen, wiederholt und haben dadurch den entscheidenden Anstoß gegeben, da konnte sich der Bund dem nämlich nicht entziehen, daß dieses Projekt Uelzen—Langwedel — und das ist für uns das Entscheidende, der Bau bis Uelzen bringt ja noch keinen unmittelbaren Vorteil — in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird.

Ich finde, wenn Sie den Senat dafür vielleicht auch einmal loben würden, würden Sie sich durchaus keinen Abbruch tun als loyale Opposition, denn das ist wirklich lobenswert gewesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN — Abg. T ö p f e r [SPD]: Haben Sie gemerkt, Beifall von SPD und GRÜNEN, Herr Senator?)

(C)

(D)

(A) Ja, das ist mir nun beinahe noch lieber als ein Lob von der Opposition!

Herr Meier-Hedde, die Deutsche Bundesbahn — nicht die Direktion Hannover, Herr Pohl war immer hier ein Mitkämpfer — in der Spitze stand diesem Projekt distanziert gegenüber, das Bundesverkehrsministerium zunächst auch. Ob das noch so ist, davon werde ich mich überzeugen. Sie haben sich dann aber durch die Argumente beeindrucken lassen, und so haben wir die Strecke in den Bundesverkehrswegeplan hineinbekommen.

Nun zu der jüngsten Entwicklung! Ich habe das ja auch mit Erschrecken gehört, daß Radio Bremen Meldungen über einen Baustopp und dergleichen verbreitete. Herr Töpfer hat ja schon darauf hingewiesen, daß wir gemeinsam die Grundsteinlegung dort bei Hestedt an dieser Brücke vorgenommen haben. Nach Auskunft der Bundesbahndirektion Hannover — und ich habe insofern an der Auskunft nicht zu zweifeln — ist die Meldung von einem Baustopp nicht zutreffend. Das wäre im übrigen auch ganz ungewöhnlich, denn die Notwendigkeit, die Lücke zu schließen, also die durch die Grenze entstandene Unterbrechung von etwa gut 30 Kilometern, stellt keiner in Frage.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, unser Bürgermeister spricht. Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit!

(B)

**Bürgermeister Jäger:** Das gilt ja nicht für Herrn Neujahr! Herr Präsident, ich danke für so viel Berücksichtigung!

**Präsident Dr. Klink:** Das ist die Fürsorgnahme für den Senat.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Für das Parlament hat er ja auch nicht soviel übrig!)

**Bürgermeister Jäger:** Also, diese Meldungen über einen Baustopp treffen nicht zu, aber, meine Damen und Herren, und deshalb begrüße ich diese Demonstration des gemeinsamen politischen Willens hier, es ist ganz eng!

Die Mittel der Bundesbahn für Bundesbahnbaumaßnahmen sind zurückgeführt worden, und es gibt einen ganz harten Verteilungskampf. Da spielen solche Überlegungen wie, wo sind denn andere Nöte, die einem vielleicht doch politisch näher sind als diese hier, sicher auch eine Rolle. Ich will Gelegenheit nehmen, in kürzester Zeit mit dem Bundesverkehrsminister darüber zu reden. Ich habe vor drei Wochen mit dem Kollegen Rehberger aus Sachsen-Anhalt, der hier wichtig als Mitstreiter ist, ein Gespräch gehabt, und wir stehen in der Beurteilung der Notwendigkeit dieser Strecke in völliger Übereinstimmung.

Wir haben zweimal Gespräche mit Niedersachsen geführt, zwischen Niedersachsen und Bremen gibt

es in diesem Punkt völlige Übereinstimmung. Wir haben nicht immer völlige Übereinstimmung, das wissen Sie auch. Hier haben wir sie. Es gibt, demonstriert durch die gemeinsame Resolution aller Kammern, zwischen den Gebietskörperschaften und den Unternehmensverbänden völlige Übereinstimmung. Deshalb sind wir entschlossen, und ich habe das auch schon öffentlich erklärt, bei unserem Abstimmungsverhalten zur Privatisierung der Deutschen Bundesbahn — und da kommt es auf jede Stimme an im Bundesrat, da sind auch liberale Stimmen, wenn ich das einmal so sagen darf, vielleicht nicht unwichtig, weil es da auch bei der Privatisierung der Bundesbahn durchaus Meinungsverschiedenheiten gibt — die Zuverlässigkeit von Zusagen der Bundesbahn als Grundlage zu nehmen.

Mit noch größerem Gewicht, meine Damen und Herren, können wir das überhaupt nicht versehen als mit diesem.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe sehr, daß es uns gelingen wird, alle davon zu überzeugen, daß dieses Projekt gebaut werden muß wie vorgesehen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN, der FDP und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 13/641 — Neufassung — seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle einstimmige Annahme fest.

#### **Streichung des Senatsbereiches Frauen**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 16. August 1993 (Drucksache 13/617)

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schreiber.

Abg. Frau **Schreiber** (CDU \*): Herr Präsident, liebe Frauen, meine Herren! Zum Thema dieser Debatte „Streichung des Senatsbereiches Frauen“ lassen Sie mich etwas ausholen!

Seit dem 1. Januar 1981 gilt das Bremische Landesgesetz über die Errichtung der Bremischen Zentral-

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) stelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Die ZGF befindet sich nunmehr im zwölften Jahr hier in Bremen. Dies ist ein frauenpolitischer Besitzstand, den wir Frauen in Bremen uns nicht nehmen lassen dürfen

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und den wir nach den Erkenntnissen über die Ergebnisse der letzten Senatsklausur im August nun vehement verteidigen müssen, denn dort ist die Senatorin für Arbeit und Frauen aufgefordert — ich zitiere —, „dem Senat einen Vorschlag zur Umstrukturierung der Zentralstelle zu unterbreiten“.

Ich habe in der letzten Debatte zum Bericht der Zentralstelle bereits kritisiert, daß es ein eklatanter Fehler war, die Gleichstellungsstelle in Personalunion dem Ressort Arbeit und Frauen einzuverleiben.

Hierin geben mir inzwischen Frau Kerstein und viele Frauen recht, wie man der Presse der letzten Tage entnehmen kann. Ich zitiere nur eine Überschrift im „Weser-Kurier“: „Kerstein für unabhängige ZGF, Frauen gegen Uhl“.

Diese Verschiebung der Frauen in das Arbeitsressort hatte zum Ergebnis, daß es keine Kompetenzabgrenzungen zwischen dem Frauenressort und der Zentralstelle gab und die Landesgleichstellungsbeauftragte gleichzeitig die Vertreterin der Frauensensorin im Amte ist. Damit ist die frauenpolitische und parteipolitische Unabhängigkeit der Gleichstellungsstelle ad absurdum geführt worden. Kritische Querschnittsaufgaben können nicht mehr wahrgenommen werden. Die ZGF ist jetzt weisungsgebunden, dies widerspricht ihrem gesetzlichen Auftrag.

(Beifall bei der CDU)

Die jetzige Regelung erfüllt nicht mehr Paragraph 2 des Errichtungsgesetzes in puncto Öffentlichkeitsarbeit und Prüfung von Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen. Außerdem heißt es in Paragraph 4: „Personal- und Sachausstattung ist im Einzelplan in einem eigenen Kapitel auszuweisen.“ Jetzt allerdings finden wir noch drei Stellen in Bau, Arbeit und Frauen, Bildung und Wissenschaft.

Diese dilettantische Verquickung von Frauenressort und ZGF führte zu dem fatalen Anschein, daß Lethargie in der ZGF eingetreten sei, daß Frauenpolitik nicht mehr stattfindet.

Wie ist es nun zu dieser Verquickung gekommen? Der Senat wollte den Bremerinnen als Novum für unser kleines Bundesland und als große frauenpolitische Errungenschaft ein eigenes Frauenressort präsentieren mit großem Anspruch für frische, nachhaltige Frauenpower. Aber wie sieht die Wirklichkeit aus?

Das Frauenressort hat keinen Pfennig Geld, keinen eigenen Haushalt, keine Kompetenzen. Die ZGF wird mißbraucht als arbeitsausführendes Element

der Frauensensorin. Die Bremerinnen sind verunsichert, an wen sie sich mit ihren Anliegen eigentlich wenden sollen, an die Frauensensorin oder an die ZGF.

(Vizepräsidentin Bernbacher übernimmt den Vorsitz.)

Wenn man es heute objektiv betrachtet, wäre es eigentlich völlig gleichgültig gewesen, an welches Senatsressort man den Frauenbereich als Anhängsel im Namen anfügt, egal, die ZGF macht es ja!

(Beifall bei der CDU)

Nun ja, man hat die Frauen an das Arbeitsressort gekoppelt. Grundsätzlich gäbe das mit einem echten Frauenressort zwar Sinn, aber in diesem Fall wollte man unseres Erachtens die zuständige Senatorin aufwerten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich nun Frau Uhl einmal echte frauenpolitische Anliegen unterstelle, so hätte sie diese Konstruktion des Frauenressorts jedoch vehement ablehnen müssen, nämlich aufgrund der fehlenden Haushaltstitel, der fehlenden Kompetenzen und der Schwächung der ehemals eigenständigen ZGF.

So habe ich mit dem frauenrelevanten Ansinnen von Frau Uhl meine großen Zweifel. Eine verantwortungsvolle Frauenpolitikerin hätte sich nur zum Blenden nach außen nicht so mißbrauchen lassen dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Das auf dem Rücken der Fraueninteressen! Warum fordern wir nun die Abschaffung des Frauenressorts?

Erstens habe ich dargestellt, daß die jetzige Konstruktion ad absurdum geführt hat. Sie hat den Bremerinnen nur Nachteile beschert. Aber in anderen Bundesländern und im Bund gibt es ja durchaus funktionierende Frauenministerien. Warum sollten wir dies in Bremen nicht auch anstreben? Wir sagen nein, und ich möchte dies erklären. Es gibt zwei plausible Begründungen dafür: erstens unsere Finanzlage, die ich nicht weiter erläutern muß. Sollten wir jedoch in Bremen einmal eine Ölquelle entdecken, können wir gern neu darüber nachdenken.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens haben wir in den anderen Bundesländern kommunale Gleichstellungsbeauftragte. Da macht ein Frauenministerium durchaus Sinn. Doch in unserem kleinen Bundesland brauchen wir diese nicht, sondern eine gutfunktionierende Landeszentralstelle. Deren Aufgaben und Kompetenzen überschneiden sich hier in Bremen kongruent mit denen eines Frauenressorts. Also ist es überflüssig.

(C)

(D)

- (A) Deshalb plädieren wir für die Abschaffung eines Frauenressorts und setzen uns vielmehr für eine starke, parteipolitisch unabhängige und eigenständige Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau ein.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich auf der Basis des Errichtungsgesetzes, so verstehen wir das!

Wenn Sie Frauenpolitik ernst nehmen, müssen Sie unserem Antrag zustimmen. Zu den Äußerungen in der Presse heute möchte ich in meinem zweiten Beitrag noch Stellung nehmen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bernbacher:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Klöpfer.

Abg. Frau **Klöpfer** (SPD) \*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Schreiber, wir werden Ihren Antrag ablehnen, und damit das auch ganz deutlich ist, es wird bis zum Ende dieser Legislaturperiode eine Frauensensorin im Lande Bremen weiter geben!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Sie haben hier angeführt — und das hat mich wirklich sprachlos gemacht und sicherlich nicht nur mich, sondern auch einige andere im Lande Bremen, nicht nur hier im Parlament — die CDU als vehemente Vertreterin einer ZGF.

(B)

CDU-Frauen haben bislang, so wie sie jetzt gegen eine Frauensensorin reden und Anträge stellen, zehn Jahre lang gegen diese ZGF gewettert, gestimmt

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und Anträge geschrieben. Es ist schon erstaunlich, welcher Sinneswandel da eingetreten ist. Aber für eine Frauenpolitik im Lande Bremen begrüßen wir Sie gern im Reigen der aktiven Frauenpolitikerinnen mit einer eigenständigen, hoffentlich auch weiterhin eigenständigen, ZGF und für uns auch einer Frauensensorin.

Ich will noch einmal ganz kurz darauf eingehen, warum wir sagen, es gibt auch weiterhin eine Frauensensorin. Die Geschichte der institutionellen Frauenpolitik im Lande Bremen hat ja 1981 angefangen, damals einzigartig in einem Bundesland. Wir hatten mit Hilfe dieses Parlaments das Errichtungsgesetz durchgesetzt und damit eine eigenständige ZGF mit einer Landesfrauenbeauftragten. Über zehn Jahre ist eine Frauenpolitik gemacht worden zum Wohle von vielen Frauen im Lande Bremen. Über das, was dort geleistet worden ist, hat diesem Parlament regelmäßig ein Bericht vorgelegen. Ich will das nicht wiederholen.

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

In der Zwischenzeit sind dann in der Republik überall mehr oder weniger Frauenministerien eingerichtet worden, und diese Koalition hat dann in ihren Verhandlungen gesagt, auch im Lande Bremen setzen wir eine Frauensensorin ein, um hier nach außen hin zu zeigen, daß auch in der Exekutive verstärkt Frauenpolitik dokumentiert werden soll.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Ich sage selbstkritisch, daraus machen wir auch gar keinen Hehl, es ist dann die ZGF als Abteilung in dieses Ressort eingegliedert worden, und die Frauenverwaltung, Senat, aber auch dieses Parlament haben letztendlich nicht konsequent zu Ende gedacht und darüber nachgedacht: Was passiert eigentlich, ZGF als eigenständige Landesbehörde und die Frauensensorin und als Abteilung bei der Frauenbehörde und damit weisungsgebunden?

Diese Diskussion hat im Sommer begonnen, als die sogenannte Giftliste auftauchte, und dadurch, daß darin stand, die Frauensensorin werde aufgefordert, über eine Umstrukturierung nachzudenken, haben wir alle auf einmal wieder angefangen und haben gesagt, ja, wie ist eigentlich die letzten zwei Jahre das Miteinander gelaufen?

(Präsident Dr. Klinik übernimmt wieder den Vorsitz.)

Die Frauensensorin hat vom Senat den Auftrag bekommen, bis Ende September darüber einen Bericht abzuliefern, welche Alternativen das sind. Wir Frauen diskutieren darüber: Wie sieht eigentlich die Erfahrung aus? Was hat die Frauensensorin gemacht? Wie ist das Miteinander gelaufen? Ich will heute diese Diskussion nicht hier anfangen und nicht beenden, denn sie gehört noch nicht hierher.

(D)

Wir sollten diese Diskussion führen: Wie geht es mit einer eigenständigen Frauensensorin, daneben einer eigenständigen Landesbehörde und einer Frauensensorin eingebunden in einen Senat weiter? Wie werden wir da weiter miteinander umgehen? Diese Diskussion werden wir führen, und das ist auch richtig so, wenn die Frauensensorin ihre Alternativen auf den Tisch gelegt hat, daß wir uns damit auseinandersetzen. Das wird im Oktober der Fall sein, wenn dieser Bericht des Senats vorliegt, dann werden wir uns gemeinsam darüber verständigen, wie wir dieses Miteinander organisatorisch und von den Aufgaben und von den Rechten und Pflichten her regeln werden.

Ein Satz noch zu dem, was Sie hier gesagt haben: Die Frauensensorin hat hier doch versagt! Also, wenn Sie in den letzten zwei Jahren die Frauenpolitik im Lande Bremen und auch im Parlamentsauschuß begleitet hätten, und zwar aktiv, Frau Schreiber, dann hätten Sie eigentlich mitbekommen müssen, daß diese Frauensensorin nicht nur gesessen hat, sondern diese Frauensensorin hat sehr aktive Frauenpolitik gemacht.

(A) Sie hat die Wirtschaftsförderung mit ihrem Kollegen zusammen aufbauend oder vollendend, was in den Jahren vorher von Frauenpolitikerinnen dieses Parlamentes gemacht worden ist, weitergeführt, zum Teil zu Ende geführt, zum Teil ist es in der Umsetzung, zum Beispiel das Existenzgründerinnendarlehen oder der Mustergrundstücksvertrag. Dies hat sie zusammen mit dem Wirtschaftskollegen umsetzen können.

Sie hat das Nachttaxi in Bremen-Nord eingeführt, in Bremerhaven läuft es, und es wird hoffentlich auch in Bremen-Stadt kommen. Sie hat in der Weiterführung der Arbeit der ZGF zu dem Thema „Gewalt gegen Frauen“ eine Flugblattaktion angeschoben, die mit einer großen Resonanz zurückgekommen ist. Die Antworten sind hochinteressant und werden uns in unserer weiteren Arbeit, sowohl in der ZGF als auch im Parlament, begleiten. Sie sehen also, hier ein Nichtstun der Senatorin darzustellen ist nicht richtig, und von daher hat es sehr wohl seine Begründung, daß diese Frauensensorin bis zum Ende der Legislaturperiode, und nur soweit geht ihr Mandat, auch im Amt bleibt.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN  
und bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort Frau Senatorin Uhl.

(B) **Senatorin für Arbeit und Frauen Uhl:** Herr Präsident, meine Herren und Damen! Die Kollegin Klöpfer hat ja eben bereits darauf hingewiesen, daß es mehr als verwunderlich erscheint, daß die CDU plötzlich ihr Herz für die ZGF entdeckt hat. Diese Verwunderung teile ich ausdrücklich. Man muß bei solchen Worten und bei solchen Tönen sehr hellhörig sein, um auch mitzubekommen, worum es der CDU im Kern geht. Im Kern, habe ich den Eindruck, geht es ihr einerseits zwar um den Bestand der ZGF, gleichwohl aber hat sie noch nicht begriffen, daß Frauenpolitik umsetzen auch andere Institutionen und andere Instrumente fordert, als das, was wir bisher in Bremen gehabt haben.

Die Einrichtung eines Arbeits- und Frauenressorts 1991 durch die Ampelkoalition hat dazu beigetragen, daß die Frauenpolitik in Bremen institutionalisiert wurde, und ich glaube, gerade die guten Erfahrungen und die Pionierinnenarbeit, die die Kolleginnen der ZGF in den Jahren voraus geleistet hatten, waren ein guter Grundstein, um darauf aufbauen zu können. Wir sind allerdings, und das ist, glaube ich, weder einer Frau noch einem Mann in der Bundesrepublik Deutschland verborgen geblieben, auch ein ganzes Stück weitergekommen, gemeinsam, aber auch mit unterschiedlichen Rollen und unterschiedlichen Verantwortungsbereichen.

Weitergekommen sind wir überall da, wo es darum geht, Erkenntnisse zu haben und Maßnahmen zu initiieren, andererseits aber diese Erkenntnisse dann auch in tatsächliche Politik umzusetzen und dafür zu

sorgen, daß in den anderen Ressorts, aber besonders natürlich auch auf Bundesebene Tatbestände für Frauen geschaffen werden. (C)

Es ist, glaube ich, ganz logisch, und alle in allen Bundesländern können das immer wieder bestätigen, je höher Frauenpolitik institutionell verankert ist, desto mehr wird sie wahrgenommen und desto größer ist auch die Chance, Politik für Frauen durchzusetzen. Wir haben in der Tat in den letzten ein- und einhalb Jahren gemeinsam unglaublich viel bewegt, und wenn Frau Schreiber so tut, als wenn das gar nichts gewesen ist, dann möge sie doch bitte einmal woanders hinsehen, wo viele noch in den Anfängen, etwa Ende 1980 herumkriechen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Wirtschaftsförderung hat Frau Klöpfer schon als Beispiel angeführt, aber ein anderes Thema ist für uns, mindestens für meine Begriffe, genauso wichtig, die Frage nämlich, wie gehen wir mit den Frauen in den Betrieben selbst um? Wir werden demnächst die Aktion „Frauenfreundlicher Betrieb“ starten, auch wiederum gemeinsam mit den Kollegen der anderen Ressorts, so daß wir eine Frauenpolitik nicht nur über die Wirtschaftsförderung, sondern auch über das Bewußtsein in den Betrieben selbst schärfen wollen. Wir möchten gern so viel wie möglich, wie es unsere Aufgabe ist und wie ich Frauenpolitik verstehe, die guten Erfahrungen und die guten Vorarbeiten, die zum Beispiel über das Landesgleichstellungsgesetz von diesem Haus verabschiedet wurden, in die Arbeitsstätten von Frauen implantieren, an denen die meisten Frauen beschäftigt sind, nämlich im Bereich der privaten Wirtschaft, der Unternehmen. (D)

Das ist ein unglaublich mühseliger Prozeß, aber wer, wenn nicht die Frauensensorin soll das durchsetzen und soll auch mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Senat dazu beitragen, daß die das mit uns gemeinsam als Aufgabe formulieren, akzeptieren und dann auch bei der Umsetzung behilflich sind!

Ein anderes Beispiel: In unserem Ressort haben wir den, zugegebenermaßen, das hat sehr lange gedauert, Frauenförderplan fertig. Aber wir sind das einzige Ressort, das das gemacht hat, was ZGF und dieses Haus gefordert haben. Wir haben tatsächlich die Freistellung der Frauenbeauftragten in unserem Frauenförderplan enthalten. Das kann eine Senatorin durchsetzen, um das einmal ganz klar zu sagen.

Das hat die Senatorin für Arbeit und Frauen im Frauenförderplan ihres Ressorts durchgesetzt. Das ist die Signalwirkung an die Frauenbeauftragten der anderen Ressorts zu sagen, meine sehr geehrten Herren oder Damen, in dem Arbeits- und Frauenressort ist das geschafft worden, was wir eigentlich für alle fordern, und dazu bin ich auch bereit, die entsprechenden Kontingente innerhalb des Ressorts durch Aufgabenverlagerung oder -verteilung zur Verfügung zu stellen.

(A) Noch ein Letztes! Die gute Arbeitsteilung zwischen ZGF und Senator für Arbeit und Frauen, finde ich, hat vor allen Dingen dann ihren durchaus praktischen, aber auch politischen Sinn, wenn es darum geht, daß auf Bundesebene und bei den Diskussionen innerhalb des Senats selbst sehr viel schärfer und noch sehr viel stärker nach diesen ersten Erfahrungen und nach dem, was wir uns gemeinsam erarbeitet haben, zu frauenpolitischen Themen Stellung genommen werden kann.

Ich möchte nur einiges kurz anreißen: Frauenressort und damit auch Frauenpolitik in dem Verständnis eines Frauenressorts bedeutet, sich einzuschalten in politische Diskussionen und vor allen Dingen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Existenzsicherung von Frauen beitragen und eine rechtliche Absicherung von Existenzgründungen von Frauen bewirken. Existenzgründung oder Existenzsicherung meine ich besonders im Hinblick auf die notwendige Veränderung der Sozialversicherungssysteme, wir haben schon einmal darüber beraten, die ja bisher überhaupt nicht ausgelegt sind auf die so unterschiedliche, so andere Lebens- und Erwerbsbiographie von Frauen.

Zweitens, wir müssen neue Strategien auch für die Beschäftigung und für die Arbeitsmarktpolitik von Frauen selbst entwickeln. Wir müssen lernen, daß ihre Unterbrechungsphasen zwischen Erwerbstätigkeit und Familienphase nicht nur zum Teil sozialversicherungsrechtlich nicht abgesichert sind, sondern wir müssen auch neue Wege sehen und gemeinsam formulieren, wie wir zum Beispiel bei der Familienphase dazu beitragen, daß ein Stück Erwerbstätigkeit gleichwohl sein kann, auch innerhalb der rechtlichen Bewertung, und daß die Voraussetzungen der Inanspruchnahme der Sozialversicherung gegeben sind.

Ein Drittes, die EG hat eine Reihe von Richtlinien und Empfehlungen ausgesprochen, die dringend in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Die Bundesregierung selbst läßt sich damit unglaublich viel Zeit. Ich jedenfalls habe mir vorgenommen, daß wir auf der Frauenministerkonferenz im November dieses Jahres die entsprechenden ersten Entwürfe einbringen werden.

Das letzte: Ich glaube ganz sicher, wenn wir Frauen alle gemeinsam uns nicht zurückschneiden lassen wollen auf Befugnisse und Rechte, die wir ursprünglich hatten, sondern alle gemeinsam dazu beitragen wollen, daß auch die Ergebnisse der Arbeit der ZGF in politisches Handeln umgesetzt werden, dann sind wir mit einem Frauenressort richtig gut beraten. — Danke sehr!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schreiber.

Abg. Frau **Schreiber** (CDU \*): Frau Klöpffer, Frau Uhl! Sie beide haben sich erstaunt gezeigt, daß die CDU sich hier für die Zentralstelle der Gleichberechtigung der Frau einsetzt. Das ist nichts Neues. Wenn Sie die Debatten in den letzten Jahren kritisch mitverfolgt hätten, hätten Sie durchaus gesehen, daß wir die Gleichstellungsstelle an sich nie in Frage gestellt haben, sondern für uns geht es um eine überparteiliche Gleichstellungsstelle, und da sehen wir eine Chance im neuen Jahr, wenn diese Stelle neu besetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ein paar Dinge aufgreifen, die heute in der Presse standen. Frau Uhl, Sie haben eben gesagt, die Aufgaben zwischen Zentralstelle und Frauenressort kann man sehr gut abgrenzen. Sie haben da auch einiges aufgezählt. Sie haben zum Beispiel gestern Abend bei dem Treffen der Gleichstellungsbeauftragten einen Brief vorgelesen, in dem sie diesen Frauen dargelegt haben, welches Ihre Aufgaben und welches die Aufgaben der Gleichstellungsstelle seien. Dabei haben wir festgestellt, daß das, was Sie in Worte gekleidet haben, genau das gleiche ist, was im Errichtungsgesetz steht.

Es wurde von allen Frauen gestern Abend so gesehen, und das bedeutet für uns und für diese Frauen, so wurde es auch gesagt, wörtlich zitiert von gestern Abend, „ein Tod auf Raten“, und das gibt es nicht mit der CDU, das sage ich Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Die aktive Frauenarbeit, die Sie uns hier heute aufgezählt haben, Wirtschaftsförderung, Existenzgründerinnendarlehen, Mustergrundstücksvertrag et cetera! Sie können sich vielleicht erinnern, daß das nicht erst in diesem Jahr andiskutiert wurde, sondern schon länger, und daß Sie sich als zuständige Frauensenatorin natürlich nicht gegen eine Umsetzung einsetzen, sondern für eine Umsetzung, das halten wir für selbstverständlich!

(Beifall bei der CDU)

Das Nachttaxi wird ebenso schon seit vielen Jahren diskutiert. Es ist schön, daß es durchgesetzt ist, es ist aber nicht einzig nur Ihnen zuzuschreiben.

Zur Flugblattaktion! Vielleicht haben Sie auch Leserbriefe gelesen, wir haben dieses Thema „Gewalt gegen Frauen“ im Frühjahr bereits hier im Parlament diskutiert. Wir sind da zu den gleichen Ergebnissen gekommen wie die Flugblattaktion. Sie waren zu erwarten, und ich weiß nicht, warum man dann 10 000 DM Porto für etwas ausgeben mußte, wo man das Ergebnis eigentlich schon wußte. Ich weiß nicht, wie Sie die Briefe sonst verschickt haben ohne Porto.

(Senatorin Uhl: Die haben wir verteilt!)

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Mit Botendienst vielleicht?

(Abg. Frau K l ö p p e r [SPD]: Wenn Sie sich um Frauenpolitik gekümmert hätten, dann wüßten Sie das!)

Es sind auch Briefe verschickt worden, es ist mir ja selbst nach Hause gebracht worden!

Wenn dann heute in der Presse steht, Frau Uhl, daß Sie sich am Tag der Parlamentsdebatte nun äußern und sagen, Sie wollten die ZGF nie zerschlagen, dann haben Sie vier Wochen geschwiegen, vier Wochen nach der Senatsklausur, und das halte ich für erschreckend.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Ein paar letzte Anmerkungen noch, Herr Präsident!

Dann haben Sie selbst gesagt, ich zitiere aus dem „Weser-Kurier“, Sie betonen, „daß eine Wiederausgliederung der ZGF aus Ihrer Behörde eine logische Konsequenz Ihrer Position“ sei. Ich finde das eigentümlich, denn durch Ihre Amtseinführung war es ja erst einmal die Konsequenz, daß die ZGF einverleibt wurde. Dieser Satz ist meines Erachtens sehr unverständlich.

Ich habe bereits gesagt, die Gleichstellungsstelle laut Errichtungsgesetz, so wie wir es vor zwei Jahren hatten, das wäre unser Ziel. Jedenfalls, denke ich, haben Sie uns heute und auch der Presse und den Bremerinnen weismachen wollen, daß Sie es schon immer gut gemeint haben mit der Gleichstellungsstelle. Sie haben jetzt zugegeben, daß es so, wie es im Moment in dieser Konstruktion läuft, eigentlich nicht glücklich ist. Jetzt sagen Sie, Sie wollen es wieder zurückführen, wir wissen aber, wir werden damit wahrscheinlich noch zwei Jahre warten müssen. Jedenfalls, denke ich, haben Sie insgesamt mit diesen Aktionen den Bremerinnen keinen frauenpolitischen Gefallen getan!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 13/617 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und DVU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, DIE GRÜNEN, FDP und NK)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

**Unterstützung Verkehrsträger Binnenschifffahrt** (C)

Antrag der Gruppe der NK  
vom 6. September 1993  
(Drucksache 13/636)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Nennstiel.

Abg. **Nennstiel** (NK): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschlands Binnenschifffahrt verliert an Schubkraft. Nach einer Statistik des Bundesverkehrsministeriums sank das Frachtaufkommen auf den westdeutschen Kanälen und Flüssen seit 1980 trotz Milliardeninvestitionen in die Wasserstraßen um vier Prozent. Der Schiffsbestand verringerte sich um rund ein Drittel und die Frachtkapazität um 20 Prozent. Nach Berechnung könnte auf den Binnengewässern ohne weitere Baumaßnahmen die doppelte Gütermenge gegenüber heute transportiert werden.

Ihre große Zeit erlebte die Binnenschifffahrt Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre. 1970 registrierten die Statistiker an der Bremer Weserschleuse ein Ladungsaufkommen von fast sechs Millionen Tonnen. 1991 transportierte die Binnenschiff flotte auf ihrem Weg durch die Bremer Weserschleuse lediglich noch 3,5 Millionen Tonnen, und sie hat heute nur noch eine geringe Bedeutung als Verkehrsträger.

Wenn vor diesem Hintergrund am 16. Juni 1993 im Bundesrat das Tarifaufhebungsgesetz verabschiedet wurde und am 1. Januar 1994 in Kraft tritt, bedeutet dies, daß mittelfristig bis zu 50 Prozent der Bremer Partikuliere dem wirtschaftlichen und finanziellen Druck nicht gewachsen sind und in den Ruin fahren. Die Theorie der Verkehrsminister, daß mit einer Freigabe der Frachttarife verkrustete Marktstrukturen aufgelöst werden und die Binnenschifffahrt sich flexibel im Markt verhalten kann, müssen wir entschieden zurückweisen. Mit der Tarifaufhebung werden marktstörende Strukturen sogar noch gefördert, da die Schiffseigner ab diesem Zeitpunkt einem uneingeschränkten Marktdiktat der Verloader ausgesetzt sind.

Meine Damen und Herren, des weiteren bleiben in den Benelux-Ländern die dortigen gesetzlichen Marktsysteme erhalten. In den Niederlanden zum Beispiel besteht ein wesentlich dirigistischeres System für die Teilnahme am innerholländischen Frachtverkehr. Einmal besteht ein sogenanntes Lizenzsystem und zum zweiten ein Tour-de-rôle-System. Seit 1982 wurden keine Lizenzen mehr, weder für holländische noch für ausländische Schifffahrtsunternehmen, ausgegeben. Dies bedeutet, daß alle in den letzten Jahren in den Niederlanden gebauten Neubauten ihre Beschäftigung auf dem internationalen Rhein oder auf dem deutschen Markt suchen.

Aus außenpolitischen Gründen hat die niederländische Verkehrsministerin Frau Mai-Weggen in-

(B)

(D)

(A) zwischen die Aufhebung der Ausgabensperre für neue Lizenzen wirksam werden lassen. In diesem Zusammenhang ist das Projekt Verlängerung des holländischen Twentekanal zum Mittellandkanal von besonderer Bedeutung für den Binnenschiffahrtsweg Weser.

Die Gefahr einer durchgehenden Ost-West-Verbindung, die für die norddeutschen Seehäfen äußerst nachteilig wäre, ist nicht mehr von der Hand zu weisen. Durch die erheblich verkürzte Anreise wird mit Sicherheit noch mehr holländische Tonnage auf den deutschen Markt drängen.

Für die deutsche Binnenschiffahrt gab es seit Jahrzehnten nur ein einziges ordnungspolitisches Element, das der Marktstabilisierung diente, die innerdeutsche Frachtenregelung nach dem Binnenschiffahrtsgesetz. Das heißt, es gab beim Transport innerhalb der Bundesrepublik keine Fracht, der nicht die Vertreter der verladenden Wirtschaft bei den Verhandlungen in den paritätisch besetzten Frachtauschüssen zugestimmt hätten.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. **Nennstiel** (NK): Ich komme zum Schluß, Herr Präsident!

Das traditionsreiche Gewerbe der Bremer Binnenschiffahrt — ich erinnere an die alten Raddampfer mit ihren Schleppkähnen und die tuckernden Bockschiffe auf der Weser, die sich im Laufe der Zeit zu modernen Europaschiffen mauserten —, dieses Gewerbe, das zu Bremen gehört wie die Werften und die Häfen, wird das neue Marktsystem nicht überleben.

Daher unsere Bitte an den Senat, sich der brennenden Probleme der Binnenschiffahrt anzunehmen und im Bundesrat eine vernünftige Lösung zu fordern! — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der NK)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Weichelt.

Abg. **Dr. Weichelt** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Koalition ist eine positive Einschätzung des Sektors Binnenschiffahrt seit langem unstrittig. Wir benötigen für die positive Einschätzung allerdings nicht die vordergründige Antragslage rechter Gruppierungen.

Die derzeitige Sach- und Rechtslage stellt sich wie folgt dar: Erstens, das Tarifaufhebungsgesetz vom 13. August 1993, nicht vom 16. Juni, setzt das Binnenschiffahrtsverkehrsgesetz, das bisher die Tarifbildung beinhaltete, mit Wirkung vom 1.1.1994 außer Kraft. Danach gilt Tariffreiheit. Diese Regelung erfolgte mit Zustimmung Bremens.

Wir vertreten hier die Auffassung, daß die Freigabe der Tarife langfristig der Angleichung der Wett-

bewerbsbedingungen im europäischen Raum dient und somit der nationalen Binnenschiffahrt nützlich ist. (C)

Zweitens, das bestehende Kabotageverbot ist mit Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes zum 1.1.1993 aufgehoben worden. Die entsprechende EG-Verordnung enthält für die Bundesrepublik eine Ausnahmeregelung bis zum 31.12.1994. Bis dahin besteht demnach Schutz für die deutschen Partikuliere. Danach besteht keine Möglichkeit mehr, die EG-Richtlinie außer Kraft zu setzen. Die Binnenschiffer müssen bis dahin ihren Anpassungsprozeß vollzogen haben.

Im übrigen weisen die Koalitionäre darauf hin, daß nationale und europäische Gesetzgebungen nicht allein zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Binnenschiffahrt führen dürfen. In einem europäischen Binnenmarkt ist kein Raum für nationale Sonderregelungen wie zum Beispiel das eben erwähnte in Holland und Belgien praktizierte Tour-de-rôle-System, das die Möglichkeit eröffnet, den dortigen Binnenschiffern Vorteile bei der Aufnahme von Ladung einzuräumen. Die niederländischen Binnenschiffer zahlen darüber hinaus die halbe Versicherungssteuer, es gibt eine steuerfreie Investitionsrücklage und großzügige Übergangshilfen.

Deshalb fordern die Koalitionäre weitere Harmonisierungsschritte, damit die nationale Binnenschiffahrt, die zugegebenermaßen einem enormen Wettbewerbsdruck ausgesetzt ist, mittelfristig bestehen kann. Dies ist politisch notwendig, weil Binnenschiffahrt umweltfreundlich, energiesparend und verkehrstechnisch sicher ist und darüber hinaus mittelfristig auch dazu beiträgt, den Lkw von der Straße zu bringen. (D)

Den Antrag der NK lehnen wir ab, weil er in der sachlichen Einschätzung falsch ist.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Meier-Hedde.

Abg. **Dr. Meier-Hedde** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag „Unterstützung Verkehrsträger Binnenschiffahrt“ ist vor dem Hintergrund der unbestreitbar schlechten wirtschaftlichen Lage der meisten Partikuliere, also der Eigentümer von Binnenschiffen, zu sehen. Der Antrag schlägt vor, die derzeit noch bestehenden bindend vorgeschriebenen Tarife, die feste Beförderungsentgelte vorsehen, beizubehalten und das auf Abschaffung eben dieser Tarife abzielende Tarifaufhebungsgesetz nicht in Kraft treten zu lassen.

Meine Damen und Herren, die gegenwärtig schlechte wirtschaftliche Lage in der Binnenschiffahrt beruht auf Überkapazitäten. Zu viele Schiffe, zu wenig Ladung, das ist es in einfachen Worten. Diesen beklagenswerten Umstand haben die derzeit noch bestehenden Tarife nicht verhindert. Die Über-



- (A) Hilfswerk und dann auf die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt eingehen.

Es ist unumstritten, daß das THW bundesweit erhalten werden muß. Indirekt befiehlt sogar das Grundgesetz, daß die Bundesrepublik Deutschland für seine Bevölkerung Hilfsorganisationen zur Verfügung zu stellen hat. Trotzdem passiert es immer wieder, daß einige Bürokraten an Schrauben drehen, von denen sie wenig Ahnung haben.

So ist es eben außerordentlich wichtig, daß Landesverbände des THW erhalten bleiben. Allein in Bremen sind 1 700 ehrenamtliche Helfer beim THW — wir hatten in der letzten Debatte noch gehört, daß es unbedingt wichtig ist, die ehrenamtlichen Helfer zu unterstützen —, die bereit sind, unbürokratisch, ich würde sogar sagen, preiswert und schnell Hilfe zu leisten.

Wenn dann die Bürokraten immer wieder hergehen und Gerüchte streuen, daß gewachsene Landesverbände, die in Jahrzehnten sich formiert haben, die aus ehrenamtlichen Mitgliedern bestehen, eventuell aufgrund der verbrauchten Gelder aufgelöst werden sollten, dann habe sowohl ich persönlich als auch meine Fraktion dafür überhaupt kein Verständnis. Schließlich haben wir auch einen Fußballverband Werder Bremen und Bayern München.

Wir warnen also davor, die Arbeit der ehrenamtlichen Mitglieder kaputtzumachen, denn gerade das sind die Menschen, die nicht fragen, was kann der Staat für mich tun, diese Menschen fragen nämlich, was kann ich für den Staat tun!

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich bezweifle überhaupt, daß es möglich ist, ohne ehrenamtliche Helfer auf allen Ebenen auszukommen. Gerade jetzt in Somalia, bevor die Bundeswehr kam, hat das THW schon wertvolle Hilfe und beispielhafte Arbeit geleistet, und das ist einfach anzuerkennen.

Unser Bundesinnenminister Kanther hat ja nicht umsonst in einer Presseerklärung gesagt: „Im Namen der Bundesregierung bedanke ich mich bei den THW-Helfern für den Einsatz und die ausgezeichnete Arbeit.“ Diesem Dank möchte ich mich — wenn Sie erlauben — im Namen des Hohen Hauses anschließen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Nun hat sich der Bundesrechnungshof über die Kosten des THW allgemein und speziell über die Zentralwerkstätten des Katastrophenschutzes Gedanken gemacht. Daraufhin hat der Bundesminister des Innern ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten liegt jetzt vor, und eine Aussage in diesem Gutachten ist eben, daß möglicherweise — es ist ja noch nichts entschieden, aber wir müssen vorbauen, denn sonst fällt das Kind in den Brunnen — die Zentralwerkstatt des Katastrophenschutzes in Bremen aufgelöst werden könnte.

Da kann ich Ihnen ganz klar sagen, wir wären nicht bereit gewesen, wenn wir aufgrund dieses Gutachtens gesehen hätten, daß da Millionen DM hätten gespart werden können. Dabei ist es auch bei solchen Einrichtungen nicht unbedingt wichtig, ob recht viel Geld gespart wird. Das ist auch zu bezweifeln. Das Gutachten gibt es auch nicht her, und ich persönlich bezweifele, daß da sehr viel Geld gespart wird.

(C)

Soweit uns bekannt ist, gibt es im Raum Niedersachsen vier Zentralwerkstätten des Katastrophenschutzes. Mir wäre es zu billig zu sagen: Nun macht dann in Niedersachsen eine Zentralwerkstatt zu, dafür erhaltet die Bremer Zentralwerkstatt! So etwas macht man nicht und ist mit mir auch nicht zu machen, denn auch da wohnen vor Ort Menschen, die ihre Arbeit lieben und die auch an ihren Ort gebunden sind.

Die Vorteile der Zentralwerkstatt des Katastrophenschutzes Bremen sind nicht von der Hand zu weisen. Ich erwähne hier einige Beispiele.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Bergen** (CDU): Ja, ich bin gleich fertig, Herr Präsident! Außerdem kann man solch ein staatstragendes Thema nicht in fünf Minuten abhandeln.

**Präsident Dr. Klink:** Wir haben aber beschlossen fünf Minuten! Auch mit Ihrer Stimme!

(D)

Abg. **Bergen** (CDU): Ja, ich bin auch sofort fertig!

Die Zentralwerkstatt Bremen hat flächenmäßig noch Aufnahmekapazität. Die Zentralwerkstatt Bremen prüft Teile von Atemschutzgeräten jetzt schon, außerhalb der normalen Arbeit, für den gesamten norddeutschen Raum. Die Zentralwerkstatt Bremen ist Ausbildungswerkstatt für Handwerker. Die Zentralwerkstatt Bremen ist Ausbildungswerkstatt für Elektriker der Fachrichtung Informatik, und außerdem versorgt die Zentralwerkstatt Bremen 21 freiwillige Feuerwehren durch Reparaturarbeiten, die auf dem kurzen Dienstwege eben hier in Bremen erledigt werden können.

Das Gutachten sagt aus, in Niedersachsen mögen eine oder zwei Zentralwerkstätten des Katastrophenschutzes erhalten bleiben. Man weiß noch nicht, wie das kommen soll. Der Weg von Oldenburg nach Bremen ist eigentlich genauso weit wie der Weg von Bremen nach Oldenburg, so daß sich da nicht viel tut!

Aber das Schlimmste, was uns passieren könnte — und gerade im Lande Bremen —, wäre, daß wir hier 18 hochqualifizierte Arbeitsplätze bei der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt Bremen verlieren würden.

Unsere CDU-Fraktion hat bereits Bernd Neumann und Günter Klein eingeschaltet. Sie haben uns ver-

(A) sprochen, sich für den Erhalt der Zentralwerkstatt Bremen einzusetzen, und ich bitte auch die anderen Fraktionen, die diesen Antrag unterschrieben haben, ihre Bundestagsabgeordneten einzusetzen, so daß die Zentralwerkstatt Bremen des Katastrophenschutzes erhalten bleibt.

Außerdem darf ich noch kurz zur Kenntnis geben, daß das Land Bremen durch den Abzug der Amerikaner aus Bremerhaven, durch die Aufgabe von Bundeswehrräumen und durch die Verlegung der BVS-Stelle Landesverband Bremen schwer getroffen wurde. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Marken.

Abg. Frau **Marken** (SPD) \*): Vielleicht hätten wir beide nach dem gleichen Konzept reden können! Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nicht nur die Veränderungen der militärischen Sicherheitslage machen Kürzungen auch im Bereich der Katastrophenschutzeinrichtungen nötig. Der Bund ist darüber hinaus der Auffassung, daß für den Aufbau eines funktionsfähigen erweiterten Katastrophenschutzes in den neuen Bundesländern Reduzierungsmaßnahmen in den alten Bundesländern durchgeführt werden müssen. Das ist eine Begründung, die auch nachvollziehbar ist.

(B) Nicht nachvollziehbar ist die Tatsache, daß diese Reduzierungsmaßnahmen zu Lasten des kleinsten Bundeslandes durchgeführt werden sollen. Eine Zusammenlegung der Landesverbände — Herr Bergen erwähnte es bereits — des Technischen Hilfswerks Bremen und Niedersachsen hätte zur Folge, daß die rund 1 800 ehrenamtlichen Männer und Frauen, die im THW für den Einsatz bei Katastrophen, Großunfällen und der humanitären Hilfe im Ausland zur Verfügung stehen, die für die freiwillige Arbeit so dringend notwendige Motivation verlieren würden.

Es ist zu vermuten, daß viele Leistungsträger in den acht Ortsverbänden — sieben davon in Bremen, einer in Bremerhaven — des THW Bremen sich inhaltlich in einem nach Niedersachsen zugeschlagnen Landesverband nicht mehr wiederfinden. Das kann niemand wollen, der weiß, wie hoch das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in dieser Zeit einzuschätzen ist. Ich schließe mich da ausdrücklich dem Dank an.

Zur Katastrophenschutzwerkstatt! Die Situation der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt in Huckelriede in Bremen stellt sich noch wesentlich brisanter dar. Während die Zusammenlegung von THW-Landesverbänden offensichtlich eine Auseinandersetzung zwischen dem Organisationsreferat des Bundesministers des Innern und der entsprechenden Fachabteilung des BMI ist, liegt zwischenzeitlich zur Wirtschaftlichkeit der Zentralwerkstätten ein Gut-

achten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wibera vor. Herr Bergen erwähnte es. Er sagte auch, daß so weit abgebaut werden soll, daß von 35 bestehenden Werkstätten 20 geschlossen werden sollen. Auch hier ist Bremen wieder vertreten. Wir wollen das nicht!

Die zur Zeit 18 Mitarbeiter der Zentralwerkstatt in den drei Fachbereichen Atemschutz, Fernmelde- und Kraftfahrzeugtechnik haben einen Anspruch darauf, daß wir alle Möglichkeiten nutzen, um ihre Arbeitsplätze in Bremen zu erhalten. Es ist nicht zu verstehen, daß eine leistungsstarke, mit qualifiziertem Personal sowie auf dem neuesten Stand der Technik ausgestattete Werkstatt aufgegeben werden soll. Die Folge wäre, daß bei einer Schließung alle Fahrzeuge und Geräte zur nächstgelegenen Zentralwerkstatt in Westerstede, 75 Kilometer entfernt, gebracht werden müssen. Der Weg von Bremerhaven ist dann ebenfalls entsprechend länger.

Man muß hinzufügen, es hat Mitte der achtziger Jahre schon Veränderungen gegeben, nämlich dadurch, daß eine Werkstatt in Bremerhaven aufgelöst wurde, es ist also schon zwischen Bremen und Bremerhaven zusammengelegt worden.

Es dürfte jedem klar sein, welche Kosten den Organisationen entstehen, die zukünftig mit ihren Fahrzeugen zur Wartung und Reparatur solche Distanzen zurücklegen müssen, ganz zu schweigen von der eingeschränkten Einsatzfähigkeit von Fahrzeugen und Geräten.

(D) Wie günstig der Standort der Werkstatt ist, hat sich gerade in den letzten Wochen gezeigt. Zur Zeit befinden sich — das kann man sehen — Fahrzeuge des Technischen Hilfswerkes verschiedener Bundesländer in der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt, die im Einsatz in Somalia waren. Diese Fahrzeuge werden dort überprüft und soweit instand gesetzt, daß sie an ihre Standorte zurückgeführt werden können. Insofern ist der Standort günstig, weil er in der Nähe der bremischen Häfen liegt, denn über diese bremischen Häfen werden die Fahrzeuge von Somalia zurücktransportiert.

Fazit: Es muß alles getan werden zum Erhalt der Landesorganisation des Technischen Hilfswerkes und — was noch wichtiger ist — zum Erhalt von Arbeitsplätzen, nämlich mit dem Erhalt der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt.

Erst wenn diese Bemühungen nicht zum Erfolg führen, müssen Verhandlungen mit Niedersachsen — und darauf mache ich ausdrücklich aufmerksam — geführt werden, daß zumindest dann der Sitz eines gemeinsamen Landesverbandes in Bremen ist, und es muß geregelt werden, daß auf jeden Fall die Zentralwerkstatt in Bremen dann hier bleibt und die Aufgaben aus West-Niedersachsen mit übernehmen kann. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator van Nispen.

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) **Senator für Inneres und Sport v. Nispen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich bei dem Initiator dieses Antrages und bei den unterstützenden Fraktionen ausdrücklich bedanken. Dieser Antrag ist geeignet, die Bemühungen meines Hauses nachhaltig zu unterstützen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN  
und bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der CDU, der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 13/645, Neufassung, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle einstimmige Annahme fest.

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 25  
vom 24. August 1993**

(Drucksache 13/626)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 26  
vom 7. September 1993**

(Drucksache 13/637)

(B)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

**Stiftung „Wohnliche Stadt“ erhalten**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU,  
der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP  
vom 15. September 1993  
(Drucksache 13/643)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat einen Antrag eingebracht, der sich mit der Frage der Stiftung „Wohnliche Stadt“ beschäftigt, und hat sich für den Erhalt dieser Stiftung ausgesprochen. Anlaß dieser

Diskussion sind Überlegungen, die der Finanzsenator, Herr Kröning, angestellt hat, nämlich die Stiftung „Wohnliche Stadt“ aufzulösen oder zumindest ihr den Geldhahn ein Stück weit abzdrehen.

Diese Überlegungen, die der Finanzsenator, Herr Kröning, angestellt hat, wurden dann unverzüglich in der Presse qualifiziert mit Ausführungen wie „dämlich“, oder es gab auch die Formulierung: „Wer die Auflösung der Stiftung verlangt, handelt unpolitisch und unsensibel.“ So wurde Volker Kröning mit seinen Überlegungen titulierte.

(Abg. **B a r s u h n** [SPD]: Schönen Dank für  
das Zitat!)

Meine Damen und Herren, Herr Barsuhn hat eben selbst dazu gestanden, daß das eine Zitat von ihm kommt, ich will dazu folgendes bemerken: Daß ein Finanzsenator in dieser finanziellen Lage, in der sich unser Bundesland befindet, an allen Ecken und Enden überlegt und nachdenkt und prüft, was man machen kann, um die Finanzen dieses Landes in Ordnung zu bringen, ist völlig richtig und korrekt, und das ist auch seine Aufgabe. Daß er dann natürlich auch dazu kommt und überlegt, wie ist das denn mit der Stiftung „Wohnliche Stadt“, dazu muß ich sagen, ich teile in der Formulierung „dämlich“ oder „unpolitisch“ in diesem Falle nicht so ganz die Ausführungen, die da gemacht wurden, aber ich komme nicht zu demselben Ergebnis wie Sie.

Ich finde, daß man darüber nachdenken kann, ist gar keine Frage. Ich glaube nur trotz allem, man muß sich in Erinnerung rufen, wie diese Stiftung entstanden ist. Als es 1978 darum ging, eine Spielbank einzurichten, gab es erhebliche Bedenken in den unterschiedlichsten Fraktionen. Das Ergebnis war, daß SPD und CDU damals gemeinsam gesagt haben, wir sind für die Spielbank, wir sind allerdings auch dafür, daß die entsprechenden Abgaben besonderen Zwecken zugeführt werden, um die Bedenken, die damals vorgetragen wurden, auszuräumen. Deswegen ist damals, insbesondere gegen die Stimmen der FDP, diese Stiftung „Wohnliche Stadt“ errichtet worden.

Wenn man sich das jetzt zurückblickend anschaut, was diese Stiftung geleistet hat, welches Volumen sie zu bewältigen gehabt hat, was sie alles gemacht hat und wie die Reaktionen in der Bevölkerung sind im Hinblick auf die Überlegung, gab es kaum so einhellige Kritik an dem, was der Finanzsenator vorgetragen hat, wie daran, was er jetzt als Überlegung vorgestellt hat.

Im Grunde genommen waren sich alle einig: Beiräte, Institutionen und andere, diese Stiftung muß erhalten bleiben. Es gibt natürlich bestimmte Argumente, die vorgetragen werden. Ich glaube nur, daß man diese Argumentation nicht isoliert aus der heutigen Sicht sehen darf, sondern auch aus der Entstehungsgeschichte dieser Stiftung. Ich glaube, wenn das Geld einfach im Haushalt verschwinden würde,

(C)

(D)

(A) würden in Bremen und Bremerhaven viele Maßnahmen nicht stattfinden.

Ich halte auch die parlamentarische Kontrolle für gegeben, die ja vielfach bestritten wird, durch die Beteiligung der Abgeordneten aus diesem Hause. Das Parlament wählt hier die Abgeordneten, die im Grunde genommen die Verwendung dieser Gelder kontrollieren. Insofern zeigt auch die Resonanz in der Bevölkerung, daß das, was dort gemacht wird und wie es gemacht wird, draußen ankommt, und ich glaube, daß dieses Parlament und auch der Senat eine falsche Entscheidung treffen würden, wenn sie zu dem Ergebnis kämen, daß diese Stiftung aufgelöst werden sollte.

Deswegen bin ich froh, daß der CDU-Antrag von allen anderen Fraktionen übernommen wurde und daß es einheitliche Meinung dieses Hauses ist, daß hier diese Stiftung erhalten bleibt, selbst wenn man einige Argumente, die der Finanzsenator vorträgt, ernst nehmen muß. Entscheidend sind aber für meine Begriffe die politischen Aspekte, nicht die rechtlichen, die dafür sprechen, daß diese Stiftung erhalten bleibt.

Es gibt viele Argumente, die wir auch gerade in der letzten Sitzung des Stiftungsrates zusammengetragen haben. Aufgrund der Kürze der Zeit kann ich diese hier nicht alle nennen. Das hat etwas mit der Frage Beginn einer Tradition zu tun, wie es zum Beispiel ein Mitglied dieses Stiftungsrates gesagt hat. Ich könnte bestimmte Argumente, die Herr Fluß dort erwähnt hat, in Erinnerung rufen, ich will darauf verweisen. Frau Bernbacher hat ja gestern eine CDU-Initiative in „Buten un binnen“ verkauft. Das ist natürlich eine besondere Variante, aber gut, das will ich nun nicht besonders —.

(B)

(Abg. Frau Bernbacher [DIE GRÜNEN]: Ich habe mich nicht angebedert, ich bin gefragt worden!)

Ich will nur darauf hinweisen, daß ich froh und dankbar bin, daß das Parlament die CDU-Initiative übernommen hat und übernimmt. Der Finanzsenator wird sich zwar zu Wort melden, aber auch in dieser Frage wird er nicht recht bekommen, was ich in diesem Punkt nicht bedauere. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Barsuhn.

Abg. **Barsuhn** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dies ist ja ein interfraktioneller Antrag, und insofern brauche ich das auch nicht alles zu wiederholen, was Herr Pflugradt gesagt hat. Ich will hier nur etwas klären. Wir führen hier im Grunde genommen im Parlament eine Gespensterdiskussion deshalb, weil eigentlich nur ein Antrag des Parlaments vorliegt. Diejenigen, die diese Diskussion in Gang ge-

bracht haben und sich öffentlich dazu geäußert haben, haben ja an die Stiftung „Wohnliche Stadt“ bisher noch nichts gestellt. Das ist eigentlich das Problem, und es war auch das Problem meiner Fraktion, diesem Antrag hier ursprünglich im Parlament beizutreten, weil wir der Auffassung waren, daß man sich erst der Mittel bedienen soll, die satzungsgemäß vorgegeben sind. Das haben wir getan, nämlich darum gebeten, eine Sondersitzung des Stiftungsrates einzuberufen, um den Vorstand in die Lage zu versetzen, Vorsorge gegen eine Existenzbedrohung der Stiftung zu treffen.

Dies ist auch geschehen, und dessenungeachtet, es ist ja schon genannt worden, darf und kann der Finanzsenator natürlich darüber nachdenken, wie er alle Mittel, deren er habhaft werden kann, einsackt, um den Haushalt zu sichern. Nur, eines ist sicher: Meines Wissens sind alle Beschlüsse bisher im Stiftungsrat einstimmig gefaßt worden, also auch mit dem Vertreter des Finanzsenators. Im Grunde genommen wird vom Finanzsenator auch gar nicht bestritten, daß die meisten Gelder zumindest haushaltsentlastend wirken, weil viele Sachen, die die Stiftung gemacht hat, sonst sicherlich aus dem Haushalt hätten bezahlt werden müssen.

Eine andere Sache kommt hinzu: Um es ganz deutlich zu sagen, es würden den Bremerhavenern etliche Mittel weggenommen, denn Bremerhaven ist vielleicht sogar noch mehr als Bremen auf diese Mittel angewiesen.

(D) Ich denke, dieser interfraktionelle Antrag, den alle unterschrieben haben, wird seinen Hinweis als Signal an den Finanzsenator doch nicht verfehlen, indem er vielleicht von der Weiterverfolgung seines Vorhabens absieht, denn Tatsache ist, daß die Stiftung von allen anerkannt ist. Die Stiftung muß weiter ihre Aufgaben erfüllen und quasi als Mäzen erfüllen. Davon haben wir inzwischen nicht nur in Bremen sehr wenig. Meine Fraktion und ich haben ein Interesse, die Stiftung aus dem Gerede herauszuhalten, damit sie ihre Aufgaben für die Bürger Bremens und im Grunde genommen für uns alle erfüllen kann.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernbacher.

Abg. Frau **Bernbacher** (DIE GRÜNEN \*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Es ist in der Tat alles gesagt worden. Ich möchte nur noch ein paar Worte an den Finanzsenator richten.

Verehrter Herr Senator, im Anschluß an unsere Diskussion gestern möchte ich Ihnen nur sagen, wenn sich der Finanzsenator so für die Rechte des Parlaments einsetzt, ist das für mich etwas verdächtig. Darum meine ich, Ihnen ist jetzt jedes Mittel recht, an das Geld zu kommen — und das ist Ihr Hauptbeweggrund —, und das wollen wir nicht. Die-

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) ser interfraktionelle Antrag aller Fraktionen zeigt Ihnen doch ganz deutlich, wo der politische Wille ist. Darum, meine ich, Herr Senator, sollten Sie das sehr ernst nehmen. Die Abgeordneten hier in diesem Hause wollen die Stiftung in ihrer jetzigen Form erhalten und lehnen eine Auflösung, aber auch die Kürzung der Mittel ab.

Ich habe gestern gehört, Ihnen schwebt so etwas vor wie im Bundesland Saarland, das von Stiftungsgeldern oder von den Erlösen der Spielbank 85 Prozent für sich selbst behält, also nur 15 Prozent einer Stiftung zufließen. Sie wissen aber, daß die Abgeordneten hier in diesem Hause das ablehnen. Suchen Sie, verehrter Herr Senator, neue Geldquellen und Sparmöglichkeiten, die Sie als Finanzsenator suchen müßten, das ist Ihr Job! Suchen Sie die aber bitte anderswo und nicht an dieser segensreichen Einrichtung!

Vielleicht läßt sich da auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung einiges machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Haben wirklich alle Projekte, die dort unterstützt worden sind, die Arbeitsplätze, die Produktivität gebracht, die man erwartet hat? Vielleicht lassen sich auch in der Bauplanung und in der Auftragsvergabe einige Fehler vermeiden und Gelder einsparen. Wie wir in der Vergangenheit gesehen haben, ist da doch sehr viel Überflüssiges ausgegeben worden.

(B) Hand an diese Stiftung zu legen bedeutet jedenfalls, daß das Geld, das da in 13 Jahren so gut angelegt worden ist, in dem Moloch Haushalt verschwindet. Keiner hat etwas davon, aber wenn die Stiftung aufgelöst wird, ist es zum Schaden und zum Nachteil der Bürger Bremens und unserer beiden Städte unseres Landes, und wir haben die Verpflichtung, auch in Notzeiten unsere Städte liebenswert zu erhalten und unseren Bürgern die Wohn- und Lebensqualität weiterhin zu bieten. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Bollhagen.

Abg. **Bollhagen** (FDP \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle vier Fraktionen unterstützen diesen Antrag. Selbstverständlich ist ein Finanzsenator, ist der Bremer Finanzsenator in dieser äußerst schwierigen Haushaltssituation frei, über alle haushaltsentlastenden Maßnahmen nachzudenken, aber wer viele Ideen hat, viele Vorschläge macht, muß damit leben, daß es Vorschläge gibt, die angenommen werden, die gut sind, und Vorschläge, die auf Widerspruch stoßen. Hier müssen Sie sich, Herr Senator Kröning, damit abfinden, fürchte ich, daß die Fraktionen dieses Hauses geschlossen der Meinung sind,

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) daß die Stiftung in dieser Form erhalten bleibt, daß ihr Aufgabenfeld in dieser Form erhalten bleibt und daß der Mittelzufluß zur Stiftung erhalten bleibt, damit sie ihre Aufgaben, wie sie sie bisher wahrgenommen hat, auch weiterhin wahrnehmen kann.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Barsuhn sprach es in einem Nebensatz schon an, das Mäzenatentum ist heute sehr viel weniger geworden. Vielleicht kann man wirklich die Stiftung als eine Form des modernen Mäzenatentums, eines unfreiwilligen Mäzenatentums der Spieler der Spielbank, betrachten. Wir stehen zur Stiftung und beschließen diesen Antrag mit.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Kröning.

**Senator für Finanzen Kröning:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bestreite nicht, daß die Stiftung „Wohnliche Stadt“ viel Positives geleistet hat. In der Diskussion ist nicht die Stiftung im allgemeinen, ihr Wirken zum Wohle des Landes und seiner beiden Städte, sondern ihre Finanzierung und auch ihre rechtliche Konstruktion. Dies ist nicht in erster Linie eine kulturpolitische, sondern eine finanzpolitische Angelegenheit. Es sind dringend Anpassungen erforderlich. Wenn man alles so läßt, wie es ist, wird Bremen Schaden nehmen.

(D) Der bestehende Zustand kann nicht bleiben, wie er ist. Es ist nicht wie sonst bei Stiftungen üblich, daß diese Stiftung für sich ein Vermögen hat, aus dessen Erträgen Zuwendungen gegeben werden. Die Stiftung „Wohnliche Stadt“ wird dadurch finanziert, daß ihr jedes Jahr automatisch die Hälfte einer dem Land zustehenden Steuer, nämlich der Spielbankabgabe, zugeführt wird. Das Land hat also eine ihm allein zustehende Steuer an eine private Einrichtung abgetreten. Genau an dieser Stelle liegt das Problem, und das ist in der Tat nicht nur ein rechtliches, sondern auch ein politisches Problem.

Kein anderes Bundesland verfährt so wie Bremen. In den anderen Ländern werden in der Regel 80 Prozent der Spielbankabgabe im Landeshaushalt vereinnahmt, und etwa 20 Prozent erhalten die Standortgemeinden für ihre besonderen Aufwendungen. In dem anderen Land, das wie Bremen in einer Haushaltsnotlage ist, dem Saarland, sind es 15 Prozent. Die anderen Länder und der Bund werden, so befürchte ich, kein Verständnis dafür haben, daß Bremen Sanierungsleistungen von außen in Milliardenhöhe beansprucht und erhält — und ich bin stolz darauf, daran mitgewirkt zu haben, daß sich die Einnahmen Bremens in diesem Umfang verbessert haben — und auf der anderen Seite nicht einmal die Steuern vereinnahmt, die dem Land zustehen.

(A) Das könnte schon bei der jährlichen Berichterstattung über die Sanierung ab 1994 zum Thema werden, spätestens aber im Jahr 1997. Wir haben nämlich in den Verhandlungen über die Sanierung gegen den Widerstand anderer Länder, besonders Bayerns, eine Revisionsklausel im Finanzausgleichsgesetz untergebracht, in der steht, daß 1997 vom Bund und den Ländern gemeinsam geprüft wird, ob Bremen und das Saarland weitere Sanierungsleistungen benötigen. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, ob dies der Fall sein wird, sondern nur darauf hinweisen, daß die offen erkennbare Abtretung der Hälfte einer Landessteuer in einer Größenordnung von 15 Millionen DM unsere Verhandlungsposition in einer solchen späteren Situation, eventuell sogar bei späteren Prozeßaussichten, von vornherein erheblich schädigen würde.

Noch ein Satz zu unserem Teilverzicht auf die Spielbankabgabe im Verhältnis zum Länderfinanzausgleich! Es bestehen dabei abenteuerliche Vorstellungen, die klar und deutlich korrigiert werden müssen. Im Länderfinanzausgleich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Spielbankabgabe zwar — Sie haben es gestern auch gesagt, Frau Vizepräsidentin — in der vollen Höhe als Teil der Finanzkraft Bremens eingestellt, aber wir werden selbstverständlich so behandelt, als hätten wir diesen Betrag in voller Höhe im Haushalt zur Verfügung, um die dem Land obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Daß davon 15 Millionen DM an die Stiftung abgeführt werden, wird in keiner Weise ausgeglichen. Mit anderen Worten — und das ist die umgekehrte Konsequenz zu der, die Sie gezogen haben —, die 15 Millionen DM gehen effektiv in diesem Umfang für den Haushalt verloren.

(B) Zum Teil wird auch vertreten, daß, wenn es die Spielbank gar nicht gäbe, uns diese Beträge ja auch nicht zur Verfügung stehen würden. Auch das ist falsch. Hätte Bremen keine Spielbank, würde sich im Finanzausgleich die anzurechnende Finanzkraft Bremens um 30 Millionen DM verringern. Der Fehlbetrag gegenüber dem Länderdurchschnitt würde sich um diesen Betrag erhöhen. Dieser Fehlbetrag wird aber im Länderfinanzausgleich zu 99 1/3 Prozent ausgeglichen. Bremen würde also in diesem Fall fast die gesamten 30 Millionen DM über den Länderfinanzausgleich erhalten und hätte sie im Landeshaushalt ohne jede Einschränkung zur Verfügung. Im Klartext: Selbst ohne Spielbank und Spielbankabgabe würden wir fast so dastehen, als wenn die Spielbankabgabe in vollem Umfang in den Haushalt käme. Also wäre dies in jedem Falle günstiger als mit der Abführung an die Stiftung!

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident. Ich möchte klarstellen, daß wir nicht unbedingt eine Auflösung der Stiftung wollen, sondern auch eine Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Stiftung in Betracht ziehen. Darüber, welche Mittel sie jährlich erhielte, sollte die Bürgerschaft im Haushaltsgesetz selbst ent-

scheiden. Diese Lösung wäre auch gegenüber den anderen Ländern vertretbar. Nordrhein-Westfalen zum Beispiel, das bereits 1982 seine Konstruktion verändert hat, verfährt so. Diese Lösung werde ich dem Senat vorschlagen, und ich bedauere es, daß, obwohl Ihnen diese Argumente alle nicht erst seit heute bekannt sind und auch schriftlich vorliegen, heute schon eine Entscheidung getroffen werden soll.

Der Innensenator vertritt nach gründlicher Prüfung die gleiche Auffassung wie ich, und auch mit der Senatskanzlei, mit dem Bürgermeister, stimmen wir darüber überein, daß eine rechtliche Anpassung zwingend nötig ist. Ich wäre dankbar gewesen, aber ich fürchte, die Debatte ist dazu zu weit fortgeschritten, wenn Ihre Entscheidung heute ausgesetzt werden wäre. Ich meine, wir sollten im wohlverstandenen Interesse Bremens mindestens über eine andere Rechtsform nachdenken. — Vielen Dank!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernbacher.

Abg. Frau **Bernbacher** (DIE GRÜNEN)\*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Senator Kröning, die Stiftungsgründer haben mit Bedacht und nach langer Überlegung eine privatrechtliche Stiftung ins Leben gerufen, eben damit auch in Notzeiten der Zugriff auf die Geldmittel dieser Stiftung verwehrt wird. Wenn die Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Stiftung erfolgt, dann wiederum, Herr Senator, haben Sie ziemlichen Einfluß auf die Stiftung, und das ist gerade das, was wir eigentlich vermeiden wollen.

Wenn Sie auf die Bundesländer hinweisen, die zu der Entschuldung von Bremen beitragen, und sagen, sie könnten daran Anstoß nehmen: Erst einmal ist es noch gar nicht so weit, Sie wissen ja gar nicht, ob es kommt, und zweitens, wenn die Abgaben — ich hatte es schon gestern gesagt, und Sie haben es eben auch erwähnt — hundertprozentig auf den Finanzausgleich angerechnet werden, haben die Bundesländer wirklich keine Grundlage, Bremen hier zu kritisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Barsuhn. Abgeordneter Barsuhn hat drei Minuten ausgenutzt, er hat noch zwei Minuten.

Abg. **Barsuhn** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorweg, Herr Senator Kröning, einmal eine Rechenaufgabe: Wenn Sie weiter in der Öffentlichkeit so über diese Stiftung sprechen und dafür sorgen, daß sie über das Fernsehen, über die Druckmedien und über das Radio in die Öffentlichkeit gezerrt wird, dann sind Sie es, der diese Stiftung richtig

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) gefährdet, weil nämlich auch andere Leute Zeitungen lesen können und uns erst dadurch der Vorwurf entsteht, daß Bremen nicht alles tut, um seinen Haushalt entsprechend auch dem Sanierungsprogramm zu gestalten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Eine zweite Sache sieht man hier ganz deutlich: Wenn Sie seriös argumentieren, dann bitte kommen Sie auch mit Zahlen. Die Stiftung, der Stiftungsrat hat ja schon vor Jahren auf 50 Prozent der Spielbankeinnahmen verzichtet. Diese sind sowieso schon weg, und die zweite Hälfte dieser Spielbankeinnahmen müssen Sie bitte auflisten in Maßnahmen, welche davon aus dem öffentlichen Haushalt nicht gezahlt worden wären. Erst dann können wir uns seriös darüber unterhalten. Ich garantiere Ihnen, die Zusage, oder ich sage einmal, das Geld für die Sanierung der Glocke, die Gelder für die Böttcherstraße, die zwei Millionen DM für Kultur

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Schauspielhaus!)

— ja, Schauspielhaus und ähnliches —, alles das würde auch weiterhin aus dem öffentlichen Haushalt gezahlt werden.

Ein Letztes habe ich mit Interesse vernommen, Herr Senator, nämlich daß Sie hier sagen, daß der Senator für Inneres und der Bürgermeister der gleichen Auffassung sind, daß diese Stiftung zwingend umgewandelt werden muß. Das, denke ich, werden wir spätestens dann hier noch einmal beraten, wenn uns wirklich auch ein Antrag vom Senat vorliegt. In die Beratung würde ich gern eintreten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind ausgeschöpft. Es gibt in zwei Fällen gleichermaßen Überschreitungen, so daß Waffengleichheit besteht. Dann stelle ich fest, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 13/643, Neufassung, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DVU und Abg. H e i s e [FDP])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir heute noch die Punkte aufrufen, die ohne Debatte vorgesehen sind. Das sind Punkt 28 und, wenn ich richtig sehe, Punkt 31, bei dem nur die Überweisung vorgesehen ist.

Sind Sie einverstanden, daß wir die Tagesordnung in dieser Form umstellen und jetzt Punkt 28 und 31 aufrufen?

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

### **Prüfung der Förderung von Niederdeutsch durch Aufnahme in die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN vom 31. August 1993 (Drucksache 13/629)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 13/629 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

### **Stellungnahme des Senats zum 15. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz**

Mitteilung des Senats vom 31. August 1993 (Drucksache 13/632)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Es ist Überweisung beantragt worden. Wir kommen zur Abstimmung über den Überweisungsantrag.

Wer der Überweisung des 15. Jahresberichts des Landesbeauftragten für den Datenschutz an den Datenschutzausschuß zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(C)

(D)

(A) Dann ist es auch hier so beschlossen.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir können heute mit uns, was den Fortgang der Verhandlung angeht, ganz zufrieden sein. Wir haben viel geschafft, und ich glaube, wir sollten uns einmal vornehmen, daß wir

häufiger in dieser zügigen Form mit Redezeitbegrenzung arbeiten.

(Beifall)

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) und wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg.

(Schluß der Sitzung 18.00 Uhr)

(C)

(B)

(D)